



# HESSISCHER LANDTAG

14. 10. 2003

## 15. Sitzung

Wiesbaden, den 14. Oktober 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b>	871	Frage 73 – Abg. Rafael Reißer	878
<i>Entgegengenommen</i>	874	<b>Hessischer Familientag</b>	
Präsident Norbert Kartmann	871, 873	Rafael Reißer	878
Norbert Schmitt	872	Ministerin Silke Lautenschläger	878, 879
Frank Gotthardt	873	Kordula Schulz-Asche	878
Frank-Peter Kaufmann	873	Dr. Judith Pauly-Bender	879
Reinhard Kahl	874		
Dorothea Henzler	874	Frage 74 – Abg. Roger Lenhart	879
		<b>Integrationskompass</b>	
1. a) <b>Fragestunde</b>		Roger Lenhart	879
– Drucks. 16/563 –	874	Ministerin Silke Lautenschläger	879
<i>Abgehalten</i>	881	Dr. Judith Pauly-Bender	879
Präsident Norbert Kartmann	881	Tarek Al-Wazir	879
Frage 62 – Abg. Ruth Wagner (Darmstadt)	874	Frage 75 – Abg. Hildegard Pfaff	880
<b>Rechtsextreme Internetinhalte</b>		<b>Staatliches Schulamt Weilburg</b>	
Ruth Wagner (Darmstadt)	874, 875	Hildegard Pfaff	880
Minister Stefan Grüttner	874, 875	Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi	880
Frage 69 – Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	875	Frage 76 – Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	880
<b>Kennzahlenvergleich für kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe</b>		<b>Mülldeponierung</b>	
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	875, 876	Dr. Müller (Gelnhausen)	880
Minister Wilhelm Dietzel	875, 876	Minister Wilhelm Dietzel	880, 881
		Elisabeth Apel	881
Frage 70 – Abg. Axel Wintermeyer	876	Jürgen Frömmrich	881
<b>Rechtsrahmen für grüne Gentechnik</b>		<i>(Die Fragen 77 bis 99 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)</i>	
Axel Wintermeyer	876		
Minister Wilhelm Dietzel	876, 877	b) <b>Regierungsbefragung</b>	
Martin Häusling	876	<i>Abgehalten</i>	887
Gernot Grumbach	876	Jürgen Walter	881
		Minister Dr. Christean Wagner	881
Frage 71 – Abg. Anne Oppermann	877	Dr. Walter Arnold	881
<b>Krankenversicherung</b>		Minister Wilhelm Dietzel	882
Anne Oppermann	877	Heinrich Heidel	882
Ministerin Silke Lautenschläger	877	Ministerpräsident Roland Koch	882
Gernot Grumbach	877	Petra Fuhrmann	882, 883
Kordula Schulz-Asche	877	Ministerin Silke Lautenschläger	882, 883
		Margaretha Hölldobler-Heumüller	883
Frage 72 – Abg. Anne Oppermann	878	Minister Wilhelm Dietzel	883
<b>Modellvorhaben der AOK Hessen</b>		Reinhard Kahl	883
Anne Oppermann	878	Minister Dr. Christean Wagner	883
Ministerin Silke Lautenschläger	878		
Kordula Schulz-Asche	878		

	Seite
Kordula Schulz-Asche . . . . .	884
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	884
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	884
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	884
Michael Siebel . . . . .	885
Minister Udo Corts . . . . .	885
Brigitte Hofmeyer . . . . .	885
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	885
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	885
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi . . . . .	886
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	886
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	886
Jürgen Frömmrich . . . . .	886
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	886
Axel Wintermeyer . . . . .	886
Minister Volker Bouffier . . . . .	886
Mark Weinmeister . . . . .	887
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi . . . . .	887
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	887
2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz betreffend „ <b>Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum</b> “ . . . . .	887
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	904
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	887
Gernot Grumbach . . . . .	891
Kurt Wiegel . . . . .	893
Martin Häusling . . . . .	895
Heinrich Heidel . . . . .	898
Elisabeth Apel . . . . .	900
Ursula Hammann . . . . .	901
Christel Hoffmann . . . . .	903
Michael Denzin . . . . .	903
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	904

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Bernd Abeln  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
MinDirig Matthias Bunge  
MinDirig Michael Müller  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Nicola Beer

## 3. Wahlen

a) **Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Hauptausschuss**

*Gewählt als stellvertretendes Mitglied:*

Abg. Hans-Jürgen Irmer . . . . . 904

Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 904

b) **Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Theaterbeirats beim Staatstheater Kassel**

*Gewählt als stellvertretendes Mitglied:*

Abg. Dirk Landau . . . . . 904

Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 904

4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP für ein **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rechnungshof und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften**

– Drucks. 16/685 – . . . . . 904

*Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen* . . . . . 905

Frank Lortz . . . . . 904

Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 905

7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein **Gesetz zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften**

– Drucks. 16/721 zu Drucks. 16/491 – . . . . . 905

*Nach zweiter Lesung dem Innenausschuss zurücküberwiesen* . . . . . 914

Jörg-Uwe Hahn . . . . . 905, 909

Birgit Zeimetz-Lorz . . . . . 905, 907

Günter Rudolph . . . . . 907

Jürgen Frömmrich . . . . . 908

Minister Volker Bouffier . . . . . 911

Tarek Al-Wazir . . . . . 913

Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 914

(Beginn: 14.04 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 15. Plenarsitzung am heutigen Dienstag und darf Sie zu unserer Sitzungswoche ganz herzlich begrüßen. Vor Eintritt in die Tagesordnung will ich einige Anmerkungen und Mitteilungen machen.

Am 24. September haben die Stadt Wiesbaden und der Hessische Landtag gemeinsam des 100. Geburtstags von Oberbürgermeister a. D. und Landtagspräsidenten a. D. Georg Buch gedacht. Georg Buch war ein Mann der ersten Stunde. Er gehörte bereits der Verfassungsberatenden Landesversammlung des Jahres 1946 an. Von 1946 bis 1950 und dann wieder von 1954 bis 1974 war er Mitglied des Hessischen Landtags, von 1959 bis 1960 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und von 1966 bis 1974 Präsident dieses Hauses.

Georg Buch war bereits in der Weimarer Republik ein aufrechter und unbeugsamer Demokrat, der schon früh seine politische Heimat bei den Sozialdemokraten fand. Während der Nazidiktatur musste er für seine Überzeugung schwerste Verfolgung erleiden. Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs beteiligte er sich aktiv nicht nur am Wiederaufbau seiner Heimatstadt Wiesbaden, sondern nahm auch erheblichen Anteil am Entstehen unseres Bundeslandes Hessen. Als Motiv für sein erneutes politisches Engagement leitete ihn dabei ein zutiefst empfundenenes Pflichtgefühl.

Als Georg Buch am 1. Dezember 1966 das Präsidentenamt im Landtag übernahm, erinnerte er an die erste Landtagswahl und die Annahme der Hessischen Verfassung, deren Datum sich an diesem Tag zum 20. Male jährte. Dabei legte er ein politisches Bekenntnis ab. Ich darf daraus zitieren, weil es zeitlos ist und auch für uns heute gilt:

Wir wollen uns in dieser Stunde geloben, im Geiste der Verfassung zu arbeiten und an der Festigung unserer freiheitlichen Demokratie mitzuwirken. Nicht Lippenbekenntnisse führen uns weiter, sondern die schaffende Tat zum Wohle und zum Besten unseres Hessenlandes und unseres Volkes. Der demokratische Freiheitsbegriff bedeutet auch, dass wir zu unserer Sache stehen und dass wir trotz der Verschiedenartigkeit und der unterschiedlichen Auffassungen zur sachlichen Zusammenarbeit, zur Toleranz und zur Achtung bereit sind. Der Sinn guter parlamentarischer Arbeit ist und bleibt das Streitgespräch, das aber letztlich zu einem für unser Land guten Ergebnis führen soll.

Meine Damen und Herren, um Ihnen Georg Buch, sein Leben und seinen Einsatz für unsere Demokratie und unser Land nahe zu bringen, habe ich veranlasst, dass jeder und jede Abgeordnete eine kleine Schrift über Georg Buch erhält. Sie ist ausführlich, gut gelungen und sehr informativ. Auch der Hessische Landtag gedenkt aus Anlass des 100. Geburtstags von Georg Buch dieser Persönlichkeit und des ehemaligen Präsidenten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, eine zweite Mitteilung aus der Gegenwart. Die Präsenz von Landespolitikern im Internet war Gegenstand einer kürzlich veröffentlichten Analyse. Wir sind mit unseren Abgeordneten in Hessen offensichtlich auf dem richtigen Weg; das möchte ich mit ein

bisschen Stolz feststellen. Mehr als die Hälfte der hessischen Landtagsabgeordneten besitzt mittlerweile eine eigene Homepage. In Sachen Internetpräsenz belegen die Hessen damit bundesweit Platz vier. Die fünf am besten bewerteten Auftritte möchte ich namentlich erwähnen, also die hessische Rankingliste. Den besten Auftritt im Landesvergleich hatte unser Kollege Michael Siebel, im Bundesvergleich kam er auf Platz fünf.

(Beifall – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Streber!)

Das ist zwar nicht mehr „auf dem Stocker!“, aber beim Skispringen ist es noch „auf dem Stocker!“. Herr Kollege Siebel, herzlichen Glückwunsch dazu. Das ist eine tolle Leistung. Vielen Dank auch für das Beispiel, das Sie anderen damit geben.

(Norbert Schmitt (SPD): Im Gegensatz zu seinem sonstigen Auftritt ist es gut!)

– Dazu will ich mich jetzt nicht weiter äußern, Herr Kollege. – Platz zwei im Landesvergleich ging an den Abg. Dr. Spies. Der Abg. Peter Beuth ist Dritter auf dieser Rankingliste.

(Beifall)

Danach kommen die Kollegen Mathias Wagner und Gerhard Becker.

(Beifall)

Das sind die ersten fünf. Alle Genannten sind auch noch auf der Bundesliste sichtbar. – Mehr habe ich nicht, sonst kämen Sie dran, Frau Kollegin Fuhrmann. – Es mag auch ein bisschen Spaß sein, aber man kann einmal hineingucken, wie es andere machen. Das schadet nichts. Irgendwann wollen wir das Ziel erreichen, dass alle 110 Abgeordneten eine eigene Homepage haben.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Nein, ich nicht!)

– Ich habe nicht gesagt, wann das sein soll, Frau Kollegin. Ich habe noch eine langjährige Perspektive, wo ich das beobachten kann.

Meine Damen und Herren, ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, für den Landtag gemeinsam mit dem Innenminister die Weltmeistermannschaft im Frauenfußball in Frankfurt zu begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Nicht nur angesichts der Tatsache, dass im Kader acht Hessinnen gestanden haben – sieben vom FFC und eine vom FSV –, sollten wir uns als Hessen und als Sportfans über diesen großen Erfolg freuen. Ich habe unseren Weltmeisterinnen öffentlich gratuliert – ich gehe davon aus, dass ich das im Namen aller 110 Abgeordneten getan habe – und ihnen viel Erfolg für die Zukunft, vor allem für die Olympischen Spiele im nächsten Jahr, gewünscht. – Dies zu Ihrer Information.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie auf eine personelle Veränderung in unserem Hause hinweisen. Wie Sie wissen, hat der Kollege Uwe Brückmann mit Ablauf des 30. September 2003 sein Mandat als Abgeordneter des Hessischen Landtags niedergelegt. Nachfolger ist Herr Abg. Dirk Landau.

(Allgemeiner Beifall – Abg. Dirk Landau (CDU) erhebt sich zu seiner Vorstellung.)

Seine Annahmeerklärung ist am 7. Oktober beim Landeswahlleiter eingegangen. – Herr Kollege Landau, ich darf

Sie im Hessischen Landtag ganz herzlich begrüßen. Ich wünsche uns allen eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit und Ihnen viel Erfolg bei Ihrem Tun im Hessischen Landtag.

Zur Tagesordnung will ich Ihnen mitteilen: Die Tagesordnung vom 7. Oktober 2003 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 64 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Tagesordnungspunkten 47, 48 und 49, entnehmen können, sind drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Interfraktionell haben sich die Fraktionen auf eine Redezeit von fünf Minuten verständigt. Der Landtag beschließt über das Verhältnis nach § 31 Abs. 6 Geschäftsordnung. Gibt es eine von der Vereinbarung abweichende Vorstellung? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir die Aktuellen Stunden am Donnerstag um 9 Uhr, wie eben beschlossen, abhalten.

Noch eingegangen sind ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen, Drucks. 16/745, und ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Qualitätsentwicklung an den hessischen Schulen unter Einbeziehung der Staatlichen Schulämter, Drucks. 16/746. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Entschließungsantrag Drucks. 16/745 zu Tagesordnungspunkt 65 erklärt und kann mit den Tagesordnungspunkten 29, 34, 35 und 38 aufgerufen werden. Der Dringliche Antrag Drucks. 16/746 wird Tagesordnungspunkt 66.

(Dorothea Henzler (FDP): Und wird mit Punkt 27 aufgerufen!)

– Tagesordnungspunkt 66 wird mit Tagesordnungspunkt 27 aufgerufen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben noch mehr!)

Es sind weitere Dringliche Anträge der Fraktion der SPD eingegangen: Drucks. 16/747, 16/748, 16/749 und 16/750. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Herr Kollege Schmitt.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem Antrag betreffend Luxusmöblierung in der Hessischen Staatskanzlei die Dringlichkeit begründen und Sie darum bitten, dass dieser Antrag nach der Fragestunde aufgerufen wird.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Lieber Herr Kollege Hahn, Sie lachen darüber. Aber ich glaube, wenn der Vorwurf in der Welt ist,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

dass es in diesem Lande einen sozialpolitischen Kahlschlag gibt, auf der anderen Seite Designermöbel im Wert von 8,4 Millionen € für die Staatskanzlei angeschafft werden sollen,

(Beifall bei der SPD)

dann ist dies ein Anlass, es hier zu erörtern. Herr Kollege Hahn, dies umso mehr,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe sie nicht bestellt!)

nachdem die SPD 13 Fragen gestellt und den Finanzminister gebeten hat, bis heute Morgen um 10 Uhr diese Fragen zu beantworten. Es liegt mittlerweile eine Antwort des Ministers vor, in der er sagt, er möchte dazu keine Stellung nehmen. Er wolle erst abwarten, was der Rechnungshof dazu sage.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das geht natürlich völlig an der Auseinandersetzung vorbei. Die Frage, ob ein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung vorliegt, wird der Landesrechnungshof prüfen und möglicherweise dazu eine Stellungnahme abgeben. Nur, die Frage der politischen Verantwortung, wer diese Ausschreibung vorgenommen hat

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wer dazu beigetragen hat, dass hier Designermöbel im Wert von 8,4 Millionen € angeschafft werden sollen,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Frank Gotthardt (CDU): Geschäftsordnung!)

diese Frage werden Sie doch wohl hier beantworten können. Sie können sich nicht drücken und auf den Rechnungshof warten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Angesichts der Debatte im Lande, dass Schuldnerberatungen zugrunde gehen,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Geschäftsordnung!)

können Sie sich nicht davor drücken, hier im Landtag Auskunft darüber zu geben, wer dafür verantwortlich ist, dass in der Staatskanzlei Luxusmöbel angeschafft werden sollen.

Das Schlimme ist: Wenn es der Presse nicht aufgefallen wäre, wäre es durchgerutscht. Es gab schon eine laufende – –

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich weise darauf hin, dass Sie den Antrag auf Veränderung der Tagesordnung begründen sollen. Die Dringlichkeit war bereits bejaht.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, ich sehe bei der Aufregung der CDU, dass die Dringlichkeit in der Tat gegeben ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Ich beantrage, dass die Dringlichkeit bejaht wird

(Clemens Reif (CDU): Ältestenrat!)

und dieser Tagesordnungspunkt nach der Fragestunde aufgerufen wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Gerhard Bökel (SPD) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Herr Kollege Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schmitt, es war bei der CDU-Fraktion keine Aufgeregtheit, dafür gibt es auch keinen Grund.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir hatten Ihnen eben auch schon zugesagt, dass wir diesen Antrag für dringlich halten und ihn gerne noch mit auf die Tagesordnung nehmen. Dass wir diesen Tagesordnungspunkt allerdings heute Nachmittag noch behandeln, werden selbst Sie nicht ernsthaft erwarten.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben wichtige Gesetze zu beraten, wir haben heute Nachmittag eine Regierungserklärung. Die Fragen, die Sie gestellt haben, werden mit Sicherheit beantwortet. Ich würde vorschlagen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt auf Donnerstagnachmittag nach dem Setzpunkt und der dritten Lesung des Beamtengesetzes legen. Dann können wir uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Dass er so dringlich ist, dass er heute Nachmittag um 15 Uhr behandelt werden muss, das können wir an dieser Stelle nicht sehen.

Herr Kollege, dass Sie noch nicht einmal zur Dringlichkeit oder zur Positionierung gesprochen haben, sondern bereits auf die Inhalte eingegangen sind, macht deutlich, worum es Ihnen heute Nachmittag ging.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es ging Ihnen darum, Unordnung zu machen. Das ist das, was Sie immer versuchen. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen, und deswegen werden wir diesen Antrag am Donnerstagnachmittag ordnungsgemäß besprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um das Wort des Kollegen Gotthardt aufzugreifen: Unordnung machen immer nur zwei, das sind die Herren Staatsminister Weimar und Riebel.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

So auch in dieser Sache, der eine zuständig für das Staatsbauamt und der andere aus der Tradition heraus mit dem Projekt beschäftigt: Man kann sagen, was dort gemeinsam in die Hand genommen wird, entwickelt sich schnell zur Katastrophe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Clemens Reif (CDU): Oh!)

Dass Sie nicht gerne darüber reden wollen, kann ich verstehen. Herr Kollege Schmitt hat es angesprochen, erst

gab es die Presseerklärung, dann haben wir einen Brief geschrieben, um im Ausschuss nachzufragen. Zunächst gab es Gemauer, zugleich wurde eingeräumt, die OFD sei eingeschaltet worden. Auf Nachfragen, was denn nun konkret geändert worden sei, gab es im Ausschuss keine Antwort. Dann schreibt die SPD-Fraktion einen Brief an den Minister und bekommt, wie wir gerade gehört haben, zur Antwort: Ich sage euch nichts, und der Rechnungshof ist eingeschaltet. – Meine Damen und Herren, die Affäre stinkt zum Himmel, und Sie wollen sie möglichst begraben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen ist es richtig und nötig, es hier zu Beginn der Plenarsitzung zu thematisieren. Wir werden die SPD unterstützen, hier sofort Auskunft zu bekommen. Wir halten es für einen unerträglichen Zustand, dass versucht wird, diese Angelegenheit unter den Teppich zu kehren – unter einen Teppich, der im Zweifelsfall auch ein relativer Luxus ist. Bei Ihnen scheint es üblich zu sein: für sich selber das Beste und für die anderen am besten nichts. – Das ist Ihre Parole, und dagegen gehen wir an. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich halte erst einmal fest, dass die Dringlichen Anträge Drucks. 16/747, 16/748, 16/749 und 16/750 als dringlich anerkannt sind. Sie werden die Tagesordnungspunkte 67, 68, 69 und 70.

Jetzt hat die SPD beantragt, den eben festgelegten Tagesordnungspunkt 70 heute nach der Fragestunde aufzurufen. Das ist der eigentliche Antrag, um den es geht. Deswegen frage ich das Haus, wer dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmt.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Entschuldigung, ich habe jetzt die Abstimmung aufgerufen. Herr Kollege Bökel, dann machen wir das auch so.

Wer dafür ist, dass der Tagesordnungspunkt 70 nach der Fragestunde aufgerufen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich?

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt. Wir rufen ihn in der Reihenfolge der Tagesordnung auf.

(Jürgen Walter (SPD): Es gibt einen zweiten Antrag, ihn am Donnerstagnachmittag nach dem Setzpunkt aufzurufen! Darüber muss abgestimmt werden!)

– Also, am Donnerstagnachmittag nach dem Setzpunkt und den Gesetzen. Wer dafür ist, dass er dann aufgerufen wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall, dann wird er zu diesem Zeitpunkt aufgerufen.

Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, ich bitte, unseren Dringlichen Antrag betreffend Koch-Steinbrück-Vorschläge zum Subventionsabbau, Drucks. 16/747, gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 39 aufzurufen. Ich bitte weiterhin, den Dringlichen Antrag zur LKW-Maut, Drucks. 16/748, gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 37 aufzurufen und den Dringlichen Antrag betreffend Gemeindefinanzreform auf gutem Weg, Drucks. 16/749, mit den drei Beschlussempfehlungen unter den Tagesordnungspunkten 56, 57 und 58 aufzurufen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sie haben die Vorschläge des Kollegen Kahl gehört. Widerspricht dem jemand? – Dann verfahren wir so. Vielen Dank.

Damit ist unsere Tagesordnung jetzt komplett. Sie wird genehmigt? – Dem widerspricht niemand. Dann verfahren wir entsprechend der gesamten Tagesordnung.

Die Fraktionen haben sich dahin gehend geeinigt, dass es zum Haushalt und zum Nachtragshaushalt am 4. und 5. November 2003 zwei zusätzliche Plenarsitzungen geben wird. Aus diesem Anlass findet bereits am kommenden Donnerstag in der Mittagspause eine Sitzung des Ältestenrats statt, im Raum 119 M. Dies zur Information. Der Ablauf dieser beiden Sitzungstage und alles Weitere werden im Ältestenrat vereinbart.

Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung mitgeteilt, tagen wir heute bis – ich sage es jetzt konkret – zur Erledigung der Tagesordnungspunkte 1, 2, 3, 4 und 7. So war es vereinbart. Danach haben wir hier eine Feierstunde. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1 a, der Fragestunde. Danach kommt Tagesordnungspunkt 1 b, die Regierungsbefragung. – Frau Kollegin Henzler, zur Geschäftsordnung.

**Dorothea Henzler (FDP):**

Herr Präsident, die Fraktionen von CDU und FDP hatten sich in der Runde der parlamentarischen Geschäftsführer darüber unterhalten und hinterher verständigt, dass wir die beiden Setzpunkte tauschen, am Donnerstagmorgen und am Mittwochnachmittag.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Henzler. Zur Kenntnis des Hauses: Der Setzpunkt vom Donnerstagmorgen wird auf 15 Uhr am Mittwoch verlegt, und der Setzpunkt vom Mittwochnachmittag wird am Donnerstagmorgen aufgerufen. Das ist im Einvernehmen beider getauscht.

Nach der Regierungsbefragung kommen wir zur Abfolge der genannten Punkte. Ich gehe davon aus, dass das, was hier steht, noch stimmt: Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung des Ministers für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz; Tagesordnungspunkt 3, Nachwahlen; und dann Tagesordnungspunkt 7, die zweite Lesung, die wir vereinbart haben.

Entschuldigt fehlt an allen drei Plenartagen Frau Kollegin Beer.

Meine Damen und Herren, ich möchte in besonderer Weise betonen, dass heute hier im Hause auf Einladung der AGAH sowie des Ministerpräsidenten und des Landtagspräsidenten die Feier zum 20-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens erfolgt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Geschenke haben die schon bekommen!)

– Frau Kollegin Fuhrmann, es gibt bestimmte Situationen, in denen gewisse Äußerungen nicht pässlich sind. Das können Sie nachher hier in der Bütt machen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war sehr pässlich!)

Ich füge hinzu: Diese Feierstunde nach 20 Jahren – und es ist eine 20-jährige Geschichte, keine zweitägige – findet heute Abend statt. Ich darf Sie ganz herzlich dazu einladen. Kommen Sie wirklich zahlreich. Ich glaube, das haben sowohl die AGAH als auch diese Feierstunde heute verdient. Das erfolgt ab 18 Uhr. Wir gehen davon aus, dass wir bis dahin die heutige Sitzung beendet haben.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich herzlich die Damen und Herren Wirtschaftsjuvenioren Hessens zum Thema Projekt „Know-how-Transfer“. Sie sind heute in unserem Hause Gast. Es handelt sich um eine Wiederholung verschiedener Maßnahmen. Ich habe Sie heute Morgen herzlich willkommen geheißen und darf Sie auch hier in der Plenarsitzung herzlich begrüßen. Dies ist sozusagen Ihre zweite Erfahrung im Hessischen Landtag, nach den ersten Gesprächen mit den Abgeordneten. Ich wünsche Ihnen viele neue Erkenntnisse und eine gute Zeit hier in Wiesbaden.

(Allgemeiner Beifall)

Der Innenausschuss tagt heute im Anschluss an die Plenarsitzung in Raum 230 M.

Einen runden Geburtstag konnte gestern der Kollege Holler feiern. Er ist 30 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege Holler, zu diesem runden Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Nunmehr rufe ich **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

**Fragestunde – Drucks. 16/563 –**

Ich rufe die **Frage 62** der Frau Abg. Wagner (Darmstadt) auf.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Hält sie an ihrer Ansicht fest, auch nach der das Vorgehen der Bezirksregierung Düsseldorf billigenden Entscheidung des Obergerichtes Münster (NJW 2003, S. 2183 ff.), gegen Zugangsanbieter rechtsextremer Internetinhalte keine Sperrungsverfügungen zu erlassen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Abg. Wagner, zuständig für den Erlass entsprechender Sperrverfügungen ist nicht die Landesregierung, son-

dern die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk. Dies ergibt sich aus den zum Jugendmedienschutz-Staatsvertrag getroffenen neuen Regelungen, die nach meiner Erinnerung in diesem Hause einstimmig gebilligt worden sind. Insofern ist die originäre Zuständigkeit an die Landesanstalt für privaten Rundfunk übergegangen.

Ich habe dort nachgefragt. Die LPR hat mir in ihrer Stellungnahme als Ergebnis mitgeteilt, dass Sperrverfügungen gegen Zugangsvermittler, so genannte Access-Provider, als rechtmäßige und gebotene Maßnahme zum Schutz der Jugend und der Menschenwürde erscheinen. Dem relativ geringen Aufwand einer Sperrverfügung stünden nicht hinnehmbare schwerwiegende Rechtsgutbeeinträchtigungen gegenüber. Die hier inkriminierten Websites erfüllten Straftatbestände, verletzen die Menschenwürde, stören den öffentlichen Frieden und seien jugendgefährdend – so die Stellungnahme der LPR.

Sie weist darüber hinaus darauf hin, dass sie nicht im Alleingang tätig werden könne. Nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag treffe vielmehr die zuständige Landesmedienanstalt die jeweilige Entscheidung durch die neu eingerichtete Kommission für Jugendmedienschutz, KJM. Die KJM werde sich mit der Vorgehensweise gegen Access-Provider in Kürze befassen und bundesweit einheitlich vorgehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Wagner.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Grüttner, da möchte ich gern noch einmal nachfragen. In der letzten Legislaturperiode gab es einen Berichts Antrag der SPD-Fraktion, und in der Antwort auf diesen Berichts Antrag hatte Frau Kollegin Lautenschläger dargestellt, dass sowohl die Justizministerkonferenz wie auch die Sozialminister und diese Gruppierung, an die ein Teil der Aufgaben delegiert worden ist, sich erneut mit der Möglichkeit der technischen Sperrung befassen werden, wenn diese rechtlichen Fragen geklärt würden. Das Urteil aus Münster ist offensichtlich als so allgemeingültig angesehen worden, nicht nur auf Nordrhein-Westfalen bezogen.

Meine Frage ist: Können Sie jetzt schon sagen, wie die Zeithorizonte für die Umsetzung bei einer allgemeinen Sperrungsverfügung – akzeptiert von allen Bundesländern, denn nur so macht es eigentlich Sinn – von Ihnen gesehen werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Abg. Wagner, Sie haben Recht. Zum damaligen Zeitpunkt hat die Landesregierung in einem schriftlichen Bericht mitgeteilt, dass noch offene Fragen geklärt und insbesondere der Abschluss eines noch laufenden Verfahrens abgewartet werden müssten. Dies ist zwischenzeitlich abgeschlossen.

Allerdings sind die originären Zuständigkeiten – da muss ich mich wiederholen – an die Landesmedienanstalten übergegangen. Ich habe versucht, dort nachzufragen, wie

der zeitliche Horizont aussieht. Wir können dort nur nachfragen, weil wir dort keine Fachaufsicht, sondern ausschließlich eine Rechtsaufsicht ausüben.

Seitens der Landesanstalt für privaten Rundfunk ist mir mitgeteilt worden, dass die nächste Sitzung der KJM im November dieses Jahres stattfindet. Es sei allerdings noch nicht geklärt, ob dieser Punkt in die Tagesordnung aufgenommen werde. Die LPR werde sich allerdings mit Nachdruck dafür einsetzen, dass dies geschehe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin Wagner.

**Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP):**

Herr Minister Grüttner, wäre es möglich, dass Sie uns nach jener Sitzung mitteilen, wie der Stand ist und was wiederum die zeitlichen Abläufe sind? Ich habe den Eindruck, dass alle Länder sagen, wir müssen dringend etwas tun, weil die internationale Vernetzung der Websites der Rechtsextremen zugenommen hat. Wie gehen die anderen Bundesländer mit diesem Urteil um?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Abgeordnete, ich werde mit der Landesanstalt für privaten Rundfunk in Kontakt bleiben, werde fragen, wie die Tagesordnung der KJM im November aussieht – ob dieser Punkt drauf ist –, und dann auch noch einmal vermitteln, dass unsererseits ein Interesse daran besteht. Aber ich will an dieser Stelle einmal wiederholen: Wir können das fachaufsichtsmäßig nicht befördern. Die Bitte wird und ist herangetragen worden. Ich werde Sie unterrichten, wie die KJM damit umgegangen ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine weiteren Fragen.

Ich rufe **Frage 69** auf, Abg. Dr. Müller (Gelnhausen), CDU-Fraktion.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann ist mit den ersten Ergebnissen des landesweiten Kennzahlenvergleichs für kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe zu rechnen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dr. Müller, nach der derzeitigen Planung soll die Auswertung der aus dem Jahr 2001 erhobenen Daten bis zum Ende dieses Jahres, spätestens Anfang 2004 vor-

liegen. Die Auswertung der Daten aus dem Jahr 2002 wird gegen Ende des ersten Quartals 2004 erwartet.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nachfrage, Herr Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Minister, die Teilnahme war freiwillig. Kann man jetzt schon sagen, wie die Beteiligung war?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Darf ich einmal bitten, dass sich die Kollegen setzen, weil der Kollege Müller den Minister sehen möchte?

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das würde mich doch in meiner Psyche ziemlich beeinträchtigen! – Heiterkeit)

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dr. Müller, ich kann Ihnen die einzelnen Zahlen im Augenblick nicht nennen, wie viele Kommunen sich daran beteiligt haben. Ich werde dies nachliefern. Vom Grundsatz her ist festzustellen, dass am Anfang ziemlich zögerlich mit diesem Instrument umgegangen wird, das eigentlich ein marktwirtschaftliches Instrument ist, um zu vergleichen und sich am besten zu orientieren. Ich denke, dass ich Ihnen die Zahlen nachliefern kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist die Frage beantwortet.

**Frage 70**, Abg. Wintermeyer, CDU-Fraktion.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Landtagspräsident, ich frage die Landesregierung:

*Ist es zutreffend, dass die EU-Kommission Deutschland verklagt hat, weil es an einem Rechtsrahmen für die grüne Gentechnik hierzulande fehlt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Wintermeyer, ich verstehe Ihre Frage nach den Rechtsrahmen für grüne Gentechnik als Frage nach der Umsetzung der EG-Richtlinie 2001/18/EG über die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in die Umwelt. Ja, es stimmt, dass die Europäische Union das Klageverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen nicht rechtzeitig erfolgter Umsetzung der Freisetzungsrichtlinie eingeleitet hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung zu der Antwort, die Sie eben gegeben haben: Ist davon auszugehen, dass durch diese Klage auch dargestellt wird, dass die Chancengleichheit deutscher Unternehmen im Bereich der grünen Gentechnik auf europäischer Ebene nicht gewährleistet ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Wintermeyer, ich bin wie Sie der Meinung, dass die grüne Gentechnik eine Chance für die Landwirtschaft hier, aber auch allgemein für die Landwirtschaft auf der Welt insgesamt ist, eine Weiterentwicklung der Pflanzenzüchtung vorzunehmen. Ich bin auch der Meinung, dass dadurch, dass die Bundesrepublik Deutschland die Richtlinie noch nicht umgesetzt hat, die Chancengleichheit mit anderen Ländern nicht gewährleistet ist.

Ich kann ein paar Daten nennen. Normalerweise müsste bis zum 17. Oktober 2002 umgesetzt worden sein. Damals erfolgte schon die erste Warnung. Dann gab es im März 2003 die zweite schriftliche Warnung mit einer Frist von zwei Monaten, in denen umgesetzt werden konnte. Das ist im Juli nicht der Fall gewesen. Dann wurde im Juli dieses Jahres Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland erhoben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, können Sie bestätigen, dass zahlreiche andere EU-Länder diese Regelung ebenfalls noch nicht umgesetzt haben, und, wenn ja, können Sie Zahlen nennen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, ich weiß, dass andere europäische Länder auch noch nicht umgesetzt haben. Ein Teil hat umgesetzt. Die genauen Zahlen kann ich Ihnen nicht bringen. Ich weiß aber, dass ein Teil der anderen Länder nicht umgesetzt hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Weitere Frage, Herr Abg. Grumbach.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Minister, könnten Sie bestätigen, dass mit der Frage des Zeitpunktes der Umsetzung nicht festgelegt ist, in



welchem Ausschnitt der Richtlinie sich die Bundesrepublik bewegt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

(Minister Wilhelm Dietzel: Ich habe die letzte Frage nicht verstanden!)

– Bitte noch einmal.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Zu der Frage des Zeitpunktes der Umsetzung: Können Sie bestätigen, dass mit dem Zeitpunkt der Umsetzung nicht die konkrete Ausgestaltung vorgeschrieben ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Ich denke, eigentlich schon, wenn am 17. Oktober 2001 eine Umsetzungsfrist gesetzt worden ist, dass auch inhaltlich gestaltet werden soll. Wie wollen Sie dies hier tun? Sie können dann auf die Europäische Union reagieren, indem Sie sagen: Wir setzen 1 : 1 um. – Oder Sie wollen eine Veränderung vornehmen. Die müsste bis dahin auch umgesetzt sein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine weiteren Fragen.

Ich rufe die **Frage 71** auf, Frau Abg. Oppermann, CDU-Fraktion.

**Anne Oppermann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wo liegen nach ihrer Ansicht die Vorteile in einem System mit Kopfpauschalen im Krankenversicherungsbereich gegenüber der Bürgerversicherung?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Oppermann, ich gehe davon aus, dass die grundsätzliche Zielsetzung im Gesundheitswesen der Wettbewerb und die Stärkung des Versicherten ist. Aus dieser Sicht spricht sich die Landesregierung gegen eine Bürgerversicherung aus, die zur Einheitskasse führt, die Wettbewerb minimieren würde.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und bei der FDP)

Der große Vorteil einer Pauschale oder einer Prämie liegt aus meiner Sicht darin, dass sie bei den Kosten des Arbeitsmarktes die Lohnnebenkosten als Belastung des

Faktors Arbeit von den Gesundheitskosten dauerhaft abkoppeln kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Grumbach.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Frau Ministerin, wie können Sie verantworten, dass bei diesem System ein Arbeitnehmer, der heute 2.000 € verdient, von 70 € auf das Dreifache des Betrages geschleust wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Wichtig ist erst einmal aus meiner Sicht, dass wir Gesundheits- und Arbeitskosten voneinander trennen und dann einen solidarischen Ausgleich organisieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, wenn Sie von Kopfpauschalen reden, meinen Sie das Rürup-Kopfpauschalenmodell, das Schweizer Modell oder das Herzog-Modell? Wenn Letzteres der Fall sein sollte: Können Sie mir dann bitte erklären, wie sich die zusätzlich notwendigen 27 Milliarden €, die zur Subventionierung unterer Einkommensgruppen notwendig wären, damit vertragen, dass der CDU-Bundstagsabgeordnete Storm eine Zusatzsteuer vorschlägt, um diese 27 Milliarden € aufzufangen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abgeordnete, zuerst: Die Hessische Landesregierung schlägt nicht ein bestimmtes Modell vor, sondern die Handlungsmöglichkeiten liegen bei der Bundesregierung.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens ist mir keine Zusatzsteuer, die der Abg. Storm vorschlägt, bekannt. Drittens bin ich gern bereit, über alle unterschiedlichen Modelle, ob es Bürgerversicherung, Gesundheitsprämie, Kopfpauschale, Rürup-, Henke-, Raffelhüschen- und andere Modelle sind, zu diskutieren. Das würde aber wahrscheinlich diesen Rahmen hier sprengen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt keine Zusatzfragen. Wir sind in der Fragestunde. Aber Sie können Anträge stellen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege Al-Wazir!

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung!)

Ich möchte einmal darauf hinweisen – nach vielen Jahren der Erfahrung –: Alle, die hier oben sitzen, haben zugelassen, dass aus einer Frage eine Doppelfrage oder eine Dreifachfrage wird. Prinzipiell müssen wir das zurückführen. Das ist eine Fragestunde. Wenn ich eine Zusatzfrage genehmige, dann nicht zwei oder drei. Das gilt für alle anderen auch, die hier oben sitzen. Ich darf es einmal gelinde anmerken, sonst kommen wir nämlich von der Fragestunde zur Fragedebatte. Das wollen wir nicht. Das gilt für alle 110 – nein, 109, für mich gilt das nicht, okay.

(Heiterkeit)

**Frage 72**, Frau Oppermann, CDU-Fraktion.

**Anne Oppermann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Die Bahn-BKK kritisiert in einem Schreiben an die Abgeordneten im Juni das Modellvorhaben der AOK Hessen „Gesundheitsförderung in der Arbeitswelt/Bonus als Modellvorhaben“. Ist diese Kritik aus der Sicht der Landesregierung berechtigt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Das Modellprojekt der AOK Hessen „Gesundheitsförderung in der Arbeitswelt/Bonus als Modellvorhaben“ wurde bereits im Juni 2001 vom Sozialministerium genehmigt. Das Modellvorhaben basiert auf einem bereits seit 1996 laufenden Modellprojekt der AOK in Niedersachsen. Ähnliche Modellprojekte werden seit dem Januar 2001 auch in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt durchgeführt.

Das wesentliche Ziel des Modellvorhabens ist es, Unternehmen zu motivieren, für eine dauerhafte Verbesserung der betrieblichen Gesundheitssituation entsprechende Maßnahmen in den betrieblichen Managementstrukturen zu implementieren. Unternehmen, die nachweisen können, dass sie gemeinsam mit der AOK Hessen einen solchen Ansatz des betrieblichen Gesundheitsmanagements erfolgreich realisiert haben, erhalten ebenso wie ihre AOK-versicherten Mitglieder einen prospektiven Beitragsbonus von einem Zwölftel des Jahresbeitrages. Diese Bonusregelung gilt dann jeweils für ein Jahr. Sie tritt erstmalig in dem Monat, der auf den Nachweis erfolgt, in Kraft. Der Nachweis kann frühestens sechs Monate nach Beginn des Vorhabens mit der AOK Hessen erfolgen. Es ist ein Modellprojekt. Wir halten das so für gerechtfertigt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank. – Frau Ministerin, in diesem Punkt sind wir einer Meinung. Deshalb wollte ich Sie fragen, ob Sie sich vorstellen könnten, dass Sie – aufgrund des Bonisystems, das durch den Gesundheitskonsens im Bundestag gerade möglich wird – auch in Zukunft einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung betreffend Gesundheitsförderung durch bestimmte Bonussysteme, nicht nur in der Arbeitswelt, unterstützen könnten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Den entsprechenden Antrag kenne ich noch nicht. Grundsätzlich ist es sicher positiv zu bewerten, wenn in den Kassen Bonusmodelle möglich sind. Es muss aber darauf geachtet werden, dass dies mit dem Risikostrukturgleich und mit dem System der gesetzlichen Krankenkassen zusammenpasst.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Frage ist damit beantwortet.

Ich rufe **Frage 73** auf, Abg. Reißer, CDU-Fraktion.

**Rafael Reißer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie war die Resonanz bezüglich des am 12. Juli stattgefundenen zweiten hessischen Familientags?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

An dem Familientag haben rund 100 regionale und überregionale Vereine teilgenommen. Mit rund 36.000 Besucherinnen und Besuchern gab es einen neuen Besucherrekord. Die Resonanz war sehr positiv.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, nach den sehr kurzen, aber doch sehr positiven Wirkungen des Familientages, die Sie gerade geschildert haben: Angesichts der Tatsache, dass Sie mit Ihrem sozialen Kahlschlag vorhaben, die Haushaltstitel „Mütterzentren“, „Jugend- und Familienhilfe“ und „Eltern- und Erziehungsberatung“ um insgesamt 91 % zu kürzen, glauben Sie, dass die Förderung von Familien durch Familientage ausreichend ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Die Konsolidierung des Haushalts führt auch im Sozialbereich zu merklichen Einschnitten.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber ich möchte Ihre Aussage, die Mütterzentren betreffend, richtig stellen. Vor allem die Mütterzentren in der Fläche erfahren keine Kürzungen, sondern „nur“ das hessische Mütterbüro in Langen. Denn wir haben geschaut, dass dies in der Fläche bestehen bleibt. Familienförderung wird auch in Zukunft ein wichtiges Projekt sein. Deshalb sind z. B. die Offensive für Kinderbetreuung, das Hessische Kindergartengesetz und die Frühförderung behinderter Kinder völlig von Sparmaßnahmen ausgenommen worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Pauly-Bender.

**Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Sozialministerin, ich möchte Sie fragen: Wie viele der Aussteller vom 12. Juli beim hessischen Familientag, die die Landesregierung in ihrer Tätigkeit beraten, sind von Streichungen betroffen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen momentan nicht sagen, wer daran teilgenommen hat und in welchem Umfang er durch Kürzungen betroffen ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Damit ist die Frage beantwortet.

Ich rufe **Frage 74** auf, Abg. Lenhart, CDU-Fraktion.

**Roger Lenhart (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist die Resonanz auf den vor einem Jahr ins Netz gegangenen Integrationskompass?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Der Integrationskompass wird sehr häufig genutzt. Durchschnittlich besuchen rund 4.000 Nutzer pro Monat den Integrationskompass als Teil des Sozialnetzes Hessen. Auch die Zahl derjenigen, die sich über den Erhebungsbogen für einen eigenen Beitrag im Kompass interessieren, steigt weiter an. Der Integrationskompass macht alle Maßnahmen, Projekte und Initiativen zur Integration öffentlich. Er verbessert den Informationsstand und verbessert dadurch auch die Kooperationen der Träger.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Pauly-Bender.

**Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Sozialministerin, wurde dieser Integrationskompass schon aktualisiert, oder wann wird er aktualisiert hinsichtlich der Tatsache, dass Integrationsberatungsstellen zusammengestrichen wurden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Pauly-Bender, der Integrationskompass wird in seinen Projekten laufend aktualisiert. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass bei der Integration weiterhin ein Schwerpunkt der Landesregierung fortgeschrieben wird. Wir werden ihn weiter verstärken, vor allem im Bereich der Sprachförderung für Kindergartenkinder. Das wird auch im nächsten Haushalt der Fall sein.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Sozialministerin, wie verträgt sich der angebliche Schwerpunkt Integration der Landesregierung damit, dass die Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmer ihre Landeszuschüsse komplett verlieren sollen und das zur Folge hat, dass sie auch Bundesmittel in der gleichen Höhe verlieren werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Abgeordneter, ich habe bereits mehrfach deutlich gemacht, dass wir in diesen Bereichen bestimmte Schwerpunkte gebildet haben. Bei der Integration halte ich die Sprachförderung für den wichtigsten Schwerpunkt. Dazu gehört, das Lehren der deutschen Sprache vor allem für kleine Kinder im Kindergartenalter weiter deutlich zu fördern,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

um die Integrationschancen dauerhaft zu verbessern. Im Vordergrund steht im Übrigen auch die Förderung der Eltern, d. h. das Lehren der deutschen Sprache für Eltern, damit Kinder in Deutschland bessere Bildungschancen erhalten und später besser am Arbeitsleben teilnehmen können.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt keine weiteren Fragen.

Ich rufe **Frage 75** auf, Frau Abg. Pfaff, SPD-Fraktion.

**Hildegard Pfaff (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann ist mit der Auflösung des Staatlichen Schulamtes für die beiden Landkreise Limburg-Weilburg und Lahn-Dill am bisherigen Teilstandort Wetzlar und der Zusammenführung mit Sitz des Amtes am Standort Weilburg zu rechnen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär für die Frau Kultusministerin.

**Karl-Joachim Jacobi, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Frau Abg. Pfaff, mit Ablauf des Jahres 2003 wird das Staatliche Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis und den Landkreis Limburg-Weilburg an einem Standort zusammengeführt, und zwar in Weilburg.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Pfaff.

**Hildegard Pfaff (SPD):**

Beabsichtigt die Landesregierung, alle in Wetzlar bestehenden Abteilungen mit den dort vorhandenen Stellen umzusetzen, oder sollen im Zuge des Umzugs Stellen abgebaut werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär.

**Karl-Joachim Jacobi, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Diese beiden Dinge können nicht miteinander vermischt werden. Das komplette Staatliche Schulamt wird an den Standort Weilburg umziehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Frage ist beantwortet.

Es folgt die letzte Frage der Fragestunde: **Frage 76**, Abg. Dr. Müller (Gelnhausen), CDU-Fraktion.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist das in der Ausgabe der „HNA“ vom 1. September 2003 zitierte Signal des Umweltministeriums zu verstehen, wonach „der Müll 2005 noch ein gutes halbes Jahr auf die Deponie gebracht werden kann“, wie es der Umweltdezernent dieses Kreises gesagt hat?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dr. Müller, das zitierte Signal unseres Ministeriums wird im Artikel der „HNA“ missverständlich dargestellt. Grundsätzlich ist nach der Ablagerungsverordnung die Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle bis zum 31. Mai 2005 endgültig zu beenden. Alle nicht verwertbaren Siedlungsabfälle sind danach vor der Ablagerung entweder thermisch oder mechanisch-biologisch zu behandeln, um die für eine Ablagerung vorgegebenen Zuordnungskriterien einzuhalten. Im Jahr 2005 sind dies also noch fünf Monate, in denen unbehandelter Restabfall auf einer Deponie abgelagert werden kann.

Im Zusammenhang mit einer möglichen Verzögerung bei der Errichtung und Inbetriebnahme der Trockenstabilanlage in Mecklar-Meckbach zum oben genannten Zeitpunkt wurde vom HMULV darauf hingewiesen, dass es im Rahmen der derzeitigen rechtlichen Regelung die Möglichkeit gibt, die unbehandelten Abfälle vor der Behandlung und Beseitigung für einen befristeten Zeitraum zwischenzulagern. Dies kann auch auf einer Deponie erfolgen, wenn dort die notwendigen Voraussetzungen für eine Zwischenlagerung gegeben sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Ich verstehe Sie also richtig, dass damit nicht gemeint war, dass die Fristsetzung der TA Siedlungsabfall außer Kraft gesetzt werden soll?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Dr. Müller, genau so ist es. Am 31. Mai 2005 ist Schluss. Es kann höchstens noch eine Zwischenlagerung für maximal ein Jahr beantragt werden. Eine solche Zwischenlagerung ist aber mit hohen Kosten verbunden. Ich gehe davon aus, dass sich alle Beteiligten bemühen werden, bis zum 31. Mai 2005 eine Lösung zu haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Apel.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Minister, gibt es für die mögliche Zwischenlagerung, bis die Stabilanlage steht, schon konkrete Überlegungen, wo diese Abfälle zwischengelagert werden könnten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Apel, wir gehen auch jetzt noch davon aus, trotz aller Diskussionen, die um diese Anlage geführt werden, dass sie bis zum 31. Mai 2005 betriebsfähig ist. Anträge für eine Zwischenlagerung gibt es nicht. Standorte sind bisher auch noch nicht diskutiert worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg. Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wie sehen Sie denn zurzeit den Stand der Debatte, den es in Nordhessen um die Anlage in Mecklar gibt? Dies betrifft den Ausstieg der Firma Herhof und die danach in Planung genommene Verbrennung in Witzenhausen. Welchen Zeithorizont sehen Sie da?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel hat das Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Frömmrich, Sie kennen die Diskussion um die Firma Herhof. Auch Sie wissen, dass in der vergangenen Woche die Firma Herhof ohne die Betriebsleitung von einer irischen Firma übernommen wurde. Diese irische Firma wird in die Verträge, die die Firma Herhof geschlossen hat, zumindest in diesem Zusammenhang eintreten. Wir haben bisher keine Signale erhalten, die darauf hindeuten würden, dass diese Firma die Anlage nicht bis zum 31. Mai des Jahres 2005 fertig gestellt haben könnte.

Über eine Nachverwertung z. B. in Witzenhausen wurde noch keine endgültige Entscheidung gefällt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. Damit beende ich die Fragestunde.

(Die Fragen 77 bis 99 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 1 b:**

**Regierungsbefragung**

Ich rufe zuerst eine Frage des Herrn Abg. Walter an den Herrn Justizminister auf. Sie beschäftigt sich mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit. – Bitte schön.

**Jürgen Walter (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Trifft es zu, dass in der Verwaltungsgerichtsbarkeit insgesamt 34 Richterstellen abgebaut werden sollen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Justizminister Dr. Wagner, Sie haben das Wort.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Im Augenblick ist es überhaupt nicht möglich, Ihnen eine konkrete Zahl zu nennen. Es ist eine Tatsache, dass natürlich auch Richter ebenso wie alle anderen Beamten des Landes Hessen mehr arbeiten werden. Ich bin aber nicht bereit, Ihnen jetzt diese konkrete Zahl zu bestätigen. Wir werden in den nächsten zwei Jahren auch Richterstellen abbauen müssen. Ich will aber ausdrücklich sagen, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt die Zahl 34 nicht bestätigen kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Walter stellt eine Zusatzfrage.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Justizminister, können Sie bestätigen, dass innerhalb der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit solchen Zahlen bereits agiert wird? Ich kann die Frage auch konkret fassen: Können Sie bestätigen, dass entsprechende Mitteilungen bereits an die Damen und Herren Richterinnen und Richter erfolgt sind?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Justizminister, Sie haben das Wort.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Weder mir noch dem Staatssekretär ist diese Zahl bekannt. Das hat mir der Staatssekretär eben auch so zugehört. Ich kann aber natürlich nicht ausschließen, dass im Hinblick auf die Sparbeschlüsse der Regierung innerhalb der Gerichte und der Verwaltungen bereits mit Zahlen hantiert wird. Ich wiederhole mich jetzt: Ich kann diese Zahl hier offiziell nicht bestätigen.

(Wortmeldung des Abg. Jürgen Walter (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Bei der Regierungsbefragung ist nur eine Nachfrage zulässig.

Die nächste Frage stellt Herr Dr. Arnold. Sie richtet sich an Herrn Dietzel und bezieht sich auf den Nationalpark Kellerwald.

**Dr. Walter Arnold (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus der Anhörung zum Nationalpark Kellerwald-Edersee?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dr. Arnold, ich denke, man kann jetzt aus der Anhörung, die letzte Woche stattgefunden hat, noch keine Schlussfolgerungen ziehen. Wir haben für unsere Anhörung allgemein den Termin 15. Oktober 2003 gesetzt. Ende Oktober 2003/Anfang November 2003 werden wir uns im Beirat über dieses Thema unterhalten. Dann wollen wir endgültig zu der Verordnung kommen.

Vielleicht hätte ich Ihre Frage aber auch so verstehen sollen, dass Sie wissen wollen, wie der Entwurf dieser Verordnung und damit das Vorhaben, den Nationalpark Kellerwald einzurichten, insgesamt beurteilt wurde. Es gab eigentlich nur Zustimmung. Selbst der Verein, der gegen die Einrichtung des Nationalparks ist und von dem Mitglieder anwesend waren, hat das Wort nicht ergriffen. Punkte in der Diskussion waren z. B. die Größe und die Zusammensetzung des Beirates. Es wurde nach der finanziellen Ausstattung gefragt. Meiner Meinung nach war einer der wichtigen Punkte auch die überwiegend erhobene Forderung nach Einrichtung eines eigenständigen Nationalparkamtes. Es wurde auch gefordert, dass dieses Nationalparkamt dem Ministerium direkt unterstellt wird. Ich denke, das sind Dinge, die wenig umstritten sind und in der Verordnung entsprechend berücksichtigt werden können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt keine Zusatzfrage. Danke schön, damit ist das beantwortet worden.

Ich rufe nunmehr eine Frage des Herrn Kollegen Heidel an den Herrn Ministerpräsidenten bezüglich eines in der Zeitung verbreiteten Hinweises eines Abgeordneten aus dem Nachbarland auf. – Bitte schön.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Ich frage den Ministerpräsidenten:

*Wie ist ein Presseartikel in der in Nordrhein-Westfalen erscheinenden Zeitung „Der Patriot“ vom 24. September dieses Jahres zu bewerten, in der der CDU-Landtagsabgeordnete Eckhard Uhlenberg behauptet, Herr Ministerpräsident Roland Koch hätte zugesagt, der Flughafen Kassel-Calden würde nunmehr zum Frachtflughafen ausgebaut werden?*

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Was liest du für Zeitungen?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, das lässt sich wie folgt bewerten: Da ist die Hoffnung Vater des Gedankens. – Ich unterstelle einmal, dass der Abgeordnete Informationen aus einer Diskussion weitergibt, die ich vor einiger Zeit mit der CDU-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen

in Düsseldorf geführt habe. Ich habe in dieser Diskussion darauf hingewiesen, dass neben den allgemeinen Konzepten, die wir für den Flughafen in Kassel-Calden haben, der Schwerpunkt Logistik in Kassel und Nordhessen für uns bei der Frage der Bedeutung dieses Flughafens eine außergewöhnlich große Rolle spielt. Ich halte eine Entwicklung des Schwerpunktes Logistik in Nordhessen ohne die Verwirklichung des Ausbaus des Flughafens Kassel-Calden für ausgeschlossen.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Es mag sein, dass der Kollege daraus anders lautende Hoffnungen geschöpft hat. Ich habe aber genau das gesagt, was ich eben vorgetragen habe. Das halte ich nach wie vor für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es folgt eine Zusatzfrage des Fragestellers. Herr Kollege Heidel, Sie haben das Wort.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Ministerpräsident, ich kann dann also davon ausgehen, dass der Flughafen Kassel-Calden auch in Zukunft für Passagierflugzeuge nutzbar sein wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie es so zusammengefasst haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Sehr gut!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe eine Frage der Frau Abg. Fuhrmann an Frau Ministerin Lautenschläger auf. Bitte schön, Sie haben das Wort. Diese Frage fängt mit den Worten an: „Plant die Regierung weiterhin ...“

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, danke schön, ich habe die Frage gefunden. Ich frage die Landesregierung:

*Plant die Landesregierung weiterhin, die Fristen zur Beantwortung parlamentarischer Initiativen um 200 % zu überschreiten, oder wird sie künftig die Geschäftsordnung des Parlamentes achten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Da ich nicht weiß, was Sie meinen, ist diese Frage schwierig zu beantworten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Fuhrmann stellt eine Zusatzfrage.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Ministerin, ich will das gerne aufklären. Gerade aus Ihrem Hause erreichen mich momentan Briefe mit der Bitte um Fristverlängerung zur Beantwortung Kleiner Anfragen, die sich auf eine aktuelle Situation in meinem Wahlkreis beziehen. Es wird dann mitgeteilt, die Beantwortung werde Mitte bis Ende Dezember 2003 erfolgen. Wenn ich es richtig weiß, beträgt die Frist zur Beantwortung Kleiner Anfragen sechs Wochen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abgeordnete, es kommt mit Sicherheit immer auf den Einzelfall an. Es erhebt sich nämlich immer die Frage, was zur Beantwortung an Daten erhoben werden muss.

(Wortmeldung der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Behandlung dieser Frage ist abgeschlossen. Das tut mir Leid. Fragen Sie einmal Ihren parlamentarischen Geschäftsführer, was wir zu dieser Thematik diskutiert haben. – Danke schön.

Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller möchte Herrn Minister Dietzel etwas fragen. – Bitte schön, Sie haben das Wort. Es betrifft die Wasserrahmenrichtlinie.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wir fragen die Landesregierung:

*Wie stellt sich die Landesregierung die nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erforderliche Überwachung des Gewässerzustandes trotz der vorgesehenen Kürzung der Mittel gegenüber dem Jahr 2003 um ein Drittel, also ca. 340.000 €, vor?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, eines der vorrangigen Ziele dieser Legislaturperiode wird die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie in hessisches Recht sein. Dazu planen wir eine groß angelegte Novelle des Hessischen Wassergesetzes.

Sie haben eben Folgendes angesprochen. Das haben wir in unserem Haus auch abgefragt. Wir sind in der Lage, durch eine Konzentration und möglicherweise auch durch eine Ausschreibung an Private die Überwachung der Gewässer in Zukunft sicherzustellen. Dies wird in der Weise

erfolgen, wie es auch in den letzten Jahren positiv erfolgt ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Danke schön. – Die nächste Frage stellt Herr Kollege Kahl an den Herrn Justizminister. Bitte schön.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Justizminister, ich habe folgende Frage:

*Trifft die Aussage noch zu, die der Vertreter der Landesregierung beim Richtfest des Erweiterungsbaus für das Amtsgericht Frankenberg gemacht hat, die besagte, dass dies ein Beitrag zur Standortsicherung sei?*

(Heiterkeit der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Wagner, Sie haben das Wort.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Zunächst einmal möchte ich vom Grundsatz her sagen, dass mir diese Frage sehr sympathisch ist. Es geht dabei um die Existenz des Amtsgerichts Frankenberg.

Wir werden bei unserem Konzept zur Reduzierung der Standorte neben der Frage einer angemessenen Versorgung der Bevölkerung in der Fläche natürlich auch die Frage zu berücksichtigen haben, ob an den vorgesehenen Standorten modernere Räumlichkeiten existieren. Sehr viel konkreter kann ich heute aber nicht werden. Mehr kann ich Ihnen erst sagen, wenn unser Konzept endgültig vorliegen wird. Ich kann heute auf Ihre Frage weder mit Ja noch mit Nein antworten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Justizminister kann weder Ja noch Nein sagen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Kahl stellt eine Zusatzfrage.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Justizminister, wann wird das Konzept zur Frage der Standorte der Amtsgerichte vorliegen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Justizminister.

**Dr. Christean Wagner, Minister der Justiz:**

Es wird noch im Verlauf dieses Jahres vorgelegt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Frage stammt von Frau Kollegin Schulz-Asche. Sie richtet sich an Frau Ministerin Lautenschläger. Es geht dabei um die Betreuung von Minderjährigen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wie wird die Landesregierung ab 2004 sicherstellen, dass die soziale Betreuung von Minderjährigen in der Flüchtlingsunterbringung am Frankfurter Flughafen rund um die Uhr gewährleistet ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Wie bisher wird die Landesregierung sicherstellen, dass die Flüchtlingsunterkunft, also die Asylunterkunft, weiterhin betreut sein wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das für eine Antwort? Wie?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage von Frau Kollegin Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, am Samstag war ich beim Flughafensozialdienst, und am Sonntag war ich in Schwalbach. Ich habe dort erfahren, dass letztlich nur 2,5 Sozialarbeiterstellen für die Umsetzung an den Frankfurter Flughafen überhaupt infrage kommen. Ich frage Sie erneut: Wie glauben Sie mit 2,5 Sozialarbeiterstellen aus der Erstaufnahmestelle in Schwalbach die Betreuung von minderjährigen Jugendlichen und auch anderen in den Flughafensozialdienst kommenden Menschen rund um die Uhr sicherstellen zu können?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Lautenschläger.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abg. Schulz-Asche, die Landesregierung wird wie bisher mit ausreichend Personal die Betreuung auch von Minderjährigen am Flughafen sicherstellen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Antworten sind Zumutungen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Frage zu naturnahen Gewässern kommt von Herrn Kollegen Kaufmann und geht an Herrn Minister Dietzel.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung in Gestalt des Umweltministers:

Wie stellt sich die Landesregierung die Fortsetzung des für den Hochwasserschutz wichtigen Programms „Naturnahe Gewässer“ und damit die auch nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie geforderte Verbesserung der Gewässerstrukturgüte nach der vorgesehenen Kürzung der Mittel für das

Landesprogramm und die Förderung der kommunalen Abwasserbehandlung gegenüber 2003 von rund 50 % vor?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, die Frage bezieht sich auf den Hochwasserschutz oder auf Abwasser?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um das Programm „Naturnahe Gewässer“, Herr Staatsminister, das Sie kürzen!)

Wenn wir uns über Hochwasserschutz und naturnahe Gewässer unterhalten, dann sehen wir, dass wir in vielen Bereichen zu Gewinnerallianzen kommen. Hochwasserschutz ist zum einen eine Frage des Deichbaus. Am Rhein werden wir 10 Millionen € auch in Zukunft zur Verfügung stellen. Das Sofortprogramm werden wir umsetzen. Darüber hinaus unterhalten wir uns mit den anderen Anliegerländern, z. B. am Rhein, aber auch an der Weser, wie wir dort Rückhaltungsmöglichkeiten schaffen können.

Zum Dritten versuchen wir, mit Renaturierung von Flüssen und Bächen die Abflussgeschwindigkeit zu reduzieren. Die Finanzierung ist dort auch als Ausgleich für Eingriffe in die Natur möglich. Wir haben dies das erste Mal bei der ICE-Strecke durchgeführt, die von Köln über Limburg nach Frankfurt geht. Dort haben wir Teile in die Renaturierung hineingenommen, um hier auch etwas für den Hochwasserschutz zu tun. Ich denke, dass man hiermit einen Teil der Kürzungen ausgleichen kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, wenn Sie 50 % der Mittel kürzen, dann können Sie uns doch sicher sagen, welche Maßnahmen dadurch entfallen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Kaufmann, ich kann Einzelheiten sicherlich nicht bringen, zumindest nicht in der jetzigen Situation. Aber ich habe Ihnen gesagt, dass wir versuchen, durch andere Mittel zu einer Auffütterung zu kommen. Ich denke, dass die Diskussion, die wir geführt haben, Ausgleichsmittel für den Eingriff in die Natur zur Verfügung zu stellen, zu einem guten Zuspruch geführt hat.

Bei einer Renaturierung in Nordhessen haben wir zusätzliches Geld zugeführt, wie wir es auch in Zukunft machen werden, und dort hatten wir nur zufriedene Anlieger. Der Naturschutz freute sich, dass der Beton aus dem Bach heraus war. Die Landwirtschaft freute sich, dass nicht so sehr in die Flächen eingegriffen wurde. Die Fischerei freute



sich, dass sich der Fischbestand verbessert hat, und die Unteranlieger freuten sich über eine Verbesserung der Hochwassersituation.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein freudiges Ereignis!)

Ich glaube, dass wir über eine Umschichtung von diesen Mitteln den alten Zustand erhalten können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Frage des Kollegen Dr. Herr erübrigt sich durch nicht mögliche Verbalisierung.

Herr Kollege Siebel, eine Frage an Herrn Staatsminister Corts.

**Michael Siebel (SPD):**

Ich frage Herrn Staatsminister Corts:

*Welche Veränderungen bei den Parametern der leistungsbezogenen Mittelvergabe sollen im nächsten Haushalt in Anbetracht der jüngst veröffentlichten starken Zuwächse bei den Studierendenzahlen durchgeführt werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Die Präsidenten und ich haben in der vergangenen Woche zusammengesessen. Wir warten zunächst einmal die Zahlen ab. Zurzeit gibt es keine Hinweise dafür, dass wir irgendetwas verändern müssen. Wenn, dann werden wir im nächsten Hochschulpakt darüber sprechen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Siebel.

**Michael Siebel (SPD):**

Sind Sie bereit, die Ihnen bislang zur Verfügung gestellten Zahlen in den unterschiedlichen Studienbereichen dem Parlament respektive dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Die Zahlen zu den Studentenzahlen? Ja, die, die wir bisher zur Verfügung haben, können Sie haben. Das ist kein Problem.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Hofmeyer, SPD-Fraktion, an Frau Ministerin Lautenschläger zum Thema Frauenhäuser.

**Brigitte Hofmeyer (SPD):**

Frau Sozialministerin, ich frage Sie:

*Wie stehen Sie zu Ihrer im Gespräch mit der „HNA“ am 17.09.2003 getroffenen Aussage, dass bei den Kürzungen im Bereich der Frauenhäuser sichergestellt wurde, dass in jedem Landkreis mindestens ein Angebot erhalten bleibt?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich habe immer gesagt: In diesem Bereich müssen wir wie in allen anderen versuchen, ein tragfähiges Netz zu erhalten. Wenn ich es richtig sehe, steht in der „HNA“ kein Zitat von mir; denn die Kürzungen haben zur Folge, dass nicht in jedem Landkreis in Zukunft Landesförderung stattfinden wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hofmeyer.

**Brigitte Hofmeyer (SPD):**

Das heißt, Sie stehen nach wie vor zu der Kürzung in Höhe von 90.000 € für das einzige Frauenhaus im Landkreis Kassel in Baunatal? Der Landkreis Kassel ist mit 250.000 Einwohnern immerhin eine große Gebietskörperschaft. Sie stehen also auch dort nach wie vor zu der Kürzung?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Abgeordnete, ich habe vorhin schon zu einer anderen Frage gesagt, dass die Einschnitte in vielen Bereichen durchaus schmerzlich sind, dass wir aber darauf geachtet haben, dass sowohl das Kriterium der Belegung als auch die regionale Zusammenarbeit an dieser Stelle eine Rolle gespielt haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller an Frau Staatsministerin Wolff.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Werden Sie sich mit der gleichen Klarheit für die Erhöhung des Lehrerinnenanteils an Gymnasien einsetzen, wie Sie das für die Erhöhung des Anteils von Lehrern an Grundschulen angekündigt haben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär.

**Karl-Joachim Jacobi, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Das Problem ist an den Gymnasien in keinem Fall so, wie Sie es hier schildern. An den Gymnasien ist die Verteilung zwischen Männern und Frauen eher ausgeglichen, während an den Grundschulen ein deutlicher Frauenüberschuss besteht. Häufig ist an den Grundschulen der einzige Kollege der Schulleiter.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau das ist das Schlimme! – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten den Frauenanteil im Kabinett erhöhen, damit das weibliche Element endlich zum Tragen kommt!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage.

Herr Dr. Müller will Herrn Staatsminister Dietzel etwas fragen.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

*Herr Minister, hat die Übernahme der Firma Herhof durch die irische neue Beteiligung Auswirkungen auf die langfristige Abfallentsorgung in Hessen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Dr. Müller, nach der Diskussion, die wir im letzten halben oder Dreivierteljahr über die Zukunft der Firma Herhof geführt haben, glaube ich, dass es eine gute Entscheidung war, dass diese Firma die Firma Herhof, wie ich eben sagte, außer der Führungsspitze übernommen hat, um die Abfallentsorgung gerade in Ost- und Nordhessen abzusichern. Ich denke, dass noch nicht alle Fragen, was die Entsorgungssicherheit insgesamt angeht, gelöst sind. Es wurde eben auch schon die Verwertung in Witzenhausen angesprochen. Hier gibt es noch keine Lösung. Aber wenn ich insgesamt die Übernahme dieser Firma durch die irische sehe, wäre die Alternative sicher eine Insolvenzanmeldung für die Firma Herhof gewesen. Ich glaube, dass diese Lösung die bessere ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Eine Frage des Kollegen Frömmrich an Herrn Kollegen Dietzel betreffend Hochwasserschutz.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie stellt sie sich die Weiterführung und Umsetzung des für den vorsorgenden Hochwasserschutz dringend notwendigen Programms „Renaturierungskataster Hessen“ nach der vorgesehenen Kürzung der ursprünglich für notwendig erachteten Haushaltsansätze von 2,656 Millionen € um über ein Drittel vor?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Frömmrich, Sie wissen, dass wir hier schon weit vorangeschritten sind und schon mehr als 70 % der Fließgewässer in Hessen aufgenommen sind. Ich glaube, dass man durchaus vertreten kann, hier um ein Drittel zu kürzen. Es wird sich dann möglicherweise um ein Jahr verlängern. Aber wir haben ausreichend Daten, um entsprechend agieren zu können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, wenn Sie jetzt sagen, dass mit dem Geld, das Sie jetzt anstreben, durchaus umzugehen ist, dann frage ich: Ist es in Ihrem Haus üblich, dass Sie Haushaltsansätze so hoch kalkulieren, dass Sie nachher ohne weiteres ein Drittel von einzelnen Programmen wegstutzen können, ohne dass es Auswirkungen auf die Programme hat?

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Frömmrich, ich glaube, Sie haben mir eben nicht zugehört. Ich habe gesagt, dass wir trotz der Kürzung das Programm zu Ende führen werden, möglicherweise mit einer Verzögerung von einem Jahr. Genau das werden wir tun.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Abg. Wintermeyer zum Thema Netzwerk gegen Gewalt.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welchem Zweck dient das von der Landesregierung eingerichtete Netzwerk gegen Gewalt, und welche Maßnahmen sind geplant?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege, das Netzwerk gegen Gewalt ist eine Fortentwicklung des Präventionsgedankens, den wir in Hessen – als einzigem Land in Deutschland – in einem Gesetz in der Weise niedergelegt haben, dass alle Kommunen verpflichtet sind, Präventionsarbeit zu leisten. Der Grundgedanke lautet: Es ist besser, Straftaten zu verhindern, als nach ihrer Begehung ermitteln zu müssen.

Das Netzwerk baut auf einer Reihe von sehr erfolgreichen Initiativen auf, die insbesondere bei der hessischen

Polizei entwickelt wurden. Ich nenne beispielhaft die Aktion SMOG – Schule machen ohne Gewalt – in Osthessen, wo es gelungen ist, gemeinsam mit den Staatsanwaltschaften, den Staatlichen Schulämtern, den Jugendämtern und anderen kommunalen Stellen ein integriertes Konzept zu erarbeiten, um sich im Vorfeld insbesondere um junge Menschen zu kümmern. Im Mittelpunkt steht die Arbeit gegen Gewalt. Es gibt weitere Initiativen mit ähnlicher Zielsetzung, z. B. in Wiesbaden und im Raum Gießen/Wetzlar.

Unser Ziel ist es, diese Initiativen zu vernetzen und bewusst aus dem Bereich der Strafverfolgungsbehörden hinauszutreten. Das ist bisher sehr erfolgreich angelaufen. Auf der Landesebene wird das Konzept vom Innenressort, dem Kultusministerium und dem Justizministerium koordiniert. Die Kommunen haben sich zur Mitarbeit verpflichtet. Besonders wichtig ist mir das Bestreben, hier auch die Vereine zu integrieren, weil sie den besten Zugang zu jungen Leuten haben.

Die hessische Polizei macht heute einen Aktionstag. Bei diesem Aktionstag geht es insbesondere um das Thema „Gewalt im Leben junger Menschen“. 1.100 Polizeibeamte sind unterwegs, die vor und in den Schulen Kontakte mit Eltern, Schülern und Lehrern suchen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ohne Benzin! Die sind zu Fuß unterwegs!)

Wir brauchen nämlich entsprechende Informationen, wo sich Gewalt entwickelt, um frühzeitig gegenhalten zu können.

Unter dem Strich folgt das Ganze der Erkenntnis, dass wir eine vernetzte Struktur brauchen, um frühzeitig Indikatoren wahrnehmen und ein integriertes Konzept zur Bekämpfung von Gewalt durchführen zu können. Alle Reaktionen, die wir diesbezüglich bisher bekommen haben, sind außerordentlich positiv. Alle Angesprochenen machen mit. Das Netzwerk wird Stück für Stück auf das ganze Land erweitert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Für heute stellt die letzte Frage Herr Kollege Weinmeister zum Thema IT-Tagung.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Was verspricht sich das Kultusministerium vom ersten hessischen IT-Tag für Lehrkräfte, der gestern in Frankfurt stattgefunden hat?*

**Karl-Joachim Jacobi, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Herr Abg. Weinmeister, dieser IT-Tag ist in ein Bündel von Maßnahmen zur Steigerung der IT-Kompetenz der Schülerinnen und Schüler eingebunden. Wichtigster Gesichtspunkt ist dabei, die IT-Kompetenz nicht an ein einzelnes Fach zu delegieren, sondern den Schülern Fähigkeiten und Fertigkeiten über alle Fächer hinweg nahe zu bringen und damit die Grundlage dafür zu legen, dass diese Fähigkeiten und Fertigkeiten später im Beruf erfolgreich angewendet werden können. In diesem Prozess ist der Erfahrungsaustausch ein ganz wichtiger Aspekt.

Der IT-Tag, der gestern stattgefunden hat, sollte vor allem dem Gedankenaustausch unter allen beteiligten Lehrerinnen und Lehrern dienen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Kollege Weinmeister.

**Mark Weinmeister (CDU):**

Ist beabsichtigt, diese IT-Tage regelmäßig durchzuführen?

**Karl-Joachim Jacobi, Staatssekretär im Kultusministerium:**

Das ist noch nicht endgültig entschieden. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es für einen gewissen Zeitraum Sinn machen würde, einen solchen Tag mindestens einmal im Jahr durchzuführen, um den Prozess am Laufen zu halten und weiter auszuweiten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich schließe die Regierungsbefragung und rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz betreffend „Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum“**

Redezeit pro Fraktion: 20 Minuten. Das Wort Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum“, das ist sicher ein Thema nicht nur für die, die auf dem Land leben, sondern auch für die, die unser gesamtes Hessenland weiterentwickeln wollen. Der Herr Ministerpräsident ist in seiner Regierungserklärung am 23. April dieses Jahres darauf eingegangen, wie er sich die Entwicklung unseres Landes, insbesondere aber auch des ländlichen Raumes, vorstellt und wie diese Vorstellungen in Politik umgesetzt werden können.

Eine der ersten Entscheidungen in diesem Zusammenhang war, dass wir ein Ministerium bekommen haben, in dem alle Angelegenheiten, die mit dem ländlichen Raum zusammenhängen, gebündelt werden. Deshalb lautet der Name meines Hauses „Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz“.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Den Verbraucherschutz habt ihr gleich platt gemacht!)

Ich denke, dass wir es in dem Zusammenhang auch geschafft haben, der Entwicklung des ländlichen Raumes einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind im Augenblick in einem enormen und tief greifenden Umbruch. Ich denke, dass wir uns damit beschäftigen müssen und auch beschäftigen wollen, wie die Entwicklungen von uns beeinflusst werden können.

Es sind drei Entwicklungsstränge festzustellen: erstens die wissenschaftlich-technische Revolution, zweitens der grundlegende Wandel in der Arbeitswelt und drittens die umfassende Globalisierung der Märkte mit einem bisher noch nicht gekannten Wettbewerbsdruck. Das hat nicht nur etwas mit dem Rhein-Main-Gebiet und seiner hohen Wirtschaftskraft zu tun, sondern auch mit der Frage, wie wir die ländlichen Räume weiterentwickeln können.

Dies vollzieht sich in einer Situation, in der wir in Deutschland einen der größten wirtschafts- und finanzpolitischen Einschnitte seit dem Zweiten Weltkrieg haben. Ich denke, dass wir mit der „Operation sichere Zukunft“ ein Signal zur Konsolidierung der hessischen Staatsfinanzen gesetzt haben, zu dem es keine Alternative gibt, wenn wir unser Land zukunftsfähig organisieren wollen.

Wie sieht die Antwort auf diese großen Herausforderungen aus? Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie die Herausforderungen zu Chancen werden. Deshalb sollten wir uns über die Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum unterhalten.

Einige allgemeine Betrachtungen von mir vorweg. Zunächst stellt sich die Frage: Was versteht man unter „ländlicher Raum“? Ich habe diesen Begriff so definiert: In diesem Raum leben drei Millionen Bürgerinnen und Bürger. Er umfasst 17.000 km<sup>2</sup> vielfältiger Kulturlandschaft: Äcker, Wiesen, Wälder, Gewässer, aber auch Infrastrukturf lächen. In ihm liegen 2.000 Dörfer, 370 kleinere Städte und Gemeinden. Der ländliche Raum umfasst 80 % der gesamten Landesfläche.

Wie sieht der typische ländliche Raum aus? Er ist in seiner Vielfalt und Schönheit überall in Hessen zu erleben. Lassen Sie mich zwei Punkte herausgreifen. Zum einen gibt es den ländlichen Raum in der Rhön, im Vogelsbergkreis und im Odenwaldkreis. Der Odenwald hat sich beispielsweise zu einem Naherholungsgebiet für das Ballungszentrum Rhein-Main entwickelt. Er ist außerdem zum Wohnort für viele Berufspendler geworden. Dadurch haben wir eine ganz andere Herausforderung für eine eigenständige Entwicklung des ländlichen Raumes.

Zum anderen hat die Landwirtschaft, die ursprünglich ein prägendes Element des ländlichen Raumes war, in erheblichem Maße an Bedeutung verloren. Vor 50 Jahren hatten wir rund 100.000 landwirtschaftliche Betriebe. Im Augenblick sind es noch rund 25.000 Betriebe, davon etwa 10.000 Vollerwerbsbetriebe. Das heißt, wir haben einen Verlust ortsnaher Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zu verzeichnen – aber auch im Handwerk, wo ähnliche Strukturen und Entwicklungen festzustellen sind. Es stellt sich die Frage, wie wir hier entgegenwirken können. Ich denke dabei an den Abbau der Grundversorgung im Bereich der Schulen, an die Postschalter, die geschlossen wurden, und den Wegfall von Einkaufsmöglichkeiten auf den Dörfern, was gerade für ältere Menschen ein Problem darstellt.

Gleichzeitig muss sich der ländliche Raum aber auch neuen Herausforderungen stellen. Ich nenne die Beanspruchung von Flächen für Siedlungs- und Verkehrsentwicklung oder auch eine verstärkte Nutzung für Erholungs- und Freizeitaktivitäten, die es in der Größenordnung, wie wir sie jetzt feststellen können, vorher nicht gegeben hat.

Meine Damen und Herren, das ist das Spannungsfeld, in dem wir uns bewegen und auch darüber nachdenken müssen, wie wir möglichst viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum halten und neue schaffen können. Deswegen wol-

len wir das Funktionieren des ländlichen Raums fördern, ohne dass dieser Raum seinen eigenständigen Charakter verliert. Dafür ist eine wichtige Voraussetzung, dass Dorfkerne nicht verfallen, sondern durch Umgestaltung der jetzigen Bausubstanz für zeitgemäßes Wohnen genutzt werden. Ich sehe in vielen älteren Städten und Dörfern die Entwicklung, dass wir uns mit diesen Dorfkernen beschäftigen müssen. Dabei stellt sich aber auch die Frage der Landwirtschaft. Politisch unumstritten ist, dass wir eine möglichst flächendeckende Landwirtschaft in unserem Land zur Produktion von Nahrungsmitteln und Bio- rohstoffen erhalten wollen. Ich glaube aber, dass auch eine in der Struktur veränderte Landwirtschaft dieses Ziel erfüllen kann.

Da fragen wir nach der Stärkung des ländlichen Raums als Wirtschafts- und Lebensraum. Um das Selbstverständnis derer hochzuhalten, die gern im ländlichen Raum leben, ist eines wichtig: Eine nachhaltige Förderung sollte Hilfe zur Selbsthilfe sein. Unsere Politik soll Impulse zu einer eigenständigen, nachhaltigen Regionalentwicklung geben.

Hierzu will ich vier Punkte herausstellen: erstens den weiter voranschreitenden Strukturwandel zu bewältigen, zweitens Arbeitsmärkte mit vielfältigen Beschäftigungsformen zu sichern, drittens die wertvollen dörflichen und kleinstädtischen Sozial- und Siedlungsstrukturen zu bewahren und viertens die allgemeine Lebenskultur durch ausreichende Angebote an Infrastruktur, Versorgung, Bildung und Kultur zu erhalten.

Meine Damen und Herren, das sind Forderungen, die sicher von allen vier Fraktionen im Hessischen Landtag vorgetragen und unterstützt werden. Aber die Bewältigung dieser Herausforderungen kann nicht überall gleich aussehen. Denn wir haben verschiedene Regionen, die sich unterschiedliche Wege für ihre Entwicklung suchen, die regionale Ressourcen selbst erschließen. Regionale Entwicklung ist in erster Linie eine Gestaltungsaufgabe der Regionen selbst. Das Land kann und will dabei ein wichtiger Partner sein; aber es kann und will den Regionen die Aufgaben nicht abnehmen, ihre Stärken zu erkennen, ihre Ziele zu formulieren und ihre Entwicklungsstrategien zu bestimmen.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann kommen Sie zum Thema?)

Meine Damen und Herren, es ist eine der wichtigen Aufgaben, das Selbstverständnis derer weiterzuentwickeln, die – wie ich – gern im ländlichen Raum leben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Allgemeinplätze!)

Vor allem stützen wir den ländlichen Gebieten keine Förderung über, sondern wir unterstützen sie in ihrer eigenständigen Entwicklung. Das sollte eine der Hauptaufgaben der Politik sein.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen müssen wir uns natürlich auch damit beschäftigen, wie wir die Programme aufeinander abstimmen können. Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+ ist sicher eine gute Entwicklung der Europäischen Union, muss aber mit der ländlichen Regionalentwicklung abgestimmt werden, die seit Mai dieses Jahres in meinem Haus untergebracht ist. Lassen Sie mich hierzu einige Punkte anmerken.

Der erste Punkt: Augenmerk auf den Landtourismus lenken. Meine Damen und Herren, da wird der eine oder an-

dere fragen: Warum stellt er den Landtourismus an die erste Stelle? – Von der wirtschaftlichen Bedeutung her ist er sicher nicht so stark. Auf der anderen Seite denke ich, dass dieser Tourismus ein Bindeglied zwischen Stadt und Land sein und wichtige Beiträge für eine zukunftsgerichtete Entwicklung des ländlichen Raums leisten kann. Die Unterstützung dieser Urlaubsform spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung des Dialogs zwischen Stadt und Land. Vor allem persönliche Kontakte zwischen Stadt- und Landbevölkerung rufen gegenseitiges Verständnis hervor und haben so eine Botschafterfunktion. Deswegen ist dieser Bereich als Erster zu nennen.

(Beifall das Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Meine Damen und Herren, ein zweiter Bereich und Kern unserer Bemühungen ist die Dorferneuerung, aber nicht mehr in dem ursprünglichen Ziel, sondern – wie schon in den letzten Jahren – weiterentwickelt zu einem Strukturförderungsprogramm,

(Reinhard Kahl (SPD): Das war es schon immer!)

wo nicht nur Fragen nach der Erhaltung der Häuser gestellt, sondern Arbeitsplätze im ländlichen Raum, moderne Formen der Bürgerbeteiligung und vor allem Motivation zur Eigeninitiative angesprochen werden.

(Reinhard Kahl (SPD): Was ist denn daran neu?)

Sicher müssen wir uns auch die Frage stellen, wie wir die Chancen im ländlichen Raum weiter nutzen und die Fördermöglichkeiten weiterentwickeln – nicht nur klassische Gebäudeinvestitionen, sondern auch soziale und kulturelle Projekte, arbeitsplatzschaffende Investitionen im Handwerk und Gewerbe, Grundversorgungseinrichtungen, Mietwohnungsbau und Dienstleistungen. Das ist in den letzten Jahren vom damaligen FDP-Ministerium, aber auch in Ihrer Regierungszeit gut weiterentwickelt worden. Es geht nicht nur um eine Fassadenverschönerung, sondern um eine Verbesserung der Dörfer, um vor allem auch junge Menschen zu animieren, ihre Zukunft im ländlichen Raum und in den Dörfern zu sehen. Deswegen sage ich auch, wenn wir uns über eine Kürzung der Mittel für Dorferneuerung unterhalten: Wir haben hier eine Größenordnung von 30 Millionen €, und ich glaube, dass eine solche Kürzung im Bereich der Dorferneuerung zu verkraften ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns über Dorferneuerung unterhalten, ist sicher auch die Frage nach dem Zusammenhang mit Vor- und Folgeinvestitionen, weil viele Kommunen im Zusammenhang mit der Dorferneuerung auch andere Dinge durchführen.

(Hildegard Pfaff (SPD): Wo ist denn jetzt Ihr Konzept? Außer Ankündigungen nichts!)

Ich denke an Wasser-, Abwasser- und Straßenbaumaßnahmen. Wir haben hier einen erheblichen Schub bei den Investitionen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wird die Dorferneuerung zu einem Gesamtpaket für Dorferneuerung, Regionalentwicklung und den Regionaltourismus. Damit können wir den Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum attraktiv gestalten, sodass die Menschen trotz des strukturellen Wandels gern dort leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Frage ist sicher auch: Wie können wir die Wettbewerbskraft der Landwirtschaft, aber auch der vor- und nachgelagerten Bereiche sicher-

stellen und verbessern? Wir sind in einer zentralen Lage in Europa. Vor allem haben wir einen kaufkraftstarken Markt vor der Haustür. Im Rhein-Main-Gebiet zwischen Frankfurt und Mannheim wohnen 8 Millionen Menschen – wenn man gut rechnet –, die gutes Geld verdienen und bereit sind, für hochwertige Lebensmittel zumindest einen Teil dieses Geldes auszugeben. Aber wenn wir uns über den Strukturwandel in der Landwirtschaft unterhalten, sollten wir ihn so begleiten, dass wir danach leistungsfähige Unternehmen haben, die in der Lage sind, in der Konkurrenz mit anderen deutschen und europäischen Ländern die Zukunft zu bestehen.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Ich will hier nicht über das Thema Bauernsterben reden. Trotz einer erheblichen Veränderung der Betriebsstrukturen, und auch wenn man das einmal auf den nächsten Generationswechsel hochrechnet, werden wir bei uns in Hessen zwar größere Betriebe haben, aber wir werden immer noch weit von Agrarfabriken weg sein, und wir werden auch dann noch eine bäuerliche Landwirtschaft in Hessen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Dann ist die Frage, wie wir dies unterstützen können: einmal dadurch, dass wir Investitionen in der Landwirtschaft unterstützen.

(Christel Hoffmann (SPD): Ihr streicht doch alles zusammen!)

Denn wer investiert, der will sein Kapital angemessen verzinst wissen, und der glaubt auch, dass er ein Einkommen erwirtschaftet. Vor allem ist jemand, der in der Landwirtschaft investiert, ein Optimist.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihrer Regierung auf jeden Fall!)

Gerade in unserem Land brauchen wir mehr Optimisten in der Landwirtschaft. Wenn Sie einmal den Indikator der Investitionen im Vergleich zu anderen Bundesländern sehen, stellen Sie eine andere Entwicklung als in anderen Bundesländern fest, wo die Investitionen zurückgehen. Wir haben noch einen erheblichen Anstieg in den Investitionen, zumindest wenn ich die Vergleichszahlen von 2002 zu 2001 sehe. Das heißt, die Landwirte in Hessen sind optimistischer als die in anderen Bundesländern. Ich denke, dass wir mit unserer Agrarpolitik in Hessen zumindest ein bisschen dazu beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich habe mich heute Mittag mit Junglandwirten unterhalten. Es war gut und richtig, die Junglandwirteförderung nicht anzugreifen; denn wir brauchen junge Landwirte, die den Mut haben, in unserem Land weiter Landwirtschaft zu betreiben, und das auch in den nächsten Jahren tun werden.

Die Hauptdiskussionspunkte der nächsten Zeit werden die benachteiligten Gebiete, das Hessische Kulturlandschaftsprogramm, der Ökolandbau und dessen Förderung sein.

(Christel Hoffmann (SPD): Alles gestrichen! – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir müssen uns über ein Programm unterhalten, bei dem es nicht darum geht, einen Subventionswettbewerb mit anderen Bundesländern zu schaffen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mein Ziel ist, Wettbewerbsgleichheit mit anderen Bundesländern herbeizuführen. Wenn wir uns über die Beihilfesätze dieser drei Programme unterhalten, sehen wir, dass wir sparen müssen und auch in diesen Bereichen sparen werden. Das ist gar keine Frage. Wir werden so sparen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Landwirte im Vergleich zu anderen Bundesländern sicher aufrechterhalten werden kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir haben in der Vermarktungsstruktur nicht gekürzt.

(Beifall bei der CDU)

Da geht es um die Frage, wie viele Molkereien oder Schlachthöfe wir in Hessen brauchen und wie viele wir uns leisten können. In diesem Zusammenhang müssen wir uns Gedanken über die Molkereistrukturen machen, die in vielen Gebieten weggebrochen sind, sodass wir in Hessen nur noch eine große Molkerei haben. Diese versuchen wir bei ihren Investitionen zu unterstützen. Wir haben in Hessen noch eine ganze Reihe von Schlachthöfen, die – das muss man auch sehen – betriebswirtschaftlich nur zu knapp 50 % ausgelastet sind.

Meine Damen und Herren, bei den Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten waren wir auf einem hohen Niveau. Dieses Niveau wollen wir auch beibehalten. Die Beratung der Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt, indem wir ein Kuratorium zur Beratung der Landwirtschaft eingeführt haben. In diesem Kuratorium legen die Betroffenen die Beratungsziele selbst fest. Das war ein richtiger und guter Schritt.

Agrarpolitik findet zum überwiegenden Teil nicht nur in Hessen, nicht nur in Berlin, sondern in Brüssel statt – ganz gleich, wie man die Agrarpolitik der Europäischen Union beurteilt. Ich habe schon 1992 bei der ersten Agrarreform gesagt, dass hiermit der Sündenfall eingeleitet wurde: Preise herunter plus staatliche Ausgleichszahlungen. Dies wurde mit der Agenda 2000 weitergeführt: weiter Preise herunter und nur teilweise Ausgleichszahlungen. Ich habe damals schon angemerkt, dass wir irgendwann einmal in die Zeit kommen, in der sich der Staat fragen wird, ob er noch in der Lage ist, diese Finanzierung zu erbringen. Gerade diese Frage stellt sich jetzt.

Bei der Halbzeitbewertung der Europäischen Union, bei der über wesentlich mehr Fragen diskutiert wird, als ursprünglich vorgenommen, hat sich gezeigt – gerade auch auf der Agrarministerkonferenz –, dass bei dieser Umsetzung, besonders bei den Entkoppelungsmodellen, die diskutiert werden, in der Bundesrepublik Deutschland extrem unterschiedliche Meinungen existieren. Das liegt sicherlich auch daran, dass jeder Länderminister erst einmal durchgerechnet hat, was denn die beste Lösung für sein Land ist. Das ist richtig und gut, dafür wird er gefälligst auch bezahlt.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Auf der anderen Seite müssen wir uns aber auch darüber Gedanken machen, wie wir zu einer einheitlichen Lösung für die Bundesrepublik Deutschland kommen und nicht

zu einer Aufsplitterung. Dafür sind noch einmal Arbeitsgruppen eingesetzt worden; wir haben eine Sonderagrarministerkonferenz für Ende November angesetzt, um hier zu einer möglichst einheitlichen Lösung zu kommen.

Zur Landbewirtschaftung und zum ländlichen Raum gehören auch der Weinbau und der Gartenbau. Das möchte ich hier auch einmal anmerken: Qualitätsweinbau im Rheingau und an der hessischen Bergstraße werden wir allein schon wegen der Nähe zur Landeshauptstadt Wiesbaden nicht aus dem Auge verlieren.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Staatsweingüter! – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herrn Jung!)

Deswegen fördern wir die Verbesserung der Steillagen und den Einsatz biologischer Pflanzenschutzmittel, für den sich Landtagsabgeordnete in erheblichem Maß eingesetzt haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Investitionsförderung gibt es vor allem im Vermarktungsbereich, außerdem im Rahmen des EG-Umstrukturierungsprogramms. Das ein richtiger Weg, dass wir hier die Chancen für die hessischen Winzer auch genutzt haben.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, die Fraktionsredezeit endet in einer Minute. Darauf wollte ich nur hinweisen.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

#### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, ich werde mich bemühen, nicht schneller zu reden, sondern zum Ende zu kommen. – Im Gartenbau brauchen wir ein qualifiziertes Beratungs- und Bildungsangebot. Die Förderung der letzten Landesgartenschau in Hanau und der nächsten in Bad Wildungen ist ein wichtiges Signal.

(Hildegard Pfaff (SPD): Wo sind die Perspektiven?)

Eine weitere Frage ist der Absatz in Hessen. Die Folgen der BSE-Krise sind massive Verunsicherung, Konsumboykott und Vertrauensverluste gewesen. Es war richtig und gut, die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“, die schon 1989 gegründet wurde, mit mehr Personal und mehr Geld auszustatten. Positiv ist auch, dass wir von der Europäischen Union die Genehmigung dafür bekommen haben, zwölf Produkte bewerben zu können. Hessen ist damit in der Bundesrepublik Deutschland Vorreiter. Das werden wir sicher auch im Interesse unserer Landwirtschaft ausnutzen.

(Beifall bei der CDU)

Einer der wichtigen Punkte ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen in unserem Land. Ein wichtiges Instrument, das wir in den letzten Jahren nach vorn gebracht haben, ist der Vertragsnaturschutz. Dabei setzen wir Vertragsnaturschutz vor Verordnungsnaturschutz. Das Landschaftspflegeprogramm, das wir in erheblichem Maß ausgeweitet haben, ist auch eine Möglichkeit, mit den Landwirten in Verbindung zu treten, die ihre Flächen im FFH-Gebiet haben.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das ist gescheitert!)

Wir haben festgelegt, dass dort eine 20 % höhere Prämie gezahlt wird. Das Leitmotiv „Kooperation statt Konfrontation“ ist gerade in den letzten Jahren im Naturschutz weiterentwickelt worden – im Zusammenhang Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft, Vertragsnaturschutz im Wald.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist mit Sozialinitiativen?)

Es soll eine Stiftung gegründet werden, die diese Leistungen auch in Zukunft absichern wird.

(Beifall bei der CDU – Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welcher Höhe?)

Eingriffe in Natur und Landschaft werden auch in Zukunft ausgeglichen, das ist gar keine Frage. Auf der anderen Seite haben wir uns auch schon Gedanken darüber gemacht – auch bei der ICE-Strecke, die gerade in der Fragestunde schon angesprochen worden ist –, wie man diese Eingriffe Flächen sparend ausgleichen kann, indem man die Durchgängigkeit unserer Flüsse verbessert, indem man z. B. eine Renaturierung der Bäche vornimmt oder indem man einen Kiefernwald zu einem Mischwald umbaut.

Meine Damen und Herren, zum ländlichen Raum gehört auch die Forstpolitik. Hier spreche ich einen Bereich an, der 42 % der Landesfläche ausmacht.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mehr als 400 Städte und Gemeinden haben Wald. 60.000 Menschen sind Eigentümer von größeren und kleineren Waldflächen. Dies ist sicherlich ein wichtiger Faktor, der Wald ist Wirtschaftsfaktor, Arbeitsplatz,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklungsraum, Naturraum und ein Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Deswegen müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie die richtige Entscheidung, den Hessen-Forst einzurichten, auch in Zukunft weiterentwickelt werden kann. Deswegen müssen wir auch hier zu Strukturveränderung kommen und versuchen, mit den Betroffenen zu diskutieren, wie wir zu positiven Lösungen kommen können.

(Reinhard Kahl (SPD): Während Arbeiter entlassen werden!)

Wir müssen zu positiven Lösungen kommen, dass auch die Beschäftigten eine Perspektive sehen.

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch die Frage der Einrichtung eines Nationalparks. Dies ist für diese Region sicherlich ein großer Vorteil, um nach außen zu werben. Hierbei bietet die Landesregierung eine Chance für den Tourismus und eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Das muss von dieser Region auch genutzt werden.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Die Steigerung der energetischen und stofflichen Nutzung von Biorohstoffen ist sicherlich ein Thema für uns, bei dem wir Biomasse und Biogas als CO<sub>2</sub>-neutralen Brennstoff einstufen und dies sicherlich auch in Zukunft weiter verfolgen werden,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 75-prozentige Kürzungen!)

sodass wir die Energieversorgung aus den erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2015 auf 15 % erhöhen wollen.

(Zurufe der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) und Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In diesem Zusammenhang steht auch Bio-Regio Holz, wo wir uns auch intensiv mit einem Kompetenzzentrum beschäftigt haben. Dieses Kompetenzzentrum ist nicht nur wichtig für Biomasse und Biogas, sondern es muss auch darüber hinaus aktiv werden. Die Standortbewertung war richtig. Ich werde dem Kabinett Witzhausen als Standort vorschlagen.

Ich bin zuversichtlich und optimistisch, dass wir mit diesem Kurs unser Hessenland als Ganzes weiter voranbringen.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Dazu müssen wir alle konstruktiv eingestellten Kräfte unserer Gesellschaft zusammenbringen. Wir brauchen einen offenen und sachlichen Dialog, geprägt von der Verantwortung für eine lebenswerte Zukunft für den ländlichen Raum. – Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, daran mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dietzel. – Das Wort hat Herr Abg. Grumbach für die Fraktion der SPD.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Meine Damen und Herren! Auf den Websites, die sich mit Witzhausen beschäftigen, gibt es eine Hitliste derer, die am meisten angeklickt werden. Spitzenreiter ist ein jüdischer. Er lautet:

Ein 80-Jähriger kommt zum Rabbi, beklagt sich darüber, dass sein 90-jähriger Nachbar behauptet, er könne täglich mit seiner Frau ins Bett und habe dabei noch viel Vergnügen. – Der Rat des Rabbi dazu lautet: Machs wie er, behaupte es einfach.

Dass das zum Prinzip einer Regierungserklärung werden kann, das allerdings halte ich für ein Kunststück, und das finde ich hier ganz spannend.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Lassen Sie mich zusammenfassen, was das Konkrete dieser Regierungserklärung war. Diese Regierungserklärung hat exakt zwei konkrete Punkte enthalten.

Der erste konkrete Punkt war – und das ist völlig unbestreitbar –: Das Ministerium hat einen Namen, in dem „ländlicher Raum“ steht.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der zweite konkrete Punkt war der Nationalpark – den dieses Ministerium immerhin vier Jahre lang verschleppt hat. Wir haben hier darüber diskutiert, ich will das gar nicht weiter ausführen.

Ich sage einmal: Das war ein netter Versuch. Ich glaube aber, wer über die Chancen des ländlichen Raumes reden will, der muss ein bisschen weiter gehen.

Da gibt es dann die schöne Erklärung: Wir werden die bäuerliche Landwirtschaft in Hessen erhalten.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Aber es ist genau diese Landwirtschaft, die heute in ihrem Umstrukturierungs- und Anpassungsprozess an veränderte Marktbedingungen von den Ausgleichszahlungen abhängig ist. Sie ist von der Ausgleichszulage abhängig, aber gerade die wird jetzt zusammengestrichen. Nicht vorbereitet ist diese Politik auf die Veränderungen, die aus der Globalisierung resultieren und die im Prinzip bedeuten – das ist eine der Debatten in der Welthandelsorganisation –, dass die Agrarproduktion nicht auf Dauer dadurch subventioniert werden kann, dass die Industrieproduktion von anderen Ländern mit Strafzöllen belegt wird. Die Bauern in Deutschland und in Europa müssen darauf vorbereitet werden. Dazu hat der Minister zwar gesagt, das ist ein Problem. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass er gesagt hat, wie er das lösen will. Ich denke, an dieser Stelle haben wir Besseres verdient.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der nächste Punkt. Chancen für den ländlichen Raum heißt unzweifelhaft: besserer Absatz für die Landwirtschaft. Ein wichtiges Mittel dazu ist das Agrarmarketing – die Institution, die dafür sorgt, dass die Produkte aus der hessischen Landwirtschaft auch ordentlich gekauft werden, weil die Leute erfahren, wie gut die sind.

Nun haben wir die spannende Variante, dass es hier eine Marketinggesellschaft gibt, und für die Formulierung ihres Grundkonzepts wurden zwei Jahre benötigt. Das ist das eine Problem. Das viel Schlimmere aber ist: Wer dies mit den Konzepten anderer Bundesländer vergleicht, wird feststellen, dass diese Agrarmarketinggesellschaft gerade einmal zwei Drittel der Dinge machen kann, die in Bayern und Baden-Württemberg möglich sind. Ich denke, um hessischen Absatz zu fördern, war das verfehlt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sich dann eine Region auf eigene Füße stellt,

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

eigene Initiativen entwickelt und über die Ländergrenzen hinaus in der Lage ist, ein eigenes Konzept zu entwickeln – ich erinnere an die Dachmarke Rhön –, dann wird sie nicht etwa unterstützt, sondern sie wird behindert.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist nicht die Chance für den ländlichen Raum, sondern das ist die Behinderung des ländlichen Raums. Ich denke, das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Der nächste Punkt. Der Herr Minister hat gesagt, es geht darum, möglichst viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu halten. Eine gute Idee. Wir erwarten das ohnehin von jeder Landesregierung. Das gilt besonders in den strukturschwachen Gebieten. Aber die spannende Frage ist, ob die Personalentscheidungen in den Haushaltsberatungen dem dienen.

Wenn wir darüber reden, dass Forstarbeiter abgebaut werden sollen, dann reden wir nicht vom Ballungsraum Rhein-Main, sondern dann reden wir vom ländlichen Raum, von Nordhessen. Wer sich die Programme ansieht, wird feststellen, dass Nordhessen der Teil des Landes ist,

der von diesen Programmen am meisten benachteiligt wird. Chancen für den ländlichen Raum gibt es nicht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber ich will fair sein,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Bisher war das unfair!)

um deutlich zu machen: Es ist nicht nur ein Minister zuständig für die Chancen im ländlichen Raum, sondern die gesamte Landesregierung. Dann schaut man nach den gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten. Dazu gehört, dass auch Frauen im ländlichen Raum eine Chance auf Berufsausübung haben. Jeder weiß, dass das eines der Probleme ist, das nicht ganz so einfach zu lösen ist – weil es dort an Infrastrukturen mangelt und weil es dort an manchen Stellen an der Förderung gemangelt hat. Wenn man jetzt sieht, dass eine der Entscheidungen dieser Landesregierung die Streichung der Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg der Frauen ist, dann ist das auch ein Schlag gegen die Frauen im ländlichen Raum.

Es wird offensichtlich, dass hier nicht nur der ländliche Raum geschädigt wird, sondern dass die Landesregierung auch ohne Frauenministerin ist. Ich denke, das kann man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Manfred Schaub (SPD): Guck dir doch einmal an, wie leer die Regierungsbank ist! Bei einer Regierungserklärung! – Norbert Schmitt (SPD): Von den Staatsministern ist gar keiner mehr da! Die machen anscheinend eine Ausschreibung!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort, ganz alleine. Bitte schön.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Ehrlich gesagt, ich finde, die Regierungsmitglieder müssen die Solidarität zu ihrem Minister, der gerade für sie den Kopf hingehalten hat, selbst erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann haben wir gerade gehört, ein wichtiger Bereich, ein Schwerpunkt, sei der Landtourismus. Wahlprogramm und Regierungsprogramm: Darüber hinaus schafft der Landwirt sich neue wirtschaftliche Standbeine, z. B. im Bereich des Tourismus.

Wir wissen alle, das ist eine der wichtigen Nebeneinkommensquellen im ländlichen Bereich. Aber die Streichung von 1 Million € für die Tourismusförderung hat diesem Bein jedenfalls einen Fuß abgehackt. Auch dafür ist diese Landesregierung verantwortlich. Ich denke, das muss man deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Kern ist das die blanke Heuchelei. Auf der einen Seite wird gesagt: Liebe Leute, ihr müsst in der Lage sein, euer Einkommen selbst zu verdienen. – Aber alle Hilfe, die das Land geben kann, z. B. über Marketing oder Tourismusförderung, wird zusammengestrichen oder so organisiert, dass es keine Hilfe mehr ist. Das ist keine Chance für den



ländlichen Raum, sondern das ist Behinderung des ländlichen Raums. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nächstes Beispiel, weil ich schon finde, dass der eine Minister oder die andere Ministerin Mitverantwortung trägt: Die Förderung der gewerblichen Produktionsbetriebe im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – über 3,4 Millionen € weniger.

Für wen war die denn? Die war doch für die Handwerker und die kleinen Unternehmen im ländlichen Raum, die sonst keine Chance haben, mit dem Ballungsraum mitzuhalten. Wer an dieser Stelle streicht, zeigt, für welche Region sein Herz schlägt. Und dass der Ministerpräsident aus dieser Region kommt, ist so deutlich, dass mir der Minister für Landwirtschaft und ländlichen Raum schon wieder dafür Leid tut, dass er das verteidigen muss. Das ist eine Gesamtpolitik, die einen Schwerpunkt legt, der Nordhessen und dem ländlichen Raum nicht gerecht wird. Ich denke, das kann man sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, es fehlt auch ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Rationalität. Darüber werden wir noch einmal ausführlich an anderer Stelle reden. Ich erinnere nur daran: Wir haben im Entwicklungsplan ländlicher Raum insgesamt Kürzungen von 4,4 Millionen € an Landesmitteln. Dem stehen 13 Millionen € von Bund und Europäischer Union gegenüber.

Noch im Januar haben Sie alle erklärt, die Kofinanzierung werde sichergestellt; es wäre Unsinn, wenn man das nicht täte. – Mit Verlaub, Sie sind bei diesem Unsinn angekommen. Nun stehen Sie auch dazu, und korrigieren Sie das bitte.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nächster Brocken: Investitionen im ländlichen Raum. Auch dort mogeln Sie sich an den Problemen vorbei. Es stimmt, bei der Dorferneuerung ist noch ein Rest übrig. Dass Sie im letzten Jahr dort 5 Millionen € gestrichen haben und in diesem Jahr 2,5 € aus der Gemeinschaftsaufgabe streichen, ist ein spannender Punkt. Wenn Sie sich aber daran erinnern, dass wir uns alle seit Jahrzehnten einig waren, dass jeder Euro, der in diesem Bereich eingesetzt wird, vier bis fünf Euro zusätzlich an Investitionen generiert, dann wissen Sie, dass wir in den letzten Jahren diesem Raum insgesamt über 40 Millionen € an Investitionsmitteln entzogen haben – schlicht durch die Streichung der Mittel für die Dorferneuerung.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Regionalprogramm mit ganzheitlichem Ansatz – was ich dazu eben gehört habe, war im Prinzip eine Wiederholung der Regierungserklärung. Wie irrational die Finanzgestaltung ist, zeigt auch das Beispiel Ökolandbau. Um 250.000 € an Landesmitteln einzusparen, werden diese Mittel um über 1,2 Millionen gekürzt.

Außerdem ist dieser Vorschlag von ideologischen Scheuklappen gekennzeichnet. Wir haben gerade gehört, die Wettbewerbsgleichheit solle nicht verletzt werden. In Bayern und Baden-Württemberg, in anderen Bundesländern sind die Mittel nicht gekürzt worden. Dort gibt es

noch Unterstützungsmittel, und zwar in beträchtlicher Höhe, in manchen Ländern sogar mehr als hier. Ich sage, auch das ist rückwärts gewandt, nicht zukunftsgerichtet.

Ich habe den Eindruck, es gibt immer eine Verwechslung zwischen der Frage der Ökoprodukte, die die Verbraucher wollen, und denen, die die Landwirtschaft produziert. Deutschland ist eines der Länder in Europa, das die höchste Importquote an ökologischen Lebensmitteln hat. Das hat etwas damit zu tun, dass der Ökolandbau in Deutschland nicht in der Lage ist, zukunftsorientiert gesunde ökologische Lebensmittel zu produzieren.

Wenn Sie dann die Mittel für die Umstellung streichen, sind Sie in der Situation, dass Sie eher an der Zukunft vorbeigehen.

(Manfred Schaub (SPD): So ist es!)

Sie müssen einmal schauen: In den Großstädten, in Frankfurt, wo ich lebe, haben wir das Problem, dass wir diese Lebensmittel nur in begrenztem Umfang erhalten können, weil sie nicht dauerhaft zur Verfügung stehen. Sie haben die Direktvermarkter alle hier. Wie wir alle wissen, machen die gute Geschäfte. Aber Sie haben den Blick auf den Bauern vor der Tür, der Absatzprobleme hat. Da müssen Sie etwas tun, da müssen Sie bei der Vermarktung etwas tun, wenn Sie ein zukunftsgerichtetes Programm machen wollen.

Ich kann das in einem Satz zusammenfassen: Diese Landesregierung hat sicherlich kein ganzheitliches inhaltliches Konzept, sie hat kein finanzielles Konzept, d. h. sie hat auch keine Perspektive. Ich denke, das ist auch deutlich geworden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abg. Wiegel.

#### **Kurt Wiegel (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In seiner heutigen Regierungserklärung hat Staatsminister Wilhelm Dietzel

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts gebracht!)

auf die Bedeutung der Stärkung des ländlichen Raumes hingewiesen.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber Not gehört!)

Der nicht großstädtisch orientierte Teil Hessens erhält damit einen wichtigen Stellenwert in der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ländliche Raum ist eben nicht nur Land- und/oder Forstwirtschaft. Er ist vielmehr eine Bündelung von Maßnahmen für die Menschen außerhalb der Ballungsräume, sei es bei der Regionalentwicklung, der Dorferneuerung, der Landwirtschaft oder bei der Nutzung von Biorohstoffen. Mit der Schaffung eines Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz durch diese

Landesregierung wurde der Stellenwert des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft und damit der dort wohnenden und arbeitenden Menschen gestärkt.

(Reinhard Kahl (SPD): Aber mit dem Rahmen allein?)

Sie erhalten von nun an ein eigenes Sprachrohr für ihre Interessen und Anliegen zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen im Umwelt- und Naturschutzbereich. Die Zusammenfassung der Interessen der Landwirtschaft im Bereich ländlicher Raum mit dem Verbraucherschutz in einem gemeinsamen Ministerium macht deutlich, dass bei der Hessischen Landesregierung die Belange der Bevölkerung des ländlichen Raumes gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der CDU)

Die heutige Regierungserklärung verdeutlicht, dass die Hessische Landesregierung uns Menschen im ländlichen Raum eine Chance gibt; denn neben der konsequenten Entwicklung der Wirtschaftsregion Rhein-Main wird auch der ländliche Raum nicht vernachlässigt.

(Reinhard Kahl (SPD): Schön wärs!)

Trotz der misslichen Lage in Deutschland werden wir dafür Sorge tragen müssen, dass die im ländlichen Raum tätigen Menschen in Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft weiterhin ihr Einkommen erwirtschaften können. Gerade für den Rhein-Main-Ballungsraum ist eine stabile ländliche Region unverzichtbar, sei es als Lieferant von gesunden Nahrungsmitteln und sauberem Wasser oder als Erholungsgebiet für gestresste Großstädter.

Das heute von Herrn Grumbach geschilderte Szenario über die Land- und Forstwirtschaft in Hessen trifft, gerade was die Ursachen angeht, nicht zu. Als aktiver Landwirt aus dem Vogelsberg kann ich Ihnen sagen, dass die landwirtschaftlichen Berufskollegen nicht unter Wilhelm Dietzel in Hessen, aber entscheidend unter der rot-grünen Bundesregierung in Berlin leiden.

(Beifall bei der CDU)

Während die Hessische Landesregierung ihr Handeln gegenüber der Landwirtschaft am finanziell Machbaren ausrichtet, lässt sich die rot-grüne Bundesregierung mit Frau Ministerin Künast von einer Abneigung gerade gegen die konventionelle Wirtschaft leiten.

Die Verfehlungen auf diesem Politikfeld haben jüngst sogar Sozialdemokraten erkannt. Wenn jetzt aus den Reihen der SPD Agrarexperten Populismus und ideologische Verblendung vorgeworfen werden, müsste das Bundeskanzler Schröder doch wirklich zu denken geben. Der SPD-Staatssekretär Thalheim hat völlig Recht, wenn er sagt, dass das Thema Nummer eins nicht mehr die Agrarwende,

(Hildegard Pfaff (SPD): Reden Sie jetzt über den ländlichen Raum?)

sondern die Landwirtschaft in Deutschland überhaupt sein sollte. Wie ernst die Lage in vielen Betrieben ist, kann man in dem Agrarbericht der Bundesregierung nachlesen, der für das laufende Wirtschaftsjahr Einkommenseinbußen bis zu 20 % prognostiziert. Die praktische Politik der rot-grünen Bundesregierung sieht jedoch so aus: Mit massiven Kürzungen im Agraretat des Bundeshaushaltes 2004 wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und damit auch der hessischen Landwirtschaft weiter verschlechtert.

Die Landwirtschaft steht angesichts der enormen Ernteschäden, der Ergebnisse der EU-Agrarreform und der sozialen Folgen des Strukturwandels unter einem derart massiven Druck, dass man wirklich kein Verständnis für die überproportionalen Kürzungen im Bundeshaushalt haben kann.

(Reinhard Kahl (SPD): Des hessischen Haushaltes!)

– Ja, aber auch im Bund. – Kommen beispielsweise – das sollten Sie sich auch einmal genau überlegen – die geplanten Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Krankenkasse durch, müssen Teile der Landwirte künftig einen deutlich höheren Krankenkassenbeitrag als die übrige Bevölkerung zahlen. Die geplante Erhöhung beim Agrardiesel und die Kürzung bei den Gemeinschaftsaufgaben verschlechtern die Chancen der deutschen Landwirte im Wettbewerb mit ihren europäischen Kollegen noch weiter.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt auch für die hessische Landwirtschaft. Meine Damen und Herren, auch wir müssen jetzt Prioritäten setzen. Die Landwirtschaft wie der ländliche Raum insgesamt sind Gegenstand der „Operation sichere Zukunft“.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es muss aber immer wieder daran erinnert werden, dass wir die massiven Einsparungen im Haushalt nicht bräuchten, wenn in Berlin endlich eine ordentliche Politik erfolgen würde.

(Beifall bei der CDU)

Rot-Grün in Berlin hat das finanzpolitische Desaster zu verantworten, unter dem wir jetzt hier alle leiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Staatsminister Dietzel hat in seiner Regierungserklärung die für Hessen wichtige Entwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes dargestellt. Gerade weil die im Bereich des Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz einzusparende Summe mit rund 45 Millionen € enorm hoch ist, müssen jetzt Schwerpunkte gesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt dabei: Die Förderung des ländlichen Raumes wie auch der Landwirtschaft ist für Hessen und auch für die CDU von großer Bedeutung; denn manchmal müssen wir uns die Probleme, die durch die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe und die damit verbundene Veränderung der Landschaft entstehen, vor Augen führen, um die Bedeutung der Landwirtschaftspolitik für uns alle zu erkennen.

Landschaft ist ein Kulturgut und Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion. Sie ist aber auch zusätzlich ein wichtiges touristisches Potenzial und Voraussetzung für Lebensqualität. Deswegen ist die Erhaltung der Kulturlandschaft im Interesse der Allgemeinheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Besonders wichtig aus Sicht der CDU-Fraktion ist, dass im Zuge der neuen Politik für den ländlichen Raum durch Regionalentwicklungskonzepte, den Erhalt des Dorferneuerungsprogrammes und die Förderung des Landtourismus der ländliche Raum in Hessen insgesamt gestärkt wird. Weiter wichtig ist uns, dass mit dem Agrarförderprogramm die Wettbewerbskraft der hessischen

Landwirtschaft durch Investitionen wie etwa im Stallneubau ausgebaut wird, dass durch Förderung benachteiligter Gebiete mit Ausgleichszulagen und Kulturlandschaftsprogrammen diese weiter bewirtschaftet werden und dass die Rechte der Landwirtschaft zukünftig in einem hessischen Landwirtschaftsgesetz geregelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Von großer Bedeutung ist für Hessen insgesamt, aber besonders für den ländlichen Raum die vermehrte Nutzung von Biorohstoffen, denn hier können wir in der Region wachsende Rohstoffe ortsnahe verwerten. Die in der Regierungserklärung aufgezeigten Maßnahmen sind ein gutes Beispiel dafür, dass bei den Energieträgern Holz und Holzhackschnitzel oder Rapsöl das Land Hessen wichtige Impulse zum Vorteil des ländlichen Raums gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch der Landwirt als Energiewirt ist für uns ein Entwicklungsziel, das die bäuerlichen Einkommen entscheidend verbessern kann und damit auch den ländlichen Raum stärkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz zunehmender Einschränkungen durch Berlin und auch Brüssel steht die Hessische Landesregierung mit Ministerpräsident Roland Koch und Umweltminister Dietzel für eine nachhaltige Förderung des ländlichen Raumes in Hessen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Die Regierungserklärung hat zudem bewiesen: Die Hessische Landesregierung ist aktiver Partner des ländlichen Raumes, und wir danken dafür auch unserem Umweltminister Wilhelm Dietzel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Wiegel, vielen Dank. – Ich darf hinzufügen: Es war die erste Rede des Abg. Wiegel, seitdem er dem Hessischen Landtag angehört.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile jetzt dem Kollegen Herrn Häusling von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wir haben uns lange gefragt: Was will uns der Minister heute angesichts seiner Vision, die er geäußert hat, Großes erklären? Ich muss sagen: Er hatte uns heute überhaupt nichts zu erklären. Er hat wahrscheinlich wieder eine alte Wahlkampfrede ausgegraben und hat sie heute noch einmal zum Besten gegeben. Immerhin wissen wir jetzt, wie viele Dörfer es in Hessen gibt. Das war vielleicht für den einen oder anderen eine wichtige Information.

Sich aber angesichts des großen Kürzungsprogramms in dem Bereich hierhin zu stellen und über die Chancen im ländlichen Raum zu philosophieren, das ist entweder Mut, oder es ist schlichtweg eine Tat der Verzweiflung. Der Minister, einst angetreten als nordhessischer Berglöwe, ist glatt wieder als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Womit hat sich der Minister in den letzten Wochen so intensiv beschäftigt, dass er auch das Medieninteresse gewonnen hat? Er hat sich sehr viel Mühe mit drei hessischen Zirkuselefanten gegeben. – Ich will gar nicht abstreiten, dass die Initiative für den Zirkus durchaus lobenswert ist. Nur: Wo bleibt in Hessen die nächste Förderung der artgerechten Tierhaltung in der Landwirtschaft? – Sie haben sich zuletzt noch bei der Agrarministerkonferenz wieder als Anhänger der Käfighaltung geoutet.

Die Kürzungssorgie in Ihrem Ministerium trifft auch durchaus lobenswerte Initiativen, wie z. B. die Initiative für die Erhaltung vom Aussterben bedrohter Nutztierassen, wo die Mittel auf null gesetzt wurden.

Der Minister, der zur Entwicklung der ländlichen Räume angetreten ist, wickelt jetzt sein eigenes Ministerium ab. Herr Minister, als „Leuchtturmprojekte“ – eigenes Zitat – bleiben noch die Altlastensanierung und der Deichbau, der, das muss man sagen, mit dem Geld der Bauern aus dem Vogelsberg und aus dem Knüll finanziert wird.

Herr Arnold hat letzte Woche in einer Pressemitteilung gesagt: „Wir lassen unsere Bauern in Hessen nicht im Regen stehen.“

(Dr. Walter Arnold (CDU): So ist es, Herr Kollege!)

Das ist auch durchaus richtig. Angesichts des heißesten Sommers in der Geschichte haben Sie die Bauern aber in der Sonne stehen gelassen. Hessen hat als eines der ganz wenigen Bundesländer noch nicht einmal eine Dürrehilfe auf den Weg gebracht. Hessen hat es noch nicht einmal geschafft, die Daten zu erfassen.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Stattdessen – als Krönung des Ganzen – kommt jetzt das größte Kürzungsprogramm aller Zeiten. Herr Minister, davon sind 1.700 Betriebe betroffen. Herr Kollege, es ist aber nicht so, dass alle Betriebe davon betroffen wären. In erster Linie sind davon die extensiv wirtschaftenden Betriebe und die Ökobetriebe betroffen. Von der Kürzung des Bergbauernprogramms sind 12.500 Betriebe betroffen. Hier werden die Mittel um 5,5 Millionen € gekürzt – bei den Betrieben in den benachteiligten Regionen, die es sowieso schon schwer haben. In den Regionen Vogelsberg und Knüll wollen Sie die Gelder für Herrn Weimar einsammeln.

In Ihrer Rede haben Sie sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Landwirtschaft bezogen. Mit Ihrem Kürzungsprogramm sorgen Sie für die größten Wettbewerbsverzerrungen: innerhalb der hessischen Landwirtschaft, weil die einen eine Förderung bekommen und die anderen nicht mehr, und auch gegenüber der Landwirtschaft in anderen Bundesländern, die im Gegensatz zu Ihnen ihre Förderung nicht eingestellt haben. Sie gefährden damit den Bereich der Ökobetriebe. Ich behaupte, Sie machen das gezielt. Sie wollen ganz gezielt die Ökolandwirtschaft platt machen, als Reflex auf Berlin. In Berlin wird gefördert, also muss man in Hessen größtmöglich strangulieren. Nachher kann man sich dann hinstellen, wie es die Kollegen der CDU machen, und sagen: Na, sehen Sie, das haben wir gleich gesagt; mit dem Ökobereich, das klappt nicht.

Sie fordern permanent Planungssicherheit für die hessischen Landwirte ein. Das ist ein oft wiederholter Appell

an Renate Künast. In Ihrer Politik ist davon wahrlich überhaupt nichts zu merken. Die Halbwertszeit Ihrer Versprechungen beträgt noch knappe drei Monate. Wo bleibt da der Vertrauensschutz für die Landwirte?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgerichtig ist, dass Sie auch im Ausschuss gesagt haben: Na ja, die Förderung für Investitionsmaßnahmen können wir zurücknehmen. – Natürlich können Sie diese zurücknehmen. Wenn man den Landwirten vorne das Geld entzieht, dann können sie nicht mehr investieren. Das wissen Sie doch. Also wird der Ansatz wahrscheinlich realistisch sein. Dies hat aber nichts mit einer weiteren Wettbewerbsverbesserung für die hessischen Landwirte zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Warum Sie die Bundesmittel als eigene Kürzungsmittel ausweisen, haben Sie bis heute nicht erklären können. Drohen dem Agrarbereich noch ein paar Millionen Kürzungen mehr? Dann hätten Sie heute etwas dazu sagen können.

Herr Grumbach hat es vorhin schon genannt: Von der Hessischen Landesregierung werden insgesamt 4,8 Millionen € gekürzt. Dem ländlichen Raum gehen insgesamt 24 Millionen € verloren. Diese Millionen werden nicht etwa frei in der Gegend herumschwirren, sondern Sie werden sehen, dass sich Herr Minister Miller, Ihr bayerischer Kollege, diese Mittel sehr gerne abholen wird. – Sonst haben Sie immer gerne nach Bayern geschaut. Bei der Förderung gucken Sie jetzt eher nach Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Der Kollege Miller in Bayern hat die Deckelung bei den Ökoprogrammen aufgehoben, d. h. da wird noch mehr Geld ausgegeben.

Herr Minister, dass man Kürzungen auch anders machen kann, zeigt die Kollegin in Nordrhein-Westfalen, die sämtliche kofinanzierten Förderprogramme von den Kürzungen ausgenommen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Es ging um den ländlichen Raum. Wo setzt Hessen Prioritäten? Die Landesregierung setzt Prioritäten – das ist mehrmals dargelegt worden – z. B. bei den Frankfurter Traberfreunden. Die Frankfurter Traberfreunde werden weiterhin finanziert.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Weinbaufreunde gibt es in dieser Landesregierung auch en masse. Die Landesregierung will sich den hessischen Weinkeller der Staatsweingüter nach wie vor 15 Millionen € kosten lassen, aber nicht, um den Weinbau in Hessen zu fördern. Herr Minister, nein, zu guten Designermöbeln in der Staatskanzlei gehört auch ein edles Tröpfchen. Das macht man sich am besten selbst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das geschieht unter dem Motto: „Förderung ländlicher Regionen“. Dazu kann man nichts mehr sagen.

Weitere Realitäten im hessischen Herbst: Vision „15 % erneuerbare Energien bis zum Jahre 2015“.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur heiße Luft von der Regierung!)

Herr Minister, das ist eine Forderung, hinsichtlich derer wir uns relativ schnell einig werden könnten. Aber: Aus der kochschen Vision „15 % im Jahr 2015“ wird eine dietzelsche Vision für das Jahr 2050.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das war aber mager eben, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Herr Minister und Herr Arnold, was ist denn bis jetzt in Richtung Kompetenzzentrum passiert? Seit Monaten predigen Sie durch die Lande, mit dem Kompetenzzentrum werde der große Wandel kommen. Mehr als Ankündigungen hat es bisher aber noch nicht gegeben. Es sind Pressemeldungen gemacht worden. Es gab einen Vororttermin. Mehr ist noch nicht passiert.

Dann gucken wir wieder einmal nach Bayern. Bayern gibt 6 Millionen € für die Förderung nachwachsender Rohstoffe und ländliche Energien aus.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Was haben Sie bisher auf den Weg gebracht? Von 1999 bis zum Jahr 2000 wurden in Hessen laut Aktionsprogramm Umwelt fünf – man betone: fünf – Biogasanlagen gefördert.

(Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Bayern hat in den letzten fünf Jahren 350 Anlagen gefördert.

Bayern hat 116 staatlich geförderte Holzhackschnitzelanlagen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

In Hessen gibt es immerhin stattliche 30 Anlagen. Meine Damen und Herren, aber immerhin: Aufgrund der geringen Anzahl geförderter Anlagen kommt der Minister auf jeden Fall zu Besuch, wenn sie eine neue Anlage einweihen. Bei der geringen Anzahl bekommt er das noch hin.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Probleme!)

Der einzige Bereich, in dem sich Hessen bei der Energie profiliert, ist der Kampf gegen Windmühlen. Da wird richtig draufgeklopft, von wegen Landschaftsschutz. Wer aber die Windenergie ablehnt, die mittlerweile den größten Bereich bei den erneuerbaren Energien darstellt, der kann es mit den erneuerbaren Energien nicht sehr ernst gemeint haben.

Zusätzlich streichen Sie noch die Mittel für das ISET. Das ist für die Region Nordhessen eine ganz wichtige Institution. Damit gefährden Sie den Standort in Nordhessen, insbesondere den Wachstumssektor erneuerbare Energien.

Herr Minister, Realität in Hessen im Jahre 2003 ist, auch wenn Sie viele blumige Worte verlieren: Die Förderung der umweltverträglichen Energienutzung wird von 4,17 Millionen € auf 1,5 Millionen € zusammengestrichen.

Kommen wir nun zu dem Punkt, um den es eigentlich gehen sollte: ländliche Regionalentwicklung. Wir brauchen eine Entwicklung integrierter Regionalentwicklungskonzepte, wohnort- und verbrauchernahe Produktions- und Lebensmittel und Biorohstoffe sowie die Erarbeitung ei-

nes Regionalprogramms ländlicher Raum. Meine Damen und Herren, das sind nicht etwa Forderungen aus grüner Programmatik, sondern das sind Stichworte aus dem Regierungsprogramm der Christlich Demokratischen Union. Was ist daraus geworden? Herr Arnold, das ist nichts anderes als eine Menge Worthülsen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Wir stehen erst am Anfang!)

Die Mittel für die ländliche Regionalentwicklung sollen von 2,43 Millionen € auf 1,8 Millionen € gekürzt werden. Davon sind gerade die Gruppen betroffen, die sich mit der Entwicklung regionaler Konzepte beschäftigen. Davon ist auch das betroffen, was wir als eine Chance für die Zukunft der Landwirtschaft ansehen. Dies ist der Tourismus auf dem Lande. – Auch auf diesem Sektor wird es in Zukunft für private Investoren keine Förderung mehr geben. Damit verweigern Sie einem Bereich Fördermittel, der auch von Ihnen als einer der Zukunftsbereiche Ihrer Politik benannt wurde. Es geht dabei um die Schaffung von Alternativen zur Gewinnung von Einkommen von in der Landwirtschaft Beschäftigten. Hinzu kommt – das wurde bereits erwähnt –, dass das Programm zur Dorferneuerung noch einmal zusätzlich zusammengestampft wird. Es wird sehr stark zurechtgestutzt. Sie wissen doch, wie wichtig das Dorferneuerungsprogramm ist. Dies gilt gerade angesichts des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Es ist nicht sinnvoll, dass Sie jetzt sagen, Sie hätten das Programm erhalten. Sie haben es erhalten. Aber Sie haben die Chancen, die dieses Programm bietet, nicht genutzt. Sie haben es auch nicht weiterentwickelt.

Zu dem Punkt ländliche Regionalentwicklung möchte ich nun das Thema Kellerwald ansprechen. Beim Geldausgeben sind Sie sehr kreativ.

(Heiterkeit der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im letzten Jahr noch und bis vor kurzem, vor der letzten Wahl, haben Sie dem Naturpark Kellerwald-Edersee, diesem Naturpark de Luxe, eine Förderung von 5 Millionen € versprochen. Mit diesem Versprechen sind Sie landauf, landab gegangen und haben gesagt: Seht her, wie toll wir sind und was wir machen.

Dann erreichte uns die Meldung, der Nationalpark solle 2,4 Millionen € erhalten. Wieder wären wir fast geneigt gewesen, eine Presseerklärung herauszugeben und darin zu sagen: Okay, das ist eine tolle Geschichte. – In der letzten Woche haben Sie während der Ausschusssitzung die Katze aus dem Sack gelassen. Sie haben dann gesagt: Diese 2,4 Millionen € sollen den Mitteln für die Entwicklung des Naturparks entnommen werden. – Sie haben damit sozusagen eine Doppelbuchung vorgenommen. Sie müssen mir einmal erklären, wie man das Umfeld wird entwickeln können, wenn man die Gelder, die man für die Entwicklung des Umfeldes zur Verfügung stellen will – und auf diese Entwicklung kommt es an –, jetzt abziehen will und nur für die Entwicklung des Nationalparks verwenden will. Herr Minister, Sie sind auf dem besten Wege, das, was in der Region an hohen Erwartungen im Zusammenhang mit den Nationalparks geweckt wurde, jetzt aufs Spiel zu setzen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Na, na, na!)

Es gibt durchaus die Befürchtung, dass, wenn das Projekt Ihrer Regierung umgesetzt worden ist, es immerhin ge-

schafft sein wird, dass ein paar Schilder aufgestellt worden sind. Vielleicht war es das aber auch schon.

Ich komme zum Forst. Es gibt ein „Aktionsprogramm Umwelt“ dieser Landesregierung. Demnach sollen die hessischen Wälder als Lebensgrundlage für Generationen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden.

(Frank Gotthardt (CDU): Sind Sie dagegen?)

Gesunde, stabile und vielfältige Wälder sichern die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das machen wir doch! Ich weiß gar nicht, was Sie wollen!)

– Jetzt kommt der spannende Satz. – All diese Schutzfunktionen sollen durch die Arbeiten der Forstämter erhalten werden. – Dies alles sind Aussagen der Christlich Demokratischen Union.

Ich möchte jetzt aber zu der neuen Forstpolitik des Herrn Dietzel kommen. Der Forst wird radikal getroffen. Innerhalb weniger Jahre kommt es unter der Verantwortung der CDU in diesem Bereich zur zweiten großen Reform. Die Zahl der Forstämter soll halbiert werden, die Größe der Forstreviere soll um ein Drittel wachsen. Nach Aussage des Ministers wird dies nicht zu einem Qualitätsverlust führen. Angesichts solcher Zahlen müssen Sie aber erst einmal erklären, wie es da nicht zu einem Qualitätsverlust kommen soll. Das wird zur Folge haben, dass im Staatswald in Hessen nur noch rein der Holzeinschlag wird betrieben werden können. Ansonsten wird nichts mehr erfolgen können. Alle anderen Funktionen werden in Zukunft nicht mehr finanziert werden können. Die Mitarbeiter im Forst sind schon jetzt vollkommen demotiviert. Sie werden es auch weiterhin schaffen, dass die Motivation nicht wachsen wird.

Die Krönung des Ganzen ist Folgendes: Erstmals in Hessen soll es zu Entlassungen kommen. In erster Linie werden die Entlassungen Waldarbeiter betreffen. 600 Waldarbeiter sollen entlassen werden. Das wird gerade die ländliche Region noch einmal knallhart treffen. Herr Minister, das wissen Sie. Die Zahl der Forstschulen soll von drei auf eine Forstschule reduziert werden. Nur hinsichtlich Ihrer in Diemelstadt eiern Sie noch ein bisschen herum. Von dieser haben Sie noch nicht klar gesagt, dass Sie sie schließen wollen. Sie sollten vielleicht irgendwann einmal das klarstellen und sagen, dass Sie auch diese schließen wollen. Damit werden Sie Nordhessen wieder einen Standort nehmen.

Aufgrund ihrer „großen sozialen Kompetenz“ sorgt sich unsere Landesregierung natürlich um die Beschäftigten. Herr Staatssekretär Seif hat einen sehr konstruktiven Vorschlag gemacht. Er hat vorgeschlagen, die Waldarbeiter, die man entlassen will, als Schließer im neuen Knast in Hünfeld einzusetzen.

(Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Minister, das ist eine sehr „löbliche“ Maßnahme. Ich weiß nicht, ob Sie schon irgendwelche Dankeschreiben erhalten haben. Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, dass dies geschehen ist. Wir haben diesen Vorschlag noch ein bisschen kreativ weiterentwickelt. Wir haben vorgeschlagen, dass man in Hessen demnächst nicht mehr Waldkindergärten einweiht, sondern Waldknäste einrichtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Strafgefangenen können dann demnächst den Holzeinschlag nach amerikanischem Modell vornehmen. Sie würden dann die entlassenen Waldarbeiter ersetzen. Ist das vielleicht Ihr Modell für die Zukunft? – Sie sollten sich einmal mit den Herren Kollegen Weimar und Wagner an einen Tisch setzen.

Ich komme zu meiner Bilanz der Regierungserklärung des Herrn Ministers Dietzel zum ländlichen Raum: Ihre Worte hör ich gern, allein mir fehlt der Glaube. Vor allem fehlen mir die Taten. Ganz klar fehlen auch die entsprechenden Mittel. Ihre Politik für den ländlichen Raum ist von allen Visionen befreit. Das wird dazu führen, dass die Arbeitsplätze und die Strukturen im ländlichen Raum nachhaltig zerstört werden. Bei zukunftsfähigen Konzepten für den ländlichen Raum gibt es bei dieser Regierung eine totale Fehlanzeige. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Häusling, vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Heidel für die FDP-Fraktion.

(Frank Gotthardt (CDU): Jetzt sag einmal, wie es wirklich ist!)

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich vor einigen Tagen erfuhr, dass eine Regierungserklärung zum ländlichen Raum abgegeben werden sollte, habe ich erst einmal darüber nachgedacht, was wir heute zu hören bekommen werden. Ich habe mich gefragt, worum es sich drehen wird. Als Erstes fiel mir ein, dass der Zuschnitt des Ministeriums als Thema genannt werden wird. Dazu kann ich sagen: In Teilen kann man das mitgehen und mittragen. Nur will ich dabei auf eines hinweisen: Bei den Teilen, die Programme wie die Förderung der Wirtschaft und Maßnahmen zur Förderung der Infrastruktur betreffen, deren Vergaben beim Wirtschaftsministerium angesiedelt sind, hätte man sich Gedanken darüber machen müssen, dass Mittel daraus vielfach auch im Zusammenhang mit der Dorferneuerung eingesetzt werden müssen. Dort wird also ein erhöhter Koordinationsbedarf vorhanden sein. Ich halte das nicht für gut. Denn ich weiß aus eigener Erfahrung – ich denke, das wissen auch Sie –, wie schwer das jetzt schon zu koordinieren war.

Die Umressortierung der Abteilung Verbraucherschutz geht in Ordnung. Das kann man so machen. Das betrifft also die erste Abteilung. Zu der sage ich, das kann man so mittragen. Das kann man auch so entsprechend darstellen.

Mein zweiter Gedanke war folgender: Jetzt wird erst einmal versucht werden, die Kürzungen in Höhe von 45 Millionen €, die mit dem Haushalt des nächsten Jahres kommen sollen, kleinzureden. Ich halte mich, was die Zahlen des zukünftigen Haushalts anbetrifft, heute wirklich sehr zurück. Denn ich bin einfach der Meinung, dass man, wenn die Zahlen vorliegen, über sie auch diskutieren kann. Ich diskutiere nämlich gern über Fakten und nicht über etwas anderes.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Sicherlich war die Regierungserklärung heute auch der Versuch, in Teilen davon etwas vorwegzunehmen und geradezurücken. Es wurde versucht, klarzustellen, warum man bestimmte Dinge macht. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass es im Landeshaushalt Einsparungen geben müssen. Wie das auf die unterschiedlichen Ressorts verteilt wird und wie die Ressorts das dann innerhalb ihres Aufgabengebietes verteilen, sollte bei ihnen als Aufgabe belassen werden. Herr Minister, ich will aber auch eines ganz deutlich sagen. Sie hatten es vorhin angesprochen. Es geht dabei um den Optimismus. Optimismus allein reicht nicht aus. Ich teile die Auffassung, dass das, was bisher an Sparmaßnahmen angekündigt worden ist und was durchgedrungen ist, was es geben soll, nicht zu Optimismus in der Landwirtschaft führen wird.

Ich will jetzt aber auch dafür Sorge tragen, dass hier auf der linken Seite des Hauses nicht zu viel Freude entsteht. Berlin ist immer noch ein Thema, das uns angeht. Allein die im Agrarsozialbereich vorgesehenen Kürzungen werden dazu führen, dass es in der landwirtschaftlichen Krankenkasse eine Beitragssteigerung von bis zu 70 % geben wird. Das bedeutet für den Landkreis Waldeck-Frankenberg, dass der Wirtschaft allein in einem Jahr 3 Millionen DM entzogen werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Euro!)

– Ja, es sind Euro, Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich will mich hier aber vorsichtig äußern. Denn ich habe immer noch die Hoffnung, dass die Kolleginnen und Kollegen der SPD in Berlin da vielleicht doch noch etwas ändern werden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Arbeiten Sie daran.

Ich möchte nun wieder zurück nach Hessen kommen. Es geht dabei um AGZ, HELP, HEKUL und Investitionsmittel. Ich will damit das, was der Herr Minister hier vorgetragen hat, in seiner Reihenfolge aufgreifen. Ich glaube, wir brauchen gar nicht darüber zu diskutieren, wie hier gekürzt werden soll. Nach jetzigem Wissensstand soll manches ganz entfallen. In anderen Bereichen sollen weiterhin ausreichende Mittel vorhanden sein. Wir werden da also hingucken müssen.

Die Vermarktungsstrukturen sind uns in einem Teil weggebrochen, im Bereich Milch. Das hat der Minister uns deutlich dargestellt. Bei dem zweiten Teil, den Schlachthöfen, dürfen wir inzwischen Gott sei Dank, das sage ich, wieder mit „Gutes aus Hessen“ werben. Hier kann ich nur hoffen, dass das, was lange währt, endlich gut wird und dass die EU das jetzt so mitträgt, wie es angedacht worden ist.

Herr Minister, wenn wir über Vermarktungsstrukturen reden, dann verstehe ich eine Äußerung nicht, die Sie am Rande gemacht haben, nach der 20-prozentige Gebührenerhöhungen im Hause angedacht werden. Wenn dies auch für die Bereiche Fleischbeschau und Konfiskatgebühren gelten sollte, dann brauchen wir über Schlachthofpläne im Hessenlande nicht mehr zu diskutieren, weil dann jeder Schlachthof, egal wie er gestaltet und organisiert wird, unwirtschaftlich ist und in Hessen in Zukunft weder Schwein noch Rind geschlachtet werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein Wort zum Thema Nationalpark. Wir haben eine sehr angeregte Anhörung geführt. Etwas verwundert war ich allerdings im Nachgang, als ich ein Pressegespräch des Mi-

nisters vom selben Tag in der Zeitung lesen konnte, wo er auf eine der Fragen nach dem Motto antwortete: Für nächstes Jahr haben wir das Geld bereitgestellt, und danach sollen die Kommunen, die den Nutzen davon haben, das Ding eventuell selbst finanzieren. – Herr Minister, das müsste doch einmal klargestellt werden. Das will die Region schon wissen.

Der Kollege Häusling hat darauf hingewiesen, dass es hier um Geld geht. Ich hatte erwartet und gehofft, dass Herr Häusling heute auch erklären würde, wo die 15 Millionen € des Herrn Frömmrich, der dies im Landtag von diesem Pult aus verkündet hat, geblieben sind. Ich würde mich freuen, wenn diese 15 Millionen € zur Verfügung gestellt würden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur Geduld, das kommt alles noch!)

Beim Thema Weinbau müssen wir angesichts der finanziellen Probleme, vor denen dieses Land steht, genau hinschauen. Ich sage ganz deutlich: Da muss hingeschaut werden. Wenn gekürzt wird, dann bei allem, und zu allem gehört auch der Weinbau.

(Beifall bei der FDP)

Nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien – die Einrichtung des Kompetenzzentrums kommt zwar spät, aber sie kommt nicht zu spät. Jetzt ist es zwingend notwendig, dass wir nicht noch lange Diskussionen über Besetzungen führen, sondern dass das Kompetenzzentrum an die Arbeit gehen kann. Die Zahlen, die auch vom Kollegen Häusling vorgetragen wurden, dass Bayern soundso viele Blockheizkraftwerke hat, kommen auch daher, dass es zur Zeit der rot-grünen Regierung in Hessen ganze fünf gab, während es in Bayern schon 70 waren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Da gab es auch noch kein Kompetenzzentrum!)

– Da gab es auch noch kein Kompetenzzentrum. Nichtsdestotrotz, Herr Kollege Arnold, bei einem Kompetenzzentrum macht es das Schild alleine auch nicht. Es gehören ein bisschen Know-how und auch finanzielle Ausstattung dazu. Dann wollen wir das dem gegenüberstellen, was in Kamen oder in Potsdam ist, und sehen, wie Hessen dabei wekommt.

Ich will noch einen Punkt zum Thema Energie aufgreifen. Ich kann es bald nicht mehr hören, diesen Vorrang der Energieart Wind vor allen anderen. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns alle erneuerbaren Energien gleich behandeln und nicht die Windenergie bevorzugen, wie Sie es derzeit tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr macht einfach zu viel Wind!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, der ländliche Raum ist mehr als nur Landwirtschaft. Das sage ich ganz deutlich. Aber der ländliche Raum ist nichts ohne Landwirtschaft. Ich denke, auch das sollte hier einmal gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Das sind nicht nur die Nahrungsmittelproduktion und der Erhalt der Kulturlandschaft. Nein, es werden auch Erholungsräume und Freizeiträume für die Menschen offen gehalten und ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Der ländliche Raum ist auch – das soll er auch in Zukunft sein – ein intakter Wirtschaftsraum, von dem die Unternehmer

in Gesprächen sagen: Ja, hier haben wir motivierte Mitarbeiter. Wir haben sehr bodenständige Mitarbeiter, die lange in den Firmen sind und die selten den Job wechseln. – Das ist ein Vorteil des Wirtschaftsstandorts im ländlichen Raum.

Dazu gehört aber auch – das will ich deutlich ansprechen –, dass die Infrastrukturmaßnahmen, beginnend bei der Erschließungsförderung bis hin zur Verkehrsanbindung, auch in Zukunft einen großen Stellenwert bei dieser Landesregierung haben werden, wobei man selbstverständlich immer über Kürzungen und Haushaltseinsparungen diskutieren kann. Aber man muss dann gegeneinander abwägen. Wenn der Straßenbau, wie man hört, so radikal zurückgefahren werden soll, dann ist das wirklich gegen den ländlichen Raum ausgerichtet.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Punkt, der zumindest im Moment noch kein Geld kostet: die Ausweisung von FFH-Gebieten. Diesen Tagesordnungspunkt haben wir in dieser Plenarwoche noch zu besprechen. Ich will nur so viel sagen: Wenn wir über Planungen für ländliche Räume reden, dann darf es nicht sein, dass sich FFH-Gebiete wie Mehltau über diesen ländlichen Raum legen und man nichts mehr bewegen kann. Meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, das zu verhindern.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Die Dorferneuerung ist angesprochen worden. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass hier mit einem Euro fünf Euro bewegt werden, dass die Aufträge vor allem an die kleinen Handwerksbetriebe in der Umgebung gingen und gehen, dass aber auch viel Bürgersinn, Bürgergemeinschaft und Zusammenhalt durch das Dorferneuerungsprogramm gefördert werden. Das sollte man natürlich, wenn es kombiniert ist mit Kanal- und Straßenbaumaßnahmen, wie ich es vorhin ansprach, für den ländlichen Raum erhalten. Hier kann es keine Abstriche geben.

Ich hätte auch gehofft, dass der Minister sagt: Wir haben uns in der Landesregierung auch Gedanken darüber gemacht, wie wir etwas aus Ballungsräumen in den ländlichen Raum transferieren können, wie wir Behördenstandorte in den ländlichen Raum verlegen. Da haben wir dieses Ministerium, das will das machen, und da haben wir jenes Ministerium, das jenes machen will.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Nein, ich habe nichts davon gehört, obwohl die Argumentationsschiene, das sei technisch nicht machbar, heute nicht mehr greift. Deshalb fordere ich die Landesregierung noch einmal auf, nicht in einzelnen Ressorts zu denken, sondern ein Gesamtkonzept für Behördenstandorte im ländlichen Raum vorzulegen und dabei zu bedenken, dass gerade im ländlichen Raum die von mir angesprochenen Vorteile der Mitarbeiter bestehen. Außerdem sind die Kosten für die Unterbringung nicht so hoch wie im Ballungsraum.

Zum Thema Hessen-Forst. Der Landesbetrieb ist eingerichtet worden. Es war sehr mühselig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dorthin mitzunehmen. Es hat sehr viel Überzeugungsarbeit gekostet, aber es ist letztendlich gelungen. Der nächste Schritt, der vor der Tür steht, scheint nach den ersten Äußerungen, die ich aus diesem Bereich gehört habe, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorher nicht abgeklärt gewesen zu sein. Es

wurde auch nicht angekündigt, dass man auf sie zugehen möchte und sich mit ihnen darüber auseinander setzen möchte, wie das umgesetzt werden soll.

Ich will nicht sagen, dass es nicht so geht. Eine Regierung kann das so machen. Aber das wird zu hoher Demotivierung führen. Dann können wir glatt das vergessen, was wir als Ziel für den Hessen-Forst ausgegeben haben: Erhalt unseres Waldes, Förderung des Waldbaus, Unterstützung der naturnahen Forstwirtschaft, Energielieferant zu werden als Landesbetrieb Hessen-Forst und nicht nur Rohstofflieferant zu sein. Dies alles kann ich nur machen, wenn es mir gelingt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdeutlichen, dass es für sie attraktiv ist, in diesem Betrieb zu arbeiten, dass sie Zukunftschancen haben, wenn man neue Wege geht und neue Themenfelder für sie aufarbeitet. Ich meine, hier ist noch einiges, was in den kommenden Monaten diskutiert werden muss und diskutiert werden kann.

Gestatten Sie mir noch einen Satz zum Thema Finanzen, bevor ich zum Schluss komme. Wir haben schon oft die Debatte miteinander geführt, wie wir es mit den Komplementärmitteln halten. Wie gehen wir damit um, wenn wir in Hessen zwar einen Euro sparen, damit aber auf vier weitere Euro aus Bundes- und EU-Mitteln verzichten müssen? Bisher galt das hehre Ziel, dass dies nicht geschehen soll. Nach ersten Informationen scheint die Landesregierung sich nun entschieden zu haben, hier anders zu verfahren. Die FDP wird auf jeden Fall beim Haushalt genau hinschauen, inwieweit Gelder für das Land Hessen verloren gehen und inwieweit man mit anderen Sparvorschlägen den Verlust europäischer und Bundesmittel hätte verhindern können.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre das erste Mal! – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war es aber dann auch!)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir alle wollen – das ist aus den Redebeiträgen deutlich geworden, und das ist auch in den Fraktionen unbestritten –, dass der ländliche Raum eine Chance hat. Wir wollen gleiche Lebensbedingungen für die Menschen in den Ballungsräumen und in den ländlichen Räumen herstellen. Das ist eine Mammutaufgabe, die vielfach nicht von einer Fraktion allein zu bewältigen ist. Ich kann nur anbieten, dass die FDP darauf achten wird, dass die Chancen für den ländlichen Raum und für die dort lebenden und arbeitenden Menschen nicht verspielt werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächste spricht Frau Apel von der CDU-Fraktion.

#### **Elisabeth Apel (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung und in der nachfolgenden Aussprache sind viele Aspekte genannt worden. Es wurde unter anderem kritisiert, dass die MGH, die hessische Marketinggesellschaft, bis vor kurzem nicht so arbeiten konnte, wie sie das gerne getan hätte. Meine Damen und Herren, Sie wechseln hier Ursache und Wirkung. Hätte die SPD unter ihrer Regierungsverantwortung für eine rechtzeitige Notifizierung des Agrarmarketings bei der Europäischen

Kommission in Brüssel gesorgt, dann hätten wir keinen Stopp beim Agrarmarketing in Hessen gebraucht.

(Widerspruch bei der SPD)

Dann hätten wir genauso fortfahren können wie alle anderen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sie haben nicht für eine Notifizierung gesorgt. Weil ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land Hessen entstand, mussten wir das Agrarmarketing einstellen. Die Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen“ wird jetzt mit voller Kraft und unter strenger Beachtung der Notifizierungsregelungen das Agrarmarketing in Hessen vorantreiben.

Ich will eines sagen – ich weiß nicht, welcher Redner der Opposition eben die Dachmarke Rhön angesprochen hat –: Wir werden unser Agrarmarketing ganz streng gemäß den Notwendigkeiten einer vorherigen Notifizierung durchführen. Sie hingegen fordern hier einen Bruch des EU-Rechts, nämlich die Unterstützung einer nicht notifizierten Marke. Es ist den Akteuren in der Rhön-Region angeboten worden, sich an das notifizierte Agrarmarketing anzuhängen. Dann hätten sie sofort mit den erforderlichen örtlichen Maßnahmen beginnen können. Das wollten die Akteure in der Rhön nicht. Das ist ihre eigene Entscheidung. Wir werden unser Agrarmarketing ganz streng an den Regeln der Europäischen Kommission ausrichten.

Mehrfach ist der Verbraucherschutz angesprochen worden. Ich möchte aus einem Bericht des Fachministeriums zitieren:

Im Landeshaushalt sind 135 Planstellen für Lebensmittelkontrolleure ausgewiesen. Zehn davon werden im Bereich der Verwaltung und der Tiergesundheitsaufsicht zweckentfremdet, sodass 125 Stellen verbleiben. Von diesen Stellen werden im laufenden Haushaltsjahr weitere sieben Stellen gestrichen. Acht Stellen sind als Folge der Wiederbesetzungssperre zurzeit unbesetzt. Damit sind insgesamt 110 von 135 Stellen verfügbar. In dem überalterten Berufsstand der Lebensmittelkontrolleure gibt es eine Reihe von Personen, die aufgrund schwerer Erkrankungen nicht mehr zum Dienst erscheinen, sodass sich die Zahl weiter reduziert. In den nächsten drei Jahren werden ca. 25 Lebensmittelkontrolleure altersbedingt ausscheiden. Im Hinblick auf diese Entwicklung werden im Haushalt vier zusätzliche Ausbildungsstellen eingebracht. Angesichts der Situation ist das jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Jeder Wegfall eines Kontrolleurs bedeutet, dass pro Jahr 1.100 Betriebskontrollen weniger stattfinden.

Das war ein Zitat aus einem Bericht, den das Fachministerium für die damals zuständige Ministerin, Frau Stolterfoht, im Jahre 1998 geschrieben hat. Angesichts dieser Entwicklung gäbe es – hätten wir nicht seit 2000 gegengesteuert – bis heute 50.000 Betriebskontrollen in Hessen weniger. Das hätte in 50.000 Fällen eine geringere Sicherheit für die hessischen Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Wir haben erkannt, dass Sie den Verbraucherschutz als finanzpolitischen Steinbruch missbraucht haben. Wir haben hingegen über 50 neue Kontrolleure eingestellt. Die Lebensmittelkontrolleure und Verbraucherschützer in Hessen können heute wieder so arbeiten, wie sie dazu behördlich verpflichtet sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)



Sie hatten mit Ihren Einsparungen ein Vollzugsdefizit von teilweise 95 % in Hessen zu verantworten. Reden Sie heute also nicht von Verbraucherschutz. Denken Sie daran, was unter Ihrer Regierungsverantwortung hier in Hessen geschehen ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir haben diesbezüglich wegweisende Beschlüsse gefasst, die uns alle viel Geld gekostet haben. Hessen unterstützt seit September 2002 das Salmonellen-Monitoring, und wir haben sehr viel Geld in die BSE-Kontrollen investiert.

(Hildegard Pfaff (SPD): Was hat das mit dem ländlichen Raum zu tun? Verbraucherschutz ist für alle da! Das ist vielleicht ein Niveau hier!)

Was macht die Bundesregierung in Sachen Verbraucherschutz? Aus den Haushaltsansätzen sowie der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2003 bis 2005 ergibt sich, dass das BMVEL der angeblichen Verbraucherschutzministerin Künast eine Senkung der Förderung auf ein Niveau vorsieht, das unter dem des Jahres 2000 liegt. Bei der finanziellen Förderung der Stiftung Warentest ist eine Senkung der Fördermittel im Zeitraum 2000 bis 2005 um knapp die Hälfte vorgesehen.

Für die Verbraucheraufklärung in Sachen Ernährungsberatung sind erhebliche Ausgabensteigerungen vorgesehen. Diese Ausgabensteigerungen gehen aber allein auf das Konto der Werbekampagne für das neue Ökosiegel. Die herkömmliche Ernährungsberatung, die wissenschaftlich fundiert ist, muss nach wie vor am Rande des Existenzminimums herumkriechen. Die Bundesregierung investiert 3,6 Millionen € in ein Internetportal, um das Ökosiegel voranzubringen. Das ist Geld, das den Landwirten in Deutschland für wichtige Infrastrukturmaßnahmen verloren geht.

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Thema Forst. Sie sprachen die angekündigte Reduzierung der Zahl der Stellen in den Forstbehörden an. Wir wissen, dass die Oppositionsfractionen teilweise unter einer selektiven Wahrnehmung leiden.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sicherlich vergessen, dass unter Ihrer Regierungsverantwortung 25 % der Forstbehörden in Hessen eingestampft worden sind.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Richten Sie doch einfach einmal Ihren Blick über den Tellerrand hinaus.

(Reinhard Kahl (SPD): Sagen Sie etwas zu den Waldarbeitern!)

Sehen Sie einmal, was Ihr hoch gelobtes Nordrhein-Westfalen an durchschnittlicher Forstamtsgröße aufzuweisen hat und wie viele Forstarbeiter in Nordrhein-Westfalen je 1.000 ha beschäftigt sind. Nordrhein-Westfalen hat eine durchschnittliche Forstamtsgröße von 20.000 ha, in Hessen liegen wir bei 9.000 ha.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben nur Fichten!)

Nordrhein-Westfalen hat 1,5 Waldarbeiter je 1.000 ha, in Hessen haben wir 3,9. Da, wohin wir wollen, liegen wir immer noch deutlich über den Zahlen von Nordrhein-Westfalen. Wenn Ihnen das nicht reicht, sehen Sie vielleicht

einmal in die Bundesforstämter, die unter der Verantwortung von Frau Künast stehen. 20.000 ha Forstamtsgröße sind hier die Regel bei einem Waldarbeiterbestand von 1 Waldarbeiter je 1.000 ha. Wir haben derzeit 3,9. Ich denke, es kann niemanden verwundern, wenn zur Beschäftigung der Waldarbeiter Holz geschlagen werden muss, auch wenn der Holzmarkt das aufgrund niedriger Erlöse eigentlich verbietet.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Apel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Frömmrich?

**Elisabeth Apel (CDU):**

Ich möchte gern zum Ende kommen. – Wenn wir in Hessen zu viele Waldarbeiter beschäftigt haben und diese Menschen weiter beschäftigt werden müssen, egal, ob der Holzpreis hoch oder niedrig ist, dann fördern wir in Zeiten eines niedrigen Holzpreises noch ein zusätzliches Angebot, das letztendlich dazu führt, dass der Preis auf dem Holzmarkt noch weiter nach unten geht und damit natürlich auch die Erlössituation sowohl für die Privatwaldbesitzer als auch für den staatlichen Forst immer schlechter wird.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn wir Ihren Ratschlägen folgen würden, dann hätten wir im Forst eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie hätten, wenn vor Jahren nicht die Sensen und die Binder durch Mäh-drescher ersetzt worden wären.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Nach Ihrer Auffassung brauchen wir möglichst viele Beschäftigte. Nach Ihrer Auffassung würden wir in Hessen das Getreide heute noch mit Sensen mähen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Apel. – Als Nächste spricht Frau Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schaffst du auch in drei Minuten!)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst einige Worte zu den Aussagen von Frau Apel machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lohnt nicht!)

Frau Apel, wenn Sie an das Pult treten, sollten Sie auch sagen, was in den letzten Jahren unter Rot-Grün Realität war. Wir haben in diesen Bereichen sehr viel getan, auch in der Lebensmittelkontrolle und dergleichen mehr. Ich möchte Ihnen noch eines auf den Weg geben. Sie selbst haben noch bei Regierungsantritt gesagt, Sie wollen Stellen in der Lebensmittelüberwachung reduzieren. BSE und MKS haben dazu geführt, dass die Zahl der Stellen erhöht wurde, auch mit unserer Unterstützung, weil wir es als notwendig erachtet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Lebensmittelüberwachung ist nicht allein Verbraucherschutz. Das ist ein wichtiger Teil des Verbraucherschutzes. Wenn Sie aber gerade in einem anderen wichtigen Teil des Verbraucherschutzes den Rotstift ansetzen, dann ist das für mich keine Politik im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn mit Ihren Reduzierungen zerschlagen Sie ein intaktes Beratungssystem der Verbraucherzentralen in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vieles, was Frau Apel hier gesagt hat, muss man mit großen Fragezeichen versehen; denn ich sehe dahinter nur eine platte Polemik und vieles, was nicht der Realität entspricht. So ist doch die Sachlage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Na, na, na! Bleiben Sie mal ganz ruhig da vorn!)

Sie schiebt die Schuld immer gern in Richtung Berlin. Aber weil dort nichts zu verschulden ist, ist mir viel wichtiger, die Schuld im Land Hessen zu suchen, in den Vorhaben der CDU hier.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal auf den Punkt zurückkommen, den wir eben als Programmpunkt diskutiert haben. Das war die Entwicklung des ländlichen Raums. Weil ich nicht die Hauptrednerin war, habe ich mir ein paar Notizen gemacht. Ich war schon voll Spannung, was der Minister alles dazu sagen wird. Ich möchte Ihnen einmal ein paar Notizen von mir wiedergeben. Herr Minister Dietzel sagte, wir sollten uns Gedanken darüber machen. Er stellte die Frage: Was ist ländlicher Raum? Er sagte, wir müssten uns der Funktion des ländlichen Raums als Aufgabe annehmen. Er sagte, wir müssten eine Kooperation finden. Er sagte auch: Wir müssen das Augenmerk auf den Landtourismus lenken, und wir fragen uns auch, wie wir im Bereich der Landwirtschaft weiter vorgehen können. – Meine Damen und Herren, wer ist denn Landwirtschaftsminister? Wer ist denn seit vielen Jahren für diesen Bereich zuständig, und wer müsste die Probleme des ländlichen Raums kennen? Ich vermisse heute immer noch einen aktiven Landwirtschaftsminister, der genau vorgibt und Vorschläge macht, wie man einen ländlichen Raum weiterentwickeln kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Programm für den ländlichen Raum ist ein Aneinanderreihen von Aufgaben, aber es fehlt die Vernetzung insgesamt. Das haben wir schon lange kritisiert, das ist aber offensichtlich immer noch nicht bei Minister Dietzel angekommen. Herr Minister Dietzel, mit dieser Politik kommen Sie nicht weiter. Selbst diejenigen, die sich nicht mit dem ländlichen Raum auskennen, müssten angesichts der Ereignisse und angesichts der Vorgaben, die vonseiten des Herrn Weimar gekommen sind, feststellen: Da steht kein Minister dahinter, der sich für die Menschen im ländlichen Raum tatsächlich einsetzt.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

– Von hinten kommt ein „Na, na, na!“ Was würden Sie denn dazu sagen, wenn dem Land 24 Millionen € für die Entwicklung des ländlichen Raums in die Kasse fließen könnten, d. h. für Bioförderung, für die AGZ, für Extensivierungsbetriebe, man das aber nicht nutzt? Man sagt: Nein, die 24 Millionen € nehmen wir nicht, weil wir die

4 Millionen € an eigenen Landesmitteln nicht einsetzen wollen. – Das ist die Sachlage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns fehlen diese Gelder. Wenn Sie auf Rot-Grün in Berlin schimpfen, sage ich Ihnen: Die Bundesregierung will diese Gelder für Hessen bereitstellen. Nur versteht man in Hessen offensichtlich nicht, das abzugreifen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Es gibt schwarz regierte Bundesländer, wie beispielsweise Baden-Württemberg und Bayern. Die sagen schon: Was die Hessen machen, können wir nicht verstehen. Wir greifen zu. Wir stellen die Landesmittel bereit, und wir bekommen die Komplementärfinanzierung vonseiten der EU und des Bundes. – So ist die Sachlage.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wer dem Land Hessen 24 Millionen € verweigert, der handelt kurzsichtig, der handelt nicht im Interesse der Bevölkerung in Hessen, und der handelt schon gar nicht als hessischer Umweltminister, der die Verantwortung für die Bereiche ländlicher Raum und Verbraucherschutz trägt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist mir ganz besonders wichtig, wenn Herr Minister Dietzel jetzt überall die wenigen Biogasanlagen persönlich begleitet und es begrüßt, dass wieder eine Biogasanlage mit Unterstützung des Landes auf den Weg gebracht wurde: Sie, die Sie hier sitzen, wissen ganz genau, wie wenige Anlagen insgesamt im Land errichtet wurden.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Weil sie nicht wirtschaftlich sind, Frau Kollegin!)

Meine Damen und Herren, Sie wissen auch, dass Sie krass gegen Ihr eigenes Programm vorgehen. Ich habe mir schnell noch einmal die Presseerklärung vom 19. September 2003 gezogen. Da wird auf die „Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – ein Schwerpunkt der hessischen Politik“ hingewiesen. Da heißt es vonseiten des Staatssekretärs: Wir werden die Gelder dafür zur Verfügung stellen. – Dann denkt man doch, man muss einmal sehen, wie viel das Land wirklich bereit ist, für den so wichtigen Bereich an Mitteln zur Verfügung zu stellen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hammann, die Redezeit 20 + ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme gleich zum Ende; denn das kann man kurz machen. – Es sind fast keine Gelder mehr da, 75 % wurden in diesem Bereich gekürzt. Das alles sind Mittel, die der ländlichen Entwicklung in Zukunft fehlen.

Meine Damen und Herren, ich hätte es eher begrüßt, Sie hätten heute nichts dazu gesagt. Das wäre genauso aufschlussreich gewesen wie Ihre Rede von heute. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hammann. – Frau Hoffmann, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion. Ihnen stehen noch zehn Minuten Redezeit zur Verfügung.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ging es ähnlich wie dem Kollegen Heidel. Ich habe mich gefragt, welche Ziele und Visionen diese Landesregierung, dieser Minister uns hier für den ländlichen Raum verkünden würden. Aber wir haben festgestellt: Fehlanzeige. Es gab nichts dazu. Herr Minister, Sie haben sich beim Kleinklein aufgehoben. Ich würde fast sagen, Pepita ist dagegen schon großkariert. Sie haben einige Fragen gestellt. Aber es gab keine Vision dafür, wie Sie gleichwertige Lebensbedingungen für die Menschen im ländlichen Raum herstellen wollen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Frau Apel, jetzt möchte ich mich kurz Ihrer Rede zuwenden. Sie haben uns unterstellt, wir wollten Sense und Binder erhalten, statt Mährescher einzusetzen. Darum geht es nicht. Es geht um die Arbeitsplatzwirksamkeit von Sparprogrammen im ländlichen Raum. Sie bauen einen ganz erheblichen Teil der Arbeitsplätze im Forstbereich, z. B. bei den Waldarbeitern, ab. Dies trifft den ländlichen Raum. Im Sozialbereich trifft es ebenfalls Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Noch einmal kurz zur Marketinggesellschaft. Es gab eine Notifizierung seitens des Landes. Dass sich eine Landesregierung an EU-Recht hält, ist eigentlich selbstverständlich. Das muss man hier nicht hervorheben.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Es hat Notifizierungen gegeben. Zu dem Spielchen oder Tänzchen, das Sie hier aufgeführt haben, mit der Dachmarke Rhön: Im Januar hat ein Minister einen Bewilligungsbescheid übergeben – damals ein FDP-Minister. Er hat die Initiative Rhön gelobt, die aus drei verschiedenen Landkreisen und drei verschiedenen Bundesländern besteht. Es war alles wunderbar. Dann fiel schließlich Herrn Dietzel ein, dass er eine Pressekonferenz absagen musste, weil keine Notifizierung vorliegt. Das ist richtig. Das Ganze ist nur ein Zeichen dafür, wie schlecht die Landwirtschaftsverwaltung funktioniert und funktionieren kann aufgrund der Tatsache, dass Sie eine funktionierende Verwaltung für den ländlichen Raum hier glatt zerschlagen haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es gab keine Kommunikation. Sie haben mit Ihrem unsäglichen Verhalten gegenüber der Marketinggesellschaft Chancen für die Landwirtschaft zerstört, Absatzmärkte zu finden – gerade in der BSE-Zeit. Sie haben für die Verbraucher Chancen vertan, diese Lebensmittel schnell und zügig zu kaufen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke Frau Hoffmann. – Herr Denzin, Sie haben Gelegenheit, für die FDP noch fünf Minuten Redezeit zu beanspruchen.

**Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Minister Wilhelm Dietzel, nach der Regierungserklärung und nach den dazugehörigen Debattenbeiträgen habe ich, in Abwandlung des Zitats von Heinrich Heidel eben, den Eindruck, die Politik des ländlichen Raums ist Förderpolitik, und ohne Förderung ist der ländliche Raum nichts. – Genau so liefen diese Beiträge ab, angefangen mit der Regierungserklärung, in der man sich bewiesen hat, was alles getan wird

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schön wäre es gewesen!)

und getan wurde, dass man im ländlichen Raum weniger spart als woanders. Genau so waren die Reflexionen darauf.

Meine Damen und Herren, genau das ist das Manko unserer Diskussion im ländlichen Raum. Wir fangen diese Diskussion völlig falsch an. Genauso wenig, wie wir regionale Entwicklungsziele diskutieren und uns die Frage stellen, wo der Schwerpunkt in der Mischung von Landwirtschaft, von Naherholungsfunktion, von Wohnstädten oder Schlafstädten im Speckgürtel der Ballungsräume und Gewerbe im ländlichen Raum ist – die Mixtur ist überall unterschiedlich; in keiner Region wird eine eigene Zielsetzung diskutiert, sondern wir diskutieren immer dieses Gebiet „ländlicher Raum“ als etwas Idealisierendes, aber nie Konkretes –, genauso wenig hat die Landespolitik, hat dieser Minister eben eine Antwort auf seine selbst angekündigte Regierungserklärung „Entwicklung des ländlichen Raums“ gegeben.

Meine Damen und Herren, wir können hier ein paar Euro und dort ein paar Euro zulegen, aber deswegen haben wir noch kein Entwicklungskonzept für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Genau daraus resultieren dann solche Fehlentscheidungen wie die des Ministerpräsidenten und des Kabinetts bei der Aufgabenverteilung. Genau dann kommt man auf die Idee, im ländlichen Raum gebe es eine besondere Art des Tourismus, und die müsse gefördert werden.

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

Ich bin dafür. Aber dann nimmt man aus einem in sich und von seinem Charakter her geschlossenen Aufgabenbereich, nämlich Tourismus, ein Teilchen heraus und sagt: Jetzt machen wir etwas Gewaltiges, indem wir in der Aufgabenstellung für den ländlichen Raum alles organisatorisch zusammenfassen.

Dann müssten wir analog dazu ein Tourismusreferat in einem anderen Ministerium für den städtischen Raum einrichten, denn wir haben auch Städtetourismus, Kongresse, Kurzzeitturlaube, Familienurlaube, Aktivurlaube und, und, und. – Das macht doch keinen Sinn.

Das sind genau die Ausflüchte, wie man darauf kommt, man müsse ein Thema belegen, weil es schön klingt und man sich nicht nur um das Ballungszentrum kümmert. Es wäre schlimm, wenn wir das täten.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Damit deckt man jedoch alle Defizite zu. Ich möchte diese Debatte dafür nutzen, um vielleicht einmal zum Nachdenken anzuregen, ob wir dieses Thema nicht ganz anders

angehen müssen. Die Regionen sollten selbst einmal ihre Entwicklungsziele definieren;

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

denn diese sind keineswegs mit Raumordnungsplänen, aufgrund von demographischer Entwicklung und quantitativen Vorgaben definiert, sondern sie müssen einmal qualitativ diskutiert und definiert werden. Wenn wir sie dann zusammenführen, haben wir eine Grundlage, um über die Entwicklung des ländlichen Raums und die Funktionen des ländlichen Raums für die Zukunft dieser Landesentwicklung zu sprechen. Es kann doch nicht sein, dass diese Entwicklung – was immer wir auch diskutieren – immer weiter in die Zentren geht, immer weiter die Ballungsgebiete überlastet und die ländlichen Räume – dafür brauchen wir gar nicht nach Nordhessen zu gehen, da können wir auch in der Mitte Hessens bleiben –

(Zuruf der Abg. Christel Hoffmann (SPD))

immer weiter ausdünnen, bis sie keine Funktion mehr haben. Das ist die eigentliche Aufgabe, und da hätte ich – mein lieber Wilhelm Dietzel – etwas mehr erwartet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit stelle ich fest, die Regierungserklärung wurde gegeben, und die Aussprache darüber hat stattgefunden.

Wir kommen somit zu **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **Wahlen**

##### **a) Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Hauptausschuss**

Nach § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags wählte der Hessische Landtag in seiner konstituierenden Sitzung am 5. April 2003 die 15 ordentlichen, die 15 stellvertretenden sowie die 15 weiteren stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses. Mit Schreiben vom 24. September 2003 teilte die Fraktion der CDU mit, dass Abg. Uwe Brückmann mit Ablauf des 30. September 2003 aus dem Hessischen Landtag ausscheidet und daher sein Amt als stellvertretendes Mitglied des Hauptausschusses niedergelegt hat.

Mit der Ihnen vorliegenden **Drucks. 16/658** schlägt die Fraktion der CDU Abg. Hans-Jürgen Irmer als stellvertretendes Mitglied für die Nachwahl vor. Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, möchte ich über den Wahlvorschlag **Drucks. 16/658** abstimmen lassen. – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um das Handzeichen, wer für die Wahl von Herrn Irmer ist. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Wahlvorschlag ist einstimmig angenommen. Herr Irmer, ich darf Ihnen zur Wahl gratulieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

##### **b) Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Theaterbeirats beim Staatstheater Kassel**

Nach dem Theatervertrag Kassel vom 30. November 1959, geändert am 27. November 1995, wählt der Hessische Landtag für die Dauer seiner Wahlperiode drei Mitglieder

sowie drei stellvertretende Mitglieder für den Verwaltungsausschuss des Staatstheaters Kassel.

Mit Schreiben vom 7. Oktober 2003 teilte die Fraktion der CDU mit, dass Abg. Uwe Brückmann mit Ablauf des 30. September 2003 aus dem Hessischen Landtag ausgeschieden ist und daher sein Amt als stellvertretendes Mitglied des Theaterbeirats beim Staatstheater Kassel niedergelegt hat. Mit der Ihnen vorliegenden **Drucks. 16/728** schlägt die Fraktion der CDU Abg. Dirk Landau als stellvertretendes Mitglied des Theaterbeirats für die Nachwahl vor. Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht. Dann stelle ich diesen Wahlvorschlag zur Abstimmung. Wer ist für die Wahl von Herrn Landau? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – So ist es einstimmig angenommen. Herr Landau, ich darf Ihnen gratulieren, so frisch im Mandat und schon ein weiteres Amt. Alles Gute.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir kommen dann zu **Tagesordnungspunkt 4:**

##### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rechnungshof und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 16/685 –**

Die Fraktionen einigten sich, dass ein Redner den Gesetzentwurf einbringen soll. Das Wort hat Herr Kollege Lortz für alle Fraktionen.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann und Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Frank Lortz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es um den Hessischen Rechnungshof geht, dann werden die Grenzen zwischen den Parteien in Hessen, zwischen den Fraktionen in diesem Hause fließend. Auch dieser Gesetzentwurf wird heute von mir im Namen aller vier Fraktionen einvernehmlich eingebracht. Auch das ist sicherlich ein deutliches Zeichen für die Unabhängigkeit und die Neutralität des Hessischen Rechnungshofs.

Meine Damen und Herren, vordergründig freut sich vielleicht der eine oder andere nicht immer über die Bemerkungen des Rechnungshofs. Jede Landesregierung war davon schon betroffen, jede Stadt, jede Gemeinde, jeder Kreis. Aber in der Konsequenz ist der Rechnungshof zum einen Berater und konkreter Hinweisgeber für die Regierung und die Verwaltung und zum Zweiten sicherlich ein großer Aktivposten für alle Menschen in unserem Lande Hessen.

Diese Leistungen des Rechnungshofs möchte ich auch heute bei der Einbringung dieses Gesetzentwurfs würdigen. Ich möchte den Mitgliedern des Senats des Rechnungshofs, an der Spitze Herrn Präsidenten Eibelhäuser, ein herzliches Wort des Dankes für seine Arbeit sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, worum geht es heute in dieser ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über den Rechnungshof? Zum einen wird – in Anknüpfung an eine solche Praxis beim Bund – dem Präsidenten des Rechnungshofs von der Regierung mit dessen Einverständnis die Aufgabe des Beauftragen für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung übertragen und so der rechtliche Rahmen geschaffen, um die Beratungstätigkeit

in organisatorischer und personeller Hinsicht neu aufzustellen und den Erfordernissen der modernen Finanzkontrolle gemäß fortzuentwickeln. In dieser Funktion soll er durch Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen auf eine wirtschaftliche Erfüllung der Bundes- bzw. Landesaufgaben und eine geeignete Organisation der öffentlichen Verwaltung hinwirken.

Meine Damen und Herren, unter allen Bundesländern nimmt Hessen insoweit wieder eine Vorreiterrolle ein. Der eigentliche Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten soll durch eine von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Rechnungshofs zu erlassende Richtlinie festgelegt werden. Das ist der erste Punkt.

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt betrifft eine organisatorische Frage. Mit Wirkung vom Januar 1996 wurden die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden als nachgeordnete Behörden dem Rechnungshof angegliedert. Diese Einrichtung eigener Prüfungsämter hat sich sicherlich grundsätzlich bewährt. Die Anzahl der Prüfungsämter birgt jedoch die Gefahr einer Zersplitterung der Aufgaben auf der Ebene der Prüfungsämter in sich und hat beim Rechnungshof selbst zu einem zusätzlichen Koordinierungsaufwand geführt.

Unter Beibehaltung der bewährten zweistufigen Organisationsstruktur – so heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfs – der Finanzkontrolle in Hessen wird die Gefahr einer möglichen Zersplitterung der Aufgaben auf der Ebene der Prüfungsämter ursächlich dadurch beseitigt, dass ihre Anzahl auf nur noch ein Prüfungsamt mit Sitz in Kassel reduziert wird. Die damit verbundenen Einsparungen sollen im Wesentlichen dazu eingesetzt werden, die mit den neuen Aufgaben des Hessischen Rechnungshofs – Feststellung der Bilanzen der obersten Landesbehörden, Verstärkung der Beratungstätigkeit – verbundenen zusätzlichen Bedarfe kostenneutral abzudecken.

Meine Damen und Herren, ein rundum sinnvoller Gesetzentwurf. Ich darf Sie im Namen aller Fraktionen des Hauses bitten, diesem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Das ist absprachegemäß.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung dem Haushaltsausschuss zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann verfahren wir so.

Absprachegemäß kommen wir jetzt zu **Tagesordnungspunkt 7:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften – Drucks. 16/721 zu Drucks. 16/491 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat zunächst der Berichterstatter, Herr Hahn. Bitte schön.

#### **Jörg-Uwe Hahn, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 12. Plenarsitzung am 16. September 2003 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Der Änderungsantrag Drucks. 16/683 wurde dem Innenausschuss vom Präsidenten am 7. Oktober 2003 überwiesen.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 18. September 2003 behandelt und beschlossen, am 8. Oktober 2003 eine öffentliche mündliche Anhörung durchzuführen. Er hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 10. Oktober 2003 beraten und mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN die von mir zum Schluss vorzutragende Beschlussempfehlung gefasst.

Zuvor war der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Die redaktionelle Änderung wurde mit den Stimmen der CDU und der FDP bei Enthaltung der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beschlossen.

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit folgender redaktioneller Änderung anzunehmen:

In § 1 Abs. 1 Nr. 6 und § 9 des Gesetzentwurfs wird die Formulierung „in der bis zum (Ablauf des Tags der Verkündung des Art. 18 BBVAnpG 2003/2004) geltenden Fassung“ durch die Formulierung „in der bis zum 15. September 2003 geltenden Fassung“ ersetzt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Hahn.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Redezeit zwar zehn Minuten je Fraktion beträgt, dass aber keine Pflicht besteht, sie auch auszufüllen. Zunächst spricht Frau Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mir allergrößte Mühe geben, die zehn Minuten nicht auszuschöpfen.

Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften verlief in der vergangenen Woche erwartungsgemäß. Vonseiten der Kommunalen Spitzenverbände wurde der Gesetzentwurf naturgemäß begrüßt, vonseiten der Arbeitnehmerorganisationen wurde er abgelehnt. Auch das ist verständlich. Denn wer freut sich schon über Einkommenseinbußen und begrüßt diese? Dennoch: Die dramatische Situation der Haushalte macht es unabdingbar, dass auch die mit einer Beschäftigungsgarantie versehenen Beamtinnen und Beamten einen nachhaltigen Beitrag leisten.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass sich die Fraktion der CDU sehr wohl Gedanken

darüber gemacht hat, was sie den Beamtinnen und Beamten in diesem Lande zumutet. Aus diesem Grunde haben wir uns dazu entschlossen, die Sonderzuwendung zu dynamisieren, d. h. sie bei künftigen Tarifentwicklungen anzupassen und – was uns sehr wichtig war – für ruhegehaltstauglich zu erklären, um so auch den Bediensteten des Landes eine Zukunftsperspektive anzubieten.

Deshalb haben wir uns auch dazu entschlossen, ab dem nächsten Jahr die Sonderzuwendung jeweils zu einem Zwölftel mit dem Grundgehalt auszuzahlen. Dieser Teil der Regelungen wurde im Grunde auch von den Arbeitnehmerorganisationen begrüßt.

Eine ziemlich ähnlich lautende Regelung – das möchte ich nebenbei auch mit Blick auf den Antrag der GRÜNEN bemerken – hat offensichtlich der Bund ins Auge gefasst. Auch dort soll die Sonderzuwendung ab dem nächsten Jahr auf 60 bzw. 50 % verkürzt werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die haben auch nicht immer Recht!)

In der Tat ist diese Regelung der unseren ähnlich.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Holen Sie jetzt die Bundesregierung als  
Zeitzeugen heran?)

Was mich aber ein bisschen stutzig gemacht hat – so viel zur „Kinderfreundlichkeit“ der Bundesregierung –, ist, dass dort beabsichtigt ist, den Sonderbetrag für Kinder in Abzug zu bringen. Auch die familienbezogenen Bestandteile sollen dort gestrichen werden. Ich finde, das sollte man bei dieser Angelegenheit auch einmal anmerken. Das finde ich schon etwas familienunfreundlich, um es einmal ganz vorsichtig zu formulieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dazu sagen wir gleich etwas!)

– Herr Al-Wazir, ich sage auch noch etwas zu Ihrem Antrag. Warten Sie es ab.

Ähnliches wie Hessen plant auch unser Nachbarland Baden-Württemberg. Das heißt, wir sind in Hessen nicht auf einer Insel gelandet, sondern wir orientieren uns ein Stück weit auch an dem, was unsere Nachbarn tun, und auch ein bisschen – soweit es aus unserer Sicht sozial vertretbar ist – am Bund.

Wesentlich massivere Einschnitte als Hessen und Baden-Württemberg und auch der Bund planen einige der neuen Bundesländer. Ich hatte schon bei der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass dort beabsichtigt ist, die Sonderzuwendung gestaffelt auf 40 bzw. 45 % zu kürzen – insofern also noch viel massiver.

Zum Antrag der GRÜNEN. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der GRÜNEN nicht ihre Zustimmung geben, weil wir davon überzeugt sind, dass dieser Änderungsantrag zum einen unsozial ist,

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Al-Wazir, ich werde Ihnen das gern erläutern, Sie können anschließend etwas dazu sagen –, handwerklich unsauber ist und am Schluss unter dem Strich bei weitem nicht die notwendigen Einsparungen erbringt wie der von uns vorgelegte Gesetzentwurf.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Herzog-Kommission!)

Zum Stichpunkt „unsozial“. Nach dem Antrag der GRÜNEN sollen die Sonderzuwendungen weder dynamisiert werden noch ruhegehaltstauglich sein. Unsozial finden wir Ihren Änderungsantrag auch deshalb, weil Sie aktive und Ruhestandsbeamte ungleich behandeln. Sie machen einen Unterschied von 20 % Prozentpunkten: 70 % für aktive Beamte, 50 % für Versorgungsempfänger.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das machen Sie doch auch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau eure Regelung!)

Sie liefern mit Ihrem Antrag keinerlei Begründung für diesen riesenhaften Unterschied. Das finde ich schon ziemlich bemerkenswert.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber handwerklich verunglückt ist Ihr Änderungsantrag darüber hinaus auch deshalb, weil nach der von Ihnen vorgeschlagenen Neufassung des § 5 Abs. 2 Hessisches Sonderzuwendungsgesetz nur am 01.01.04 vorhandene Versorgungsempfänger, nicht aber künftige Versorgungsempfänger einen Anspruch auf Sonderzuwendung haben sollen. Ich nehme an, das ist nicht beabsichtigt. Wenn ja, dann haben Sie ein zusätzliches Problem, wie ich meine.

Handwerklich verunglückt ist Ihr Änderungsantrag auch, weil die zu Art. 2 § 1 vorgeschlagene dauerhafte Festbeschreibung der Nichtteilnahme der Staatssekretäre an der Besoldungserhöhung 2003/2004 schlicht unzulässig ist, da die Länder nur für den von mir genannten Zeitraum 2003/2004 dazu ermächtigt worden sind. Im Übrigen sind die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, da sie Beamte sind, wie Sie wissen, auch dauerhaft von der Kürzung der bisherigen Sonderzuwendung und der Streichung des Urlaubsgeldes betroffen – nur am Rande bemerkt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die „Armen“!)

Handwerklich unsauber gearbeitet haben die GRÜNEN auch im Hinblick auf ihre Berechnungen. Ihre „Eckmänner“ in Ihrer Presseerklärung, die Sie Ihrem Änderungsantrag beigelegt haben, sind mit den Zahlen bei A 10 und A 12 schlicht nicht nachvollziehbar. Das sollten Sie noch einmal nachrechnen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Statistisches Landesamt, Frau Kollegin!)

Schließlich und endlich – ich hatte bereits darauf hingewiesen – können Sie rechnen, wie Sie wollen: Die notwendigen Einsparbeiträge erreichen Sie mit Ihrem Vorschlag nicht. Die Änderung soll nach Ihrer Vorstellung erst ab 2004 gelten. Nach unserem Vorschlag wird auf der Basis der Istaussage des Jahres 2002 bereits für das Jahr 2003 von einer Einsparung bei der Sonderzuwendung für Aktive und Versorgungsempfänger von ca. 124 Millionen € ausgegangen. Für das Jahr 2004 errechnen sich ca. 142 Millionen € Einsparung bei den Personalkosten. Ihre Berechnung liegt bei round about 90 Millionen €.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Weil es nur um die Aktiven geht! Sie haben es noch nicht einmal verstanden!)

Es gibt zwischen dieser Zahl und der anderen Zahl einen kleinen Unterschied, wie ich meine. Deshalb habe ich die herzliche Bitte, auch an die GRÜNEN, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Zeimetz-Lorz. – Herr Rudolph, Sie haben das Wort für die SPD-Fraktion.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die öffentliche Anhörung des Innenausschusses am Mittwoch vergangener Woche hat eines sehr deutlich gemacht: Viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes fühlen sich von dieser Landesregierung getäuscht. Dieser Eindruck ist auch nur sehr richtig.

(Beifall bei der SPD)

Warum kann, warum muss man zu diesem Eindruck gelangen? – Ich darf, mit Erlaubnis des Präsidenten, aus einer Stellungnahme des Bundes der Strafvollzugsbediensteten zu der Anhörung zitieren:

„Mit mir gibt es kein Sonderopfer für Beamte. Die Beamten sind nicht die Bestbehandelten in diesem Staat. Was nicht geht, einen Abschluss für Arbeiter und Angestellte zu machen und dann den Beamten zu sagen, ihr kriegt nur die Hälfte davon oder gar nichts. Die Beamten haben Fairness verdient. Eine andere Frage ist die Öffnungsklausel für die Länder bei der Gestaltung des Beamtenrechts. Ich bin im Sinne der Stärkung des Föderalismus eindeutig für eine Öffnungsklausel. Ob und wie Hessen die Klausel dann in Anspruch nimmt, werden wir sehen. Aber noch einmal, um Sonderopfer für Beamte wird es in Hessen keinesfalls gehen.“

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

So Roland Koch vor der Landtagswahl 2003.

(Jürgen Walter (SPD): Untersuchungsausschuss – Wahllügen!)

Meine Damen und Herren, nachdem er den Wahlsieg unverdientermaßen, wie wir alle gemeinsam feststellen können und müssen, eingefahren hat, dürfen insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – Herr Kollege Kartmann, Herr Präsident, Herr Dr. Jung – die Zeche zahlen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Rudolph, eine Zwischenfrage von Frau Zeimetz-Lorz, würden Sie die zulassen?

(Günter Rudolph (SPD): Aber jederzeit!)

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. Dann möchte ich Ihnen die Frage stellen, wie Sie denn folgende Aussage bewerten. Noch beim Beteiligungsgespräch am 6. Mai dieses Jahres hatte Otto Schily der DGB-Delegation erklärt, dass er mit dem Gesetzentwurf nur auf die Wünsche der Länder eingehe, selbst aber keine Kürzungen bei Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld plane.

**Günter Rudolph (SPD):**

Was wollen Sie mir damit sagen? Dass die Verantwortung für Herrn Schily beim Bund liegt, wir über hessische Zu-

ständigkeiten und hessische Verantwortung reden – das ist an der Stelle relativ einfach.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Frau Kollegin, damit können Sie nicht versuchen, mich zu treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was hat diese Hessische Landesregierung den Bediensteten, zunächst einmal nur den Beamten des Landes, offeriert? Ein Streichkonzert durch den Wegfall des Urlaubsgeldes, Kürzung der Weihnachtswahlleistung, Verlängerung der Wochenarbeitszeit.

Wenn Sie die Stellungnahmen der Bediensteten bzw. der Verbands- und Interessensvertreter einmal ernst nehmen, wenn Sie zumindest so tun – das haben Sie auch getan, Sie haben sich aktiv mit Nichtfragen an der Anhörung beteiligt –, wenn Sie all das ernst nehmen, müssten Sie doch feststellen: Die Stimmung unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Hessen ist sehr schlecht. Sie haben nachhaltig den Betriebsfrieden gestört. So kann man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hessen nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, für eine falsche Ausgaben- und Personalpolitik dürfen die Bediensteten des Landes die Zeche zahlen. Herr Dr. Jung, Sie haben auch einmal Verantwortung in der Staatskanzlei getragen. Im Jahre 1999, als das Unsägliche in Hessen begann,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aufwärts!)

betrug die Zahl der Beschäftigten in der Staatskanzlei 76 Mitarbeiter, im Jahre 2003 sind es 126. Schnell und richtig gerechnet macht das 50 Mitarbeiter, allgemeine Arbeitsplatzkosten: 50.000 €. Das kostet den hessischen Steuerzahler – Operation Stabsstelle Roland Koch – 2,5 Millionen €. Dieses Geld könnten wir einsparen. Dann hätten alle Menschen in Hessen etwas davon.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen stellen Sie sich bitte nicht so hin. Sie wollen sonst nichts mit Berlin zu tun haben. Dann berufen Sie sich bitte in keiner Weise auf Berlin.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Zur sozialen Ausgewogenheit. Das ist schon rührend. Da stellt sich die Kollegin hierhin und erzählt, der Änderungsantrag der GRÜNEN wäre sozial nicht ausgewogen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, volkswirtschaftlicher Grundkurs, erste Stunde: Diejenigen, die ein geringes Einkommen haben, geben das Geld, das sie zusätzlich haben oder erhalten, in aller Regel für den Konsum aus. Derjenige, der B 6 hat, Abteilungsleiter im Ministerium ist, Ministerialdirigent, kann vielleicht eher auf das Geld verzichten. Das kommt nicht so sehr dem Konsum zugute. Deswegen ist die soziale Komponente bei Ihnen natürlich nicht berücksichtigt. Einmaleins der Volkswirtschaft.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Beschäftigten sollen die Politik austragen, die Sie zu verantworten haben. Sie können das mit Ihrer Mehrheit, die bekanntermaßen laut Ih-

rer Theorie auch immer die Wahrheit ist. Aber Sie schaffen die große Unruhe in der öffentlichen Verwaltung. Der Betriebsfrieden ist nachhaltig gestört. Sie haben auch die weiteren Maßnahmen zu verantworten. Bei der Belastung durch SAP könnten wir viel Geld einsparen. Da brauchen wir in dem Bereich nicht so dramatisch einzusparen, wie das jetzt der Fall ist.

Sie haben bis zum 2. Februar so getan, als sei die Welt in Hessen in Ordnung, als sei sie ein Hort der Glückseligkeit. All das holt Sie ein. Sie präsentieren den Scheck, der jetzt bitter einzulösen sein wird. Von daher ist klar: Die Verantwortung für das Desaster tragen Sie. Wir lehnen diese Maßnahmen ab.

Gleichzeitig beantragen wir dritte Lesung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich erteile Herrn Frömmrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Frank Gotthardt (CDU): Fromm, frömmer, Frömmrich! – Gegenruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Da muss sich noch viel ändern!)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muss schon schlimm um diese Landesregierung und um die sie tragende Fraktion der CDU stehen, wenn Sie, Frau Kollegin, in Ihrer ganz kurzen Rede in einer Debatte, wo es um die Besoldung von Beamten geht, dreimal die Bundesregierung zitieren. Da muss es Ihnen schon ziemlich schlecht gehen, weil Ihnen anscheinend die Argumente fehlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU)

Das würden Sie in einer normalen Debatte nie machen, und das haben Sie auch in der Innenausschusssitzung nicht gemacht, wo wir trefflich über dieses Thema hätten diskutieren können. Da war auf Ihrer Seite Funkstille. Dazu haben Sie kein einziges Wort gesagt. Sie haben die Gewerkschaften und die anderen Anzuhörenden nicht dazu gehört, und Sie haben sie auch nicht mit dem konfrontiert, was Sie gerade vorgetragen haben, sondern Sie wollten diesen Tagesordnungspunkt schnellstmöglich hinter sich bringen, weil er Ihnen unangenehm ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): So schnell, wie Sie jetzt reden!)

Aber da werden wir Sie nicht herauslassen. Es ist auch bezeichnend für die Debatte, wie Sie sie hier führen, Frau Zeimetz-Lorz, dass Sie die Behandlung des Staatssekretärs – B 9 – beim Weihnachtsgeld, dessen Zuzahlung und die rechtlichen Probleme, die es unter Umständen damit gibt, in den Mittelpunkt Ihrer Rede stellen. Das ist bezeichnend dafür, für welche Beamte Sie sich in diesem Land einsetzen. Ihnen geht es nur um eine ganz gewisse Gruppe von Beamten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ein Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, die Beamtinnen und Beamten in Hessen bekommen gerade von der Mehrheit dieses Hauses die Quittung für den Wahlerfolg des 2. Februar präsentiert. Vor der Wahl hat man den Beamten noch vollmundig versprochen, es werde keine Sonderopfer für sie geben. Jetzt wird nach dem Motto verfahren: Was stört mich mein Geschwätz von gestern?

Die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, des Beamtenbundes, der Gewerkschaft der Polizei, des Bundes deutscher Kriminalbeamter usw. haben ihre Enttäuschung über diese Landesregierung schon in der Anhörung des Innenausschusses zum Ausdruck gebracht. Sie haben deutliche Worte gefunden und von „Wahlertäuschung“ gesprochen. Wenn man heute eine Pressemitteilung aus der Staatskanzlei bekommt, in der der Ministerpräsident Dialogbereitschaft mit den Gewerkschaften einfordert,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt!)

hätte ich mir gewünscht, dass Sie, bevor Sie solche Dinge für die hessischen Beamten anrichten, vielleicht einmal Dialogbereitschaft in Richtung Gewerkschaften und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hergestellt hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wir haben schon früher mit denen gesprochen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie muten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes eine ganze Menge zu, obgleich die Finanzsituation und die Personalsituation des Landes von Ihnen zu verantworten sind. Das habe ich Ihnen schon in der letzten Debatte gesagt. Sie haben die Ausgaben in den letzten Jahren dramatisch ansteigen lassen. Sie haben die Personalkostenquote von 46 auf 48 % getrieben.

(Michael Boddenberg (CDU): Nennen Sie einmal Beispiele!)

Sie haben den Schlamassel, in dem Sie jetzt stecken, selbst angerichtet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Frank Gotthardt (CDU): Denken Sie doch einmal an den Stenografen!)

Meine Damen und Herren, bezahlen müssen das jetzt die hessischen Beamtinnen und Beamten. Das von Ihnen vorgeschlagene Modell ist nach unserer Auffassung sozial unausgewogen. Sie nehmen einfach nicht zur Kenntnis, dass viele Beamtinnen und Beamte in Hessen im einfachen und mittleren Dienst arbeiten und eben nicht über hohe Einkommen verfügen. Für diese Beamten sind das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld ein wichtiger Einkommensbestandteil, mit dem sie im Übrigen in diesem Jahr auch noch gerechnet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die These richtig ist, dass wir ein Problem mit der Binnenkonjunktur haben, sind Ihre Vorschläge auch noch wirtschaftspolitischer Unsinn. Sie nehmen genau den Menschen das Geld aus dem Geldbeutel, die es eben nicht auf die hohe Kante legen, sondern ausgeben.



(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Jetzt kommt wieder die lafontainsche Konjunkturpolitik!)

Der Ministerpräsident hat bei der Vorstellung des „Konzepts düstere Zukunft“ gesagt, dass Alternativvorschläge willkommen seien. Diese Vorschläge müssten aber die Einsparungspotenziale bringen, die der Ministerpräsident in Rede gestellt hat. Wir haben deshalb einen eigenen Vorschlag in die Debatte eingebracht, von dem wir meinen, dass er die soziale Schiefelage Ihres Modells beseitigt. Die Reaktion der CDU-Fraktion auf die Vorstellung unseres Vorschlags hat aber bereits gezeigt, dass auch diese Ankündigung des Ministerpräsidenten nicht ernst gemeint war. Sonst hätten Sie sich wenigstens die Zeit genommen, sich einmal inhaltlich mit diesem Konzept auseinander zu setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, nach unserem Modell soll das Weihnachtsgeld statt auf 60 %, wie von der Landesregierung vorgeschlagen, nur auf 70 % einer Monatsbesoldung abgesenkt werden. Gleichzeitig ziehen wir eine Obergrenze, einen Deckel, von 2.250 € ein. Nach den Vorstellungen der Landesregierung erhält ein 27-jähriger verheirateter Justizvollzugsbeamter in der Besoldungsgruppe A 7 1.090 €. Nach unserem Modell erhält er 1.271 €, hat also 180 € mehr in der Tasche.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist unsozial, oder was?)

Ein 37-jähriger verheirateter Polizeibeamter in der Besoldungsgruppe A 10 mit drei Kindern hat nach unserem Modell 1.975 € in der Tasche, nach Ihrem Modell 1.704 €, also nach unserem Modell 271 € mehr. Alles in allem trotz der Anwendung der Öffnungsklausel viel sozialer als Ihr Vorschlag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir schlagen ferner vor, dass das Weihnachtsgeld weiterhin mit den Dienstbezügen im Dezember ausgezahlt wird. Unser Vorschlag sieht vor, dass die Sonderzahlungen nicht ruhegehaltensfähig werden. Wir wollen mit unserem Modell erreichen, dass die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen mehr in der Geldbörse behalten. Sie schlagen ein Modell vor, von dem die Spitzenverdiener in der Landesverwaltung profitieren. Darin unterscheiden wir uns gewaltig von Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen stellen sich mit unserem Vorschlag ungefähr 65.000 Beamtinnen und Beamte besser als mit dem Vorschlag der CDU. Wir bringen aber das gleiche Einsparpotenzial. Vielleicht sollte Ihnen das etwas zu denken geben. Aber vielleicht hat der CDU-Vorschlag etwas mit dem Umstand zu tun, dass diejenigen, die diesen Vorschlag entwickelt haben, eben nicht in den unteren Besoldungsgruppen zu finden sind. Bekanntlich bestimmt das Sein das Bewusstsein.

Meine Damen und Herren, dass es auch bei unionsgeführten Landesregierungen andere Herangehensweisen gibt, zeigt uns der Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten. Er unterscheidet sich von dem Hessischen Ministerpräsidenten schon in der Tatsache, dass er sein Wort hält. Er sagt z. B.:

Wir werden in Bayern im Jahr 2003 keine Kürzung vornehmen, sondern nach Zahlung des Urlaubsgelds auch das Weihnachtsgeld unverändert beibehalten.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Jetzt hören Sie schön zu.

Ab 2004 wird eine sozial differenzierte Regelung für das Weihnachtsgeld dergestalt getroffen, dass die diesjährige Sonderzahlung bei Aktiven bis Besoldungsgruppe A 11 auf 70 % bzw. ab Besoldungsgruppe A 12 auf 65 % der Bemessungsgrundlage festgesetzt wird.

Sie sehen, es gibt auch unionsgeführte Landesregierungen, die aus gutem Grund Überlegungen anstellen, die unteren und mittleren Einkommensgruppen besser zu stellen. Von daher kann ich nicht verstehen, dass Sie dieses Modell in Bausch und Bogen ablehnen, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz. Sie reden nur für einen ganz kleinen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Herr Kollege Rudolph hat gerade schon zitiert, was in der Stellungnahme des Bundes der Kriminalbeamten gestanden hat. Ich will mir ersparen, Ihnen das noch einmal vorzulesen. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten zitiert Ministerpräsident Roland Koch mit dem Satz:

„... Ob und wie Hessen die Klausel dann in Anspruch nimmt, werden wir sehen. Aber noch einmal, um Sonderopfer für Beamte wird es in Hessen keinesfalls gehen.“

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband Hessen, schreibt dazu in der Stellungnahme im Rahmen der Anhörung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der CDU:

Urteilen Sie selbst, wie dieses Versprechen des Landesvaters noch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zu vereinbaren ist.

Meine Damen und Herren, dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Herr Hahn, Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Frömmrich hat eben sehr wortgewaltig und sehr schnell darauf hingewiesen, dass sich Frau Kollegin Zeimetz-Lorz dreimal auf die amtierende Bundesregierung bezogen hat. Er hat daraus die Schlussfolgerung gezogen, dass es Frau Zeimetz-Lorz offensichtlich nicht gut gehen würde. Herr Kollege Frömmrich, ich will es einmal so formulieren: Wenn man an die amtierende Bundesregierung denkt, wird es einem wirklich schlecht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Typisch Partei der Besserverdienenden!)

Es wird einem aus folgendem Grund schlecht: Denn wegen der schlechten Finanz- und Wirtschaftspolitik, die die von Rot und Grün gestellte Bundesregierung in den letzten fünf Jahren in Berlin gemacht hat, müssen wir die Debatte hier nun in der Art führen, wie wir sie führen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Herr Kollege Frömmrich, hätte man in Berlin eine vernünftige Politik gemacht, hätte man nicht am Anfang der Regierungszeit – das fällt unter die Abteilung „Wort halten“ – den demographischen Faktor abgeschafft, jetzt wird er wieder eingeführt, hätte man nicht bei den Steuern erst etwas abgeschafft, was jetzt wieder eingeführt wird, hätte man nicht die Steuersenkung für das Jahr 2005 vorgesehen, jetzt soll sie vorgezogen und auch noch durch Schuldenmachen finanziert werden, dann müssten wir diese Diskussion heute nicht führen. Denn dann könnte das Land Hessen weiterhin die Gehälter ungeschmälert an die Beamtinnen und Beamten unseres Landes zahlen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch unwahr! Ihr wollt von der Schuldenmacherei ablenken!)

Deshalb ist das, was die Vertreter der Sozialdemokraten und der GRÜNEN hier verkünden, so unehrlich. Es ist unheimlich unehrlich, wie von Ihnen hier argumentiert wird. Hessen ist doch nicht die Insel der Seligen. Herr Kollege Rudolph, Herr Kollege Frömmrich, das meinten Sie, hier darstellen zu können. Landauf, landab ist die Problematik zu erkennen. Die Personalkosten sind zu hoch. Die Verschuldensrate bei den Landeshaushalten ist zu hoch. Deshalb gehen die Landesregierungen, unabhängig davon, welche Parteibücher die Ministerpräsidenten, die stellvertretenden Ministerpräsidenten und diejenigen haben, die die Koalitionen tragen, daran, Kürzungen bei den Gehältern vorzunehmen. Frau Simonis von der SPD macht dies doch nicht aus Lust und Tollerei. Sie hat in Kiel eine Koalition mit den GRÜNEN. Das wurde aber auch von einer sozial-liberalen Koalition in Rheinland-Pfalz gemacht. Tun Sie also doch nicht so, als ob das ein spezielles hessisches Vorgehen wäre.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Wir haben eine grottenschlechte Bundesregierung, die schlechte Politik macht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Weil diese Politik so schlecht ist, sind schmerzhaft Einsparungen auch bei den Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen notwendig. Sie werden durchgeführt werden.

(Zuruf)

– Frau Kollegin, ich würde Ihnen raten, sich zu entspannen. Sie sollten mit Ihrem Vorbild Joseph Martin Fischer sprechen. Das ist nämlich einer der Übeltäter, der die jetzige wirtschaftliche Lage dieser Republik mit zu verantworten hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An der Nervosität, die man insbesondere bei den Abgeordneten der GRÜNEN erkennen kann, merke ich, dass Sie genau wissen, dass Sie mit an der Lage schuld sind. Sie werden auch bald spüren, dass die Bürgerinnen und Bürger es dann merken, dass die GRÜNEN die sich jetzt er-

gebende Situation im Portemonnaie eines jeden Bürgers dieses Landes mit verursacht haben. Natürlich gilt das dann auch für das Portemonnaie der Beamten des Landes Hessen.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler (FDP) und bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, wie jetzt da hineingegriffen werden soll, hat da bisher noch keiner hineingegriffen!)

Als Liberaler will ich aber auch Folgendes hier ganz deutlich sagen. Es ist schon ärgerlich, dass zwischen den Beamtinnen und Beamten auf der einen Seite und den Tarifempfängern auf der anderen Seite unterschieden werden muss. Ich will das einmal herumdrehen. Das, was jetzt gemacht werden soll, ist richtig. Frau Simonis, Herr Teufel und alle anderen machen es. Ich hatte es schon gesagt, sie haben schwarze, rote, blau-gelbe und grüne Parteibücher. Sie alle sind der Auffassung, dass das gemacht werden muss. Warum machen die Gewerkschaften da nicht mit und tragen ebenfalls solidarisch einen Beitrag zur Sanierung der Haushalte? Warum muss es eigentlich ein Sonderopfer für Beamte geben?

(Beifall der Abg. Roland von Hunnius (FDP) und Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Was sind das eigentlich für Vertreter der Gewerkschaften, die auf Kosten der Haushalte der Länder meinen, Privilegien aufrechterhalten zu können, die man nicht mehr bezahlen kann?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind die Gewerkschaften schuld!)

Herr Al-Wazir, jawohl, die Verantwortung müssen wir alle tragen. Zunächst steht hier natürlich die Politik in der Verantwortung. Das Herausmogeln, das die GRÜNEN und die Sozialdemokraten hier im Hessischen Landtag vollbringen wollen, nimmt ihnen in diesem Land niemand ab. Gott sei Dank hat dies die Demoskopie bereits belegt. Sie können doch nicht glauben, mit dieser Argumentation durchzukommen. Hier sagen Sie hü. Herr Kollege Rudolph, in Mainz trägt z. B. Ihr innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion gerade eine ähnlich lautende Entscheidung, wie sie die Union hier vorschlägt, mit. Er beschließt das auch mit. Es glaubt doch kein Mensch, dass die hessischen Sozialdemokraten zu diesem Thema eine andere Meinung vertreten könnten als z. B. die Sozialdemokraten aus Mainz von der anderen Seite des Rheins.

Ich sage, es ist ärgerlich, dass diese Einsparungen zunächst nur auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten durchgeführt werden können. Es wäre gerechter, wenn wir die Einsparungen für alle gleich machen und damit zu geringeren Quoten der Einsparung kommen könnten. Deshalb richtet die FDP an die Vertreter der Gewerkschaften hier im Lande Hessen den Appell: Seid nicht so engstirnig. Seid flexibel. Veränderungen müssen vorgenommen werden. Haltet nicht ein Privileg zulasten der Beamtinnen und Beamten dieses Landes aufrecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN sagen. Wir haben uns sehr lange mit dem Thema beschäftigt. Wie Sie gemerkt haben, haben wir auch nicht sofort erklärt – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Tarek Al-Wazir, das weiß ich besser als Sie.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, alles klar!)

Nicht alles, was aus Ihrem Munde kommt, ist intelligent.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihrer Rede war das bisher aber nicht zu entnehmen!)

Ich weiß, dass ich mich mit dem Thema länger beschäftigt habe. Sie hätten das daran ersehen können, dass wir nicht sofort eine Erklärung zu Ihrem Änderungsantrag abgegeben haben. Wir haben zunächst die Anhörung abgewartet und das noch einmal durchgerechnet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, wenn wir alles nur noch auf die Frage reduzieren, wer zu welcher Besoldungsstufe gehört, dann würden wir in dem System der Besoldung etwas durcheinander bringen, was wir anders aufgebaut haben. Für verschiedene Positionen sind unterschiedliche Besoldungsgruppen einfach vorgesehen. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber das ist nun einmal so. Das hat auch ein bisschen etwas damit zu tun, wie man im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern qualifizierte Persönlichkeiten in den öffentlichen Dienst bekommt. Wenn man alles von der Besoldungsstufe abhängig machen würde, dann wäre es auch konsequent, zu sagen, dass das Brot beim Bäcker künftig je nach Besoldungsstufe B 5, B 7 bzw. A 5 oder A 7 unterschiedlich teuer sein soll.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

– Da sagen Sie „ach“. – Wo ist denn da die Grenze? Herr Dr. Spies hat in der letzten Plenarsitzung einen flammenden Vortrag zur Krankenversicherung gehalten. Sie verlief nach dem Motto, auch dort müsse der Beitrag von der Gehaltsstufe abhängig sein. Wenn man ein differenziertes, leistungs- und ausbildungsorientiertes System haben will, dann muss man das auch entsprechend einhalten. Sie wollen es offensichtlich nicht haben. Meine Befürchtung dabei ist aber, dass Sie das aus reinem Populismus heraus gegenüber den 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesagt haben. Sie wollen da absahnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Herr Kollege Al-Wazir, diese Politik ist unseriös. Die GRÜNEN in Hessen stehen aber offensichtlich mehr für eine unseriöse als für eine seriöse Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hier vorne erzählt wird, grenzt langsam an eine Beleidigung!)

Wir wollen die Differenzierung, die mit den verschiedenen Besoldungsstufen vorhanden ist, weiter aufrechterhalten. Denn wir meinen, sie ist gut begründet. Das hat etwas mit der Leistungsorientierung und dem Wettbewerb um Mitarbeiter zu tun. Sie wollen das auflösen. Das werden wir Liberale nicht mitmachen. Deshalb haben wir Ihren Änderungsantrag abgelehnt. Sollte er noch einmal zur Abstimmung gestellt werden, werden wir ihn heute noch einmal ablehnen.

Die FDP-Fraktion des Hessischen Landtags steht dafür, dass Einsparungen – auch solche, die schmerzhaft sind –

vorgenommen werden müssen. Deshalb werden wir den Gesetzentwurf unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Hahn, vielen Dank. – Herr Staatsminister Bouffier, Sie haben das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die vorzunehmende Kürzung beim Weihnachtsgeld und die Aufhebung des Urlaubsgeldes sind schmerzlich. Das ist aber notwendig. Dazu gibt es keine Alternative. Die Änderungen wurden mit Augenmaß vorgenommen. Das Land Hessen befindet sich dabei im Konzert mit dem Bund und allen anderen Ländern. Auch in der heutigen Debatte habe ich von niemandem einen Vorschlag gehört, wie die notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung des Staatshaushalts sonst erbracht werden könnten.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Deshalb ist die Landesregierung der Auffassung, dass das, was Frau Kollegin Zeimetz-Lorz und Herr Kollege Hahn vorgetragen haben, unsere Unterstützung verdient.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, die SPD hat überhaupt keine Vorschläge unterbreitet.

(Beifall des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) – Günter Rudolph (SPD): SAP!)

Sie sind dabei, Ihr Projekt 26 auf 24 zu verkleinern. Sie hoffen, dass Sie derzeit von dem Protest – –

(Zurufe)

– Nein, liebe Kollegen, wir wollen fair bleiben. 24 finde ich in Ordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Pure Arroganz!)

Herr Kollege Rudolph, ich habe Verständnis dafür, dass Menschen, die davon betroffen sind, sich nicht freuen. Sie sind bedrückt. Vielleicht sind sie sogar verärgert. Dafür muss man Verständnis haben.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Unsere Aufgabe ist es, zu erklären, warum wir etwas tun. Da genügt es nicht, den Protest aufzusammeln und keinen einzigen Vorschlag zu machen, was man sonst tun könnte. Ich darf ein Zitat verlesen, damit wir hier nicht so einsam diskutieren, wie das andernorts geschieht. Da heißt es:

Der Anteil der Personalkosten im Haushalt beträgt nahezu 42 %. Eine Konsolidierung des Haushaltes kann die Personalkosten nicht ausblenden. Ein Verzicht auf die vorgesehenen Maßnahmen würde nachfolgende Generationen und das Land unverantwortlich belasten. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass in der gegenwärtig schlechten Konjunkturlage die Personalkosten in vielen Wirtschaftsunternehmen nicht nur durch Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld, sondern leider vielfach auch über Entlassungen reduziert wurden und werden. Arbeitsplatzsicherheit ist daher in diesen schwierigen Zeiten ein hohes Gut.

Das stammt aus einem Schreiben des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz. Das ist nicht mein Parteifreund, aber er hat Recht. Deshalb bleibe ich dabei: Bei dem hohen Anteil der Personalkosten an der Kostenbelastung des Landes ist es unumgänglich, dass wir zur Sanierung des Haushaltes und zur Erhaltung der Zukunftschancen auch die Personalkosten mit aufrufen.

Ich gebe dem Kollegen Hahn absolut Recht: Es ist misslich, dass dies aufgrund der Tarifvertragssituation derzeit nur bei den Beamten möglich ist. Die Landesregierung – der Ministerpräsident hat mehrfach darauf hingewiesen – ist bestrebt, dass wir auch im Tarifbereich zu Veränderungen kommen. Wir haben deshalb sowohl den Tarifvertrag über das Urlaubsgeld als auch den Tarifvertrag über die Sonderzahlung Weihnachtsgeld gekündigt, und wir bieten den Gewerkschaften ausdrücklich an: Lasst uns darüber reden.

Ich will heute aber auch sagen: Wer den Dialog verweigert, der wird bei der nächsten Lohnrunde im Jahre 2005 Antworten geben müssen, auch als Gewerkschaft. Es ist nicht unser Ziel – wir empfinden es als misslich –, dass das, was derzeit im Beamtenbereich erfolgt, aufgrund der Tarifsituation nicht auch im Tarifbereich erfolgen kann. Aber dieses Ziel besteht nach wie vor.

Zweiter Punkt. Sie haben gesagt, Sie melden sich noch einmal. Wir haben gemeinsam auch zu Wahlzeiten diskutiert. Ich will vor diesem Hause Folgendes sagen: Ich habe immer wieder gesagt, ich halte den Tarifvertrag, der Anfang 2003 abgeschlossen wurde, für absolut unvertretbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es war das Falscheste, was Deutschland passieren konnte. Was dort geschehen ist, und zwar gegen meine Stimme als Tarifminister – da es mittlerweile in der Zeitung stand, kann ich es auch sagen –, kostet das Land Hessen 224 Millionen €, ohne einen einzigen Mann, eine einzige Frau mehr zu beschäftigen. Das ist unverantwortlich.

Ich habe damals gesagt: Die, die heute den Frieden ausrufen und den Tarifvertrag ausgemacht haben, werden im Herbst alle nicht mehr da sein, wenn es darum geht, wie wir das bezahlen. – Was wir heute bei der Kürzung der Sonderzuwendung Weihnachtsgeld und bei der teilweisen Streichung des Urlaubsgelds im Rahmen dieser Tarifzeit an Geld ersparen, ist nicht einmal die volle Summe, die diese eine Tarifrunde gekostet hat.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): So ist es!)

Daran können Sie ersehen, wo Probleme liegen. Deshalb vertrete ich nachhaltig die Auffassung: Man kann nicht auf der einen Seite die Kosten erhöhen und auf der anderen Seite die Verantwortung dafür, wie wir das Geld aufbringen, den anderen zuschieben, sondern es gehört beides zusammen. – Wenn Sie dazu Lösungsvorschläge haben, dann bin ich zu jeder Debatte bereit. Ich habe seinerzeit gesagt – das können Sie nachlesen –: Wenn dieser Tarifabschluss kommt, steht alles auf der Agenda.

Zum Thema Sonderopfer. Der Ministerpräsident hat sich dazu hinreichend öffentlich geäußert. Das muss ich hier nicht wiederholen. Aber eines will ich sagen: Die 2,4 % sind den Beamten ausdrücklich auch als Tarifergebnis und Verbesserung zugestanden worden. Wenigstens insofern gab es eine entsprechende Gleichbehandlung. Die Ungleichbehandlung zu den Tarifbeschäftigten besteht aus den Gründen, die ich genannt habe.

Meine Damen, meine Herren, mir liegt daran, hier noch ein paar Informationen zu geben, weil ich davon ausgehe und weiß, dass die Debatte nachgelesen werden wird. Ich habe vorhin bewusst gesagt, wir haben mit Augenmaß gearbeitet. Vergleichen Sie das einmal. Ich nehme unterschiedliche Quellen, damit man nicht denkt, man nimmt sich nur das heraus, was einem passt:

Die Sonderzuwendung kürzt der Bund auf 60 %, verteilt auf zwölf Monate. Bei den Versorgungsempfängern kürzt der Bund auf 50 % ab dem nächsten Jahr, und zwar ohne Dynamisierung. Das heißt, zukünftige Tarifsteigerungen kommen bei den Versorgungsempfängern beim Bund nicht an – das kann man so entscheiden, aber das ist eine deutliche Schlechterstellung gegenüber der Lösung hier in Hessen, wo auch die Versorgungsempfänger ihre Altersversorgungsansprüche dynamisiert bekommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Frömmrich, ich komme zu dem Thema „unsozial“. Langsam, Sie wollen doch Antworten haben. – Der Bund streicht das Urlaubsgeld total. Jetzt hätte ich gerne gewusst, was das mit Ihrer sehr engagiert vorgetragenen Rede zu tun hat, dass die einen nur für die Großverdiener und die anderen nur für die Armen und Schwachen seien. Sie regieren in Berlin doch mit. Dann hätten Sie dafür sorgen müssen, dass wenigstens beim Urlaubsgeld die Armen und Schwachen noch etwas bekommen. Es ist doch völlig illusorisch, was Sie da erzählen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind weder wahrhaftig, noch sind Sie genau, noch können Sie einen Gesetzentwurf machen. Ich komme auf das Thema noch zurück.

Schauen Sie sich Baden-Württemberg an. Baden-Württemberg hat das Urlaubsgeld von diesem Jahr noch eingefangen, indem das Weihnachtsgeld dort noch stärker, auf 57,5 %, abgesenkt wird – CDU- und FDP-regiert. Urlaubsgeld gibt es ab 2004 gar nicht mehr. Das ist bei uns anders.

Schauen Sie sich Nordrhein-Westfalen an. In Nordrhein-Westfalen gibt es z. B. 50 % für die Versorgungsempfänger, und ab 2004 ist das Urlaubsgeld völlig gestrichen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizei und Justiz ist dort noch nicht in Gesetzesform, aber als Vorschlag da. – Das haben wir nicht gemacht. Wir haben nicht die Verlängerung der Lebensarbeitszeit aufgerufen.

Schauen Sie nach Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2003 sind sie auf 70 % und im Jahr 2004 auf 50 % für Beamte und Versorgungsempfänger heruntergegangen. Aber das Urlaubsgeld wird ab 2004 ab der Stufe A 9 gestrichen.

Meine Damen und Herren, hier möchte ich einen Punkt einführen, der sehr wichtig ist und der in der Debatte bisher überhaupt nicht erwähnt wurde. Das ist das Stichwort der Beihilfe. Wir haben im Ausschuss darüber gesprochen. Ich habe den Ausschuss darüber unterrichtet, dass die Möglichkeiten der Beihilfe, die den Bediensteten des öffentlichen Dienstes gewährt werden, in Hessen deutlich günstiger sind als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik. Das betrifft übrigens auch Abgeordnete. Ich vergleiche das einmal mit Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz müssen Sie seit dem 1. Januar 2003 – jetzt hören Sie gut zu – je nach Besoldungsgruppe eine jährliche Kostendämpfungspauschale zwischen 100 und 750 € bezahlen.

(Rudi Haselbach (CDU): Hört, hört!)

Zur Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Beihilfe für die Aufwendungen für Wahlleistungen werden jeden Monat in Rheinland-Pfalz jedem öffentlichen Bediensteten 13 € abgezogen. – Ich kritisiere das nicht, aber ich will darauf hinweisen: Ich nehme in Anspruch, dass wir mit Augenmaß gearbeitet haben, dass es auch andere Möglichkeiten gegeben hätte und dass das keineswegs die Kumulation aller denkbaren Einschnitte gewesen ist.

(Günter Rudolph (SPD): Das kann nur noch schlimmer kommen!)

Ich möchte jetzt auch im Interesse der Zeit keine Fragen zulassen, sondern ich möchte kurz noch etwas zu Ihrem Antrag sagen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Bouffier, die Redezeit der Fraktionen ist im Moment abgelaufen, als Hinweis für Sie.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss. – Wir haben noch eine dritte Lesung, aber wir können es gleich dort hineinnehmen. Bei Ihrem Änderungsantrag, den wir ordnungsgemäß haben bearbeiten lassen – ich sage das nur deshalb, weil ich es nicht in Ordnung finde, wie Sie mit der Kollegin Zeimetz-Lorz umgehen –, kommt die zuständige Abteilung zu dem Ergebnis: Das ist nicht nachvollziehbar. Sie liegen 30 Millionen € unter unseren Zahlen, und ich habe Ihre Presseerklärung vorliegen, in der Sie geschrieben haben, die Landesregierung und Sie kämen jeweils auf 90 Millionen €.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie ihn nicht verstanden haben!)

Wir kommen nicht auf 90 Millionen €, sondern auf 124 und auf 115 Millionen €.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen das nicht durchdenken!)

– Regen Sie sich nicht auf. – Meine Damen und Herren, Sie haben in Ihrer Systematik ein paar Dinge, die ich nicht verstehen kann. Wenn Frau Zeimetz-Lorz Sie erwischt, dass Sie Fehler machen, dann darf sie es wohl sagen, z. B. zu der Nummer mit den Staatssekretären. Wissen Sie, Sie sind hier nicht auf dem Parteitag. Das Rahmenrecht gibt überhaupt nicht das her, was Sie wollen. Jetzt können Sie sagen: Frau Zeimetz-Lorz, das haben wir nicht gewusst oder nicht gesehen. – Okay.

Aber daraus die Nummer zu machen, uns ginge es um die Staatssekretäre – vergessen Sie es. Wissen Sie, was bei Ihrem Entwurf geschieht? Bei Ihnen bekommt ein Beamter in A 8 eine höhere Zuwendung als einer in A 9, weil Sie vergessen haben, bei dem einen das Urlaubsgeld dazuzuzählen. Das könnte ich Ihnen im Einzelnen darlegen, aber ich will es aus Zeitgründen nicht tun.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich bewusst, dass sie von den Bediensteten des Landes Hessen und insbesondere von den Beamten eine besondere Bereitschaft erwartet. Wir verstehen sogar die Enttäuschung der Betroffenen. Wir halten aber auch fest, dass das, was jetzt gemacht wird, notwendig ist, dass es mit Augenmaß erfolgt und dass wir der festen Überzeugung sind, dass es angesichts der Situation, in der sich unser Land befindet, zumutbar ist. Ich sage das als ein Abgeordneter, der aus einem Wahlkreis kommt, in dem 16,6 % Arbeitslosig-

keit herrscht, und der an jedem Tag, wenn er die Zeitung aufschlägt, liest, dass wieder ein Betrieb in Konkurs gegangen ist. Das sage ich nicht nur hier, sondern auch in jeder Betriebs- und Personalratsversammlung.

Wenn der Herr Ministerpräsident anbietet, allen, die dies wollen, für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen,

(Günter Rudolph (SPD): Hinterher!)

so finde ich das richtig. Ihre Reaktion hingegen finde ich mehr als durchsichtig. Hätte er nicht von sich aus seine Gesprächsbereitschaft erklärt, dann hätten Sie doch gesagt: „Die haben Angst.“ Wir haben keine Angst. Wir haben gute Argumente. Wir sind sicher: Wenn wir die richtige Politik machen, dann haben wir auch bald wieder mehr Geld.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Den Oppositionsfraktionen sind weitere 2 Minuten 50 Sekunden Redezeit zugewachsen. Ich erinnere an dieser Stelle trotzdem daran, dass im Anschluss an unsere Sitzung eine Veranstaltung in diesen Räumen stattfinden soll.

Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort. Sie haben insgesamt sechs Minuten Redezeit zur Verfügung.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen wird es mir verzeihen, wenn ich hier noch einmal ein paar Minuten aufwende, um ein paar Punkte klarzustellen. Zu so viel Blech, wie hier gerade geredet wurde, muss man einfach ein paar Worte sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen auch, warum. Man kann über die Thesen des Innenministers zum Tarifabschluss streiten, ob der zu hoch, zu niedrig oder sonst etwas war. Der Tarifabschluss mit allen seinen Folgekosten war aber bekannt, als Ministerpräsident und Innenminister gesagt haben, es werde keine Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben möglicherweise einen großen Fehler gemacht. Wir haben den Fehler gemacht, dass wir Roland Koch ausnahmsweise beim Wort genommen haben.

(Frank Gotthardt (CDU): Das „ausnahmsweise“ zu tun ist wirklich falsch!)

Der Herr Ministerpräsident hat am 9. September gesagt, er warte auf Änderungsvorschläge, und er sei offen für Alternativen, wenn sie dieselbe Einsparsumme wie seine Vorschläge erbrächten. Frau Zeimetz-Lorz, da haben wir angefangen zu rechnen. Sie können sicher sein, dass die Berechnungen der grünen Landtagsfraktion für unser Modell betreffend Weihnachtsgeld mindestens fünfmal seriöser sind als der Haushalt des Landes Hessen aus dem Hause Weimar.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mir ist unbegreiflich, wie man das ernsthaft behaupten kann, was der Innenminister eben wiederholt hat. Damit es klar ist: Die Einsparsumme von 125 Millionen €, die Sie genannt haben, bezieht sich auf die aktiven Beamten und die Pensionäre. Unsere Einsparsumme in Höhe von 90 Millionen € bezieht sich allein auf die aktiven Beamten, weil wir bei den Pensionären Ihrem Vorschlag gefolgt sind. Das heißt, Sie müssen die 35 Millionen €, die bei den Pensionären gespart werden, draufrechnen. Dann kommen Sie auf die gleiche Summe wie bei Ihrem Vorschlag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wie kann man denn mit so schlechten Argumenten den Alternativvorschlag einer Fraktion madig zu machen versuchen? Man zeigt damit nur, dass man sich mit dem Vorschlag nicht ernsthaft beschäftigt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Unser Vorschlag spart genauso viel Geld ein wie Ihr Vorschlag. Wir haben mit dem Durchschnittswert gerechnet, den uns das Statistische Landesamt genannt hat: ein 51-jähriger Beamter der Besoldungsstufe A 11. Wir sparen mit unserem Vorschlag 89,5 Millionen € ein. Sie sparen nach Ihrem Vorschlag 90,3 Millionen € ein. Die Differenz kompensieren wir über die Zinsgewinne, ja, wir überkompensieren sie sogar.

Frau Zeimetz-Lorz, ich sage Ihnen ganz ernsthaft: Sie müssen sich einmal entscheiden, ob Sie Herrn Spieß vom Beamtenbund glauben – dem glaube ich seine Rechnungen –, der sagt, die Ruhegehaltsfähigkeit habe keinerlei Auswirkungen auf die Höhe dessen, was am Ende als Auszahlungssumme pro Jahr herauskommt, oder ob Sie weiterhin behaupten, wir würden durch die Streichung der Ruhegehaltsfähigkeit des Weihnachtsgelds den Beamtinnen und Beamten keine Perspektive geben. In diesem Punkt müssen Sie sich einmal entscheiden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, dass wir mit unserem Vorschlag durch die Zinsgewinne in Höhe von 5 bis 6 Millionen € sogar mehr einsparen. Auch Sie rechnen mit Zinsgewinnen, wenn Sie sagen, Sie wollten auf die volle Nachschüssigkeit gehen. Wir sparen mit unserem Vorschlag so viel ein, dass wir bei den Angestellten bei dem 15. eines jeden Monats als Auszahlungstermin bleiben können.

Frau Zeimetz-Lorz, Sie hatten an einem einzigen Punkt Recht: In Art. 1 § 5 Abs. 2 Nr. 2 müssen wir die Worte „für am 1. Januar 2004 vorhandene Berechtigte“ streichen. Dazu sind wir gern bereit.

Ich beantrage namens meiner Fraktion die dritte Lesung des Gesetzentwurfs. Wenn wir die eben genannten Worte streichen, dann bin ich gespannt, ob Sie sich ernsthaft mit der Sache auseinander setzen, unseren Vorschlag gelten lassen und sagen: Ja, da hat sich eine Fraktion Mühe gemacht, da hat eine Fraktion gerechnet und ein sozial gerechteres Modell aufgestellt, das unzweifelhaft allen Vollzeitbeschäftigten ab der Besoldungsgruppe A 14 und allen Teilzeitbeschäftigten ab der Besoldungsgruppe A 15 mehr nimmt als unser eigener Vorschlag, das aber unter dem Strich dieselbe Summe einspart.

Wie Sie auf die Idee kommen, hier mit Argumenten zu kommen, die schon beim ersten kritischen Blick zerfallen,

wie Sie den Versuch machen können, Ihr Modell schönzurechnen, das verstehe ich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein letztes Wort zu dem Vorwurf, unser Vorschlag sei unsozial. Da zieht es einem die Schuhe aus. Wir wollen 65.000 Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen mehr Geld geben, indem wir ihr Weihnachtsgeld nicht auf 60 %, sondern nur auf 70 % kürzen. Dazu sagen Sie, die Tatsache, dass wir diesen Beamtinnen und Beamten 10 % mehr geben, vergrößere den Abstand zu den Einkommen der Pensionäre. Deshalb sei das unsozial. Auf diese Argumentation muss man wirklich erst einmal kommen. Wir haben bei den Pensionären nichts anderes gemacht, als die Bestimmungen Ihres Gesetzentwurfs unverändert zu übernehmen. Liebe Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, deshalb kann das doch kein Argument sein.

Ein allerletztes Wort zum Thema Bundesbesoldung. Herr Innenminister, wir haben heute einen Brief an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der GRÜNEN geschrieben und unser Modell zur Kenntnis gebracht. Wir haben ihnen vorgeschlagen, dass die Bundestagsfraktion mit dem Bundesinnenminister in Verhandlungen tritt, um in dem Zusammenhang eine soziale Komponente einzuführen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Al-Wazir, kommen Sie bitte zum letzten Satz. Ihre sechs Minuten sind um.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Manchmal finde ich es problematisch, wenn in Berlin Gesetze in Laufe des Verfahrens geändert werden. An bestimmten Punkten finde ich es aber gut, vor allem dann, wenn die Parteien in Berlin zeigen können, dass sie im Gegensatz zur CDU in Hessen nicht beratungsresistent sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Zwei Fraktionen haben die dritte Lesung des Gesetzentwurfs beantragt. Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Innenausschuss gefragt. Es ist vorgesehen, im Anschluss an die Plenarsitzung den Innenausschuss in Raum 230 M einzuberufen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Abstimmen!)

– Nein, es wird nicht abgestimmt. Die Schlussabstimmung findet nach der dritten Lesung statt. Darauf haben wir uns verständigt. Bisher wurde das unterschiedlich gehandhabt. Wir sind uns einig, dass im Falle einer Überweisung zur Vorbereitung einer dritten Lesung nicht abgestimmt wird und die endgültige Beschlussfassung nach der dritten Lesung erfolgt.

Ich wünsche Ihnen heute Abend gute Gespräche und erinnerungswürdige Begegnungen. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr im Plenarsaal wieder.

(Schluss: 18.00 Uhr)



